

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen
zum Haushalt 2021

Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 / 1 / 1

Stand: 12. März 2021

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Alle / FB 10

Produkt

Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Kapitalisierung nicht besetzter Personalstellen

Beschlussvorschlag

Mittel die z.B. aufgrund nicht besetzter Stellen im Bereich der Aufwendungen für Personal nicht benötigt werden, sollen zukünftig kapitalisiert werden können. Mit den so frei werden Mitteln sollen Aufträge für Planungen bzw. Bauleistungen in verschiedenen Fachbereichen (z.B. FB 61, FB 66, FB 68) extern vergeben werden können.

Begründung

Aus unterschiedlichen Gründen (Fachkräftemangel, aufwendige Bewerbungs- und Besetzungsverfahren) können freie Personalstellen in vielen Fachbereichen oft nicht sofort besetzt bzw. neu besetzt werden. Dadurch können allerdings auch etliche Aufgaben nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erledigt werden.

Eine Möglichkeit, trotz nicht besetzter Personalstellen mehr Aufgaben schneller und eventuell auch effizienter erledigen zu können, besteht darin, die nicht für Personalaufwendungen benötigten Mittel zu kapitalisieren und z.B. für externe Planungsaufträge oder Bauleistungen zu verwenden.

Die letzte Personalkostenhochrechnung aus dem September 2020 (DS 20-11426) weist z.B. aus, dass knapp 3 Mio. €, die ursprünglich für Personal vorgesehen waren, nicht genutzt wurden. Mit diesen Mitteln könnten wichtige Investitionen angeschoben und im Idealfall ein Beitrag zur Reduzierung der Haushaltsreste geleistet werden.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 15.01.2021	11	0	0	Zum Antrag auf passieren lassen	
FPA am 04.03.2021	Ersetzt durch Antrag FU 228				

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FU 070 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Kapitalisierung nicht besetzter Personalstellen

Mittel die z.B. aufgrund nicht besetzter Stellen im Bereich der Aufwendungen für Personal nicht benötigt werden, sollen zukünftig kapitalisiert werden können. Mit den so frei werden Mitteln sollen Aufträge für Planungen bzw. Bauleistungen in verschiedenen Fachbereichen (z.B. FB 61, FB 66, FB 68) extern vergeben werden können.

Begründung:

Aus unterschiedlichen Gründen (Fachkräftemangel, aufwendige Bewerbungs- und Besetzungsverfahren) können freie Personalstellen in vielen Fachbereichen oft nicht sofort besetzt bzw. neu besetzt werden. Dadurch können allerdings auch etliche Aufgaben nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erledigt werden.

Eine Möglichkeit, trotz nicht besetzter Personalstellen mehr Aufgaben schneller und eventuell auch effizienter erledigen zu können, besteht darin, die nicht für Personalaufwendungen benötigten Mittel zu kapitalisieren und z.B. für externe Planungsaufträge oder Bauleistungen zu verwenden.

Die letzte Personalkostenhochrechnung aus dem September 2020 (DS 20-11426) weist z.B. aus, dass knapp 3 Mio. €, die ursprünglich für Personal vorgesehen waren, nicht genutzt wurden. Mit diesen Mitteln könnten wichtige Investitionen angeschoben und im Idealfall ein Beitrag zur Reduzierung der Haushaltsreste geleistet werden.

Stellungnahme:

Nach § 5 Abs. 1 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamtinnen und Beamten und der Beschäftigten aus. Die Veranschlagung der Personalkosten richtet sich dabei nach § 15 Abs. 1 KomHKVO nach den im Haushaltsjahr voraussichtlich besetzten Stellen. Als Grundlage für die Kalkulation des Personalaufwandes des kommenden Haushaltsjahres dienen zunächst die tatsächlich angefallenen IST-Personalkosten des laufenden Haushaltsjahres, ergänzt um die Auswirkungen der Stellenplanveränderungen sowie Besonderheiten wie z. B. Saisonstellen. Weiterhin berücksichtigt werden Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Eine alleinige und ausschließliche Orientierung am Stellenplan mit einer Vollfinanzierung sämtlicher Stellen würde zu einer Überplanung des Personalkostenbudgets führen, da trotz aller Bemühungen bei der Personalakquise Vakanzen nicht verhindert werden können. Insbesondere bei der Besetzung von Arztstellen im Gesundheitsamt, Elektro- und Versorgungsingenieuren sowie im IT-Bereich ist die Personalgewinnung überaus schwierig und führt regelmäßig zu längeren Nichtbesetzungen von Stellen. Verstärkt wird dieser Trend durch die zunehmend eintretende Altersfluktuation.

Trotz detaillierter Vorplanungen führen die vorgenannten Rahmenbedingungen dazu, dass beispielsweise die tatsächlichen Personalaufwendungen im Jahr 2020 um rd. 3 Millionen Euro, also um rd. 1 % von den ursprünglich kalkulierten Personalkosten abweichen. Bei der Veranschlagung der Personalkosten hingegen ist die Verwaltung an die zuvor genannten Regelungen der KomHKVO gebunden und hat die Personalaufwendungen auf Basis der voraussichtlich besetzten Stellen zu kalkulieren. So schlägt die Verwaltung aktuell zum Stellenplan 2021 rd. 98 Stellen zur Schaffung bei rd. 16 Stellenwegfällen vor, ohne den Personalaufwand gegenüber der Finanzplanung nach oben zu korrigieren, mithin kalkuliert

die Verwaltung temporär unbesetzte Stellen mit ein. Vor dem Hintergrund können somit aus den kalkulierten Personalkostenansätzen für 2021 auch keine Personalstellen kapitalisiert werden, weil hierfür keine entsprechenden Mittel veranschlagt sind.

..

Unabhängig davon wurde im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung auch vorgeschlagen, Systeme zu etablieren, die zu einer höheren Flexibilisierung beim Umgang mit Personal- und Sachkosten führen (Einbeziehung der Personalkosten in die Sachaufwandsbudgets im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung). Dieser Vorschlag wird derzeit noch in der Verwaltung geprüft.

I. A.

gez. Kornblum
Unterschrift (Dez. II)

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20

Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Strategisches Ziel FB 20 ändern

Beschlussvorschlag

Ziel 1 im Entwurf: Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Ergebnishaushalts ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen bis 2026 sowie Vermeidung einer Neuverschuldung zur Sicherstellung einer stetigen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Neu: Vorhaltung von ausreichenden Finanzmitteln, um damit die Aufgaben der Daseinsvorsorge sicher finanziert zu können.

Begründung

Der Kürzungsbeschluss wird abgelehnt. Außerdem erscheint die Zielsetzung der Vermeidung einer Neuverschuldung vor dem Hintergrund der vorgelegten Haushaltsplanung doch etwas absurd zu sein.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021	1	11	1		x

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FU 071 der Fraktion Die Linke.

Text:

Strategisches Ziel FB 20 ändern

Begründung:

Ziel 1 im Entwurf: Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Ergebnishaushalts ohne Rückgriff auf die Überschusrücklagen bis 2026 sowie Vermeidung einer Neuverschuldung zur Sicherstellung einer stetigen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Neu: Vorhaltung von ausreichenden Finanzmitteln, um damit die Aufgaben der Daseinsvorsorge sicher finanziert zu können.

Stellungnahme:

Zur Lesung des Haushaltes 2018 wurde ein fast gleichlautender Antrag von der Fraktion Die Linke. gestellt (FU 041 aus 2018): „Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für eine möglichst umfangreiche Umsetzung der Aufgaben der Daseinsvorsorge“. Aufgrund des angenommenen Änderungsantrages der SPD-Fraktion wurde das Strategische Ziel bereits um den Passus "zur Sicherstellung einer stetigen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge" ergänzt.

Aus Sicht der Verwaltung ist mit der vorliegenden Formulierung bereits zum Ausdruck gebracht worden, dass die „sichere Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge“ in den Strategischen Zielen abgebildet wird.

Die haushaltsrechtlichen Vorschriften beinhalten sowohl Vorgaben zum Ergebnishaushalt als auch zur Finanzierung.

Die allgemeinen Haushaltsgrundsätze sowie Regelungen zum Haushaltsausgleich finden sich in § 110 NKomVG. Danach soll der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein (§ 110 Abs. 4 NKomVG). Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn eine Verrechnung von Fehlbeträgen mit Überschusrücklagen möglich ist (§ 110 Abs. 5 Ziff. 1 NKomVG).

Nach § 110 Abs. 4 S. 3 NKomVG sind daneben die Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung ihrer Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen.

In § 111 NkomVG sind die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung geregelt. Nach § 111 Abs. 6 NkomVG dürfen die Kommunen Kredite nur dann aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

In diesen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen ist es daher grundsätzlich Ziel der Verwaltung, einen in der Planung und im Ist ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ergeben sich in der Haushaltsplanung Jahresfehlbeträge ist eine Verrechnung mit Überschussrücklagen zwar gesetzlich vorgesehen, sollte im Sinne der Sicherstellung einer stetigen Aufgabenerfüllung aber dauerhaft vermieden werden und ist in der Höhe begrenzt auf die vorhandenen Überschussrücklagen.

Eine Neuverschuldung ist nach den haushaltsrechtlichen Regelungen möglich und von der Verwaltung derzeit auch in nicht unerheblicher Höhe planerisch berücksichtigt. Dies folgt dem Umstand, dass der städtische Haushalt derzeit nicht in der Lage ist, die geplanten Investitionen durch einen Überschuss im laufenden Geschäft (Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit) zu finanzieren. Zu beachten ist bei einer Fremdkapitalaufnahme jedoch, dass entsprechende Schulden zukünftig auch wieder zurückbezahlt oder abgebaut werden müssen. Dies bedeutet, dass der Haushalt dauerhaft in der Lage sein muss, den erforderlichen Schuldendienst aus dem laufenden Geschäft sicherzustellen.

Wenn folglich eine Neuverschuldung nicht vermieden werden kann (was derzeit der Fall und auch so eingeplant ist), dann sollte eine Aussteuerung der Neuverschuldung auf einem dauerhaft tragbaren Niveau im Sinne einer Sicherstellung der stetigen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge erfolgen.

Aus den zuvor genannten Gründen empfiehlt die Verwaltung, den Antrag abzulehnen.

gez.

Geiger

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
32 / FB 32

Produkt
1.12.1221.45

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Produktziel FB 32 ändern

Beschlussvorschlag

Produktziel Entwurf:

- Überwachung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen einschließlich der Vorbereitung und Durchsetzung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen

Produktziel Änderung:

- Nutzung von Spielräumen der aufenthaltsrechtlichen Regelungen, um aufenthaltsbeendende Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Begründung

Es sollte nicht auch noch ein Produktziel sein, dass möglichst viele Menschen abgeschoben werden.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021	1	12	0		x

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65

Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Keine PPP-Projekte

Beschlussvorschlag

Weder der geplante Neubau der 6. IGS, der Helene-Engelbrecht-Schule, der Grundschule Altpetritor, die Erweiterung der Gymnasien Neue Oberschule und Richarda-Huch, noch andere Bauprojekte werden im PPP-Verfahren realisiert.

Begründung

Bereits zu den vergangenen Haushalten hatte die Linksfraktion beantragt, dass die Gründung einer Abteilung im FB 65, deren Aufgabe die Prüfung von weiteren PPP-Projekten ist, sowie der zum Haushalt 2017 von SPD, CDU, Grüne und BIBS beschlossene Prüfauftrag für ein weiteres Schul-PPP, nicht realisiert werden. Diese Anträge wurden jeweils mit den Haushaltsbeschlüssen von SPD, Grüne, BIBS und P2 abgelehnt. Wie von der Linksfraktion erwartet, wurden von der PPP-Abteilung im FB 65 eine Vielzahl von konkreten PPP-Vorschlägen erarbeitet. Diese sollen durch den Haushaltsbeschluss 2021 mit eingeplanten 134.770.000 Euro finanziert werden.

In Braunschweig gibt es zurzeit über 100 städtische Schulen und Kitas. Zwölf von ihnen wurden und werden im Rahmen des laufenden Schul-PPP von HOCHTIEF-PPP-Solutions GmbH saniert und unterhalten. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulen und Kitas sind das 11,2%. Die Gesamtaufwendungen für alle Schulen und Kitas betragen von 2013 - 2017 durchschnittlich 54,4 Mio Euro pro Jahr. Davon entfielen durchschnittlich 10,7 Mio. Euro auf den PPP-Bereich. Das sind 19,7%. Hier wird deutlich, dass PPP überdurchschnittlich teuer ist. Ohne PPP stünden mehr Mittel für alle Schulen und Kitas zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass weitere PPP-Maßnahmen dazu führen werden, dass es zu weiteren Einschränkungen bei den Schulen und Kitas kommt, die nicht im PPP sind.

Unterschrift

-FU 073-

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	1	10	0		x
FPA am 04.03.2021					x

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Produkt
Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Stadtlabor Straße: Nachhaltige Mobilität Innenstadt zur EMW 2021

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig wird an der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) teilnehmen und im Rahmen dessen ein Stadtlabor Innenstadt durchführen.

Hierzu wird die Verwaltung mit der Planung, Durchführung und Evaluation eines solchen Reallabores mit einer „Innenstadt ohne fahrende Pkws“ beauftragt, um Chancen und Konsequenzen für die Stadtbevölkerung sichtbar und erlebbar zu machen sowie Substitutionspotenziale für innerstädtische Pkw-Fahrten zu diskutieren und aufzuzeigen.

Ein Konzept soll den zuständigen Gremien rechtzeitig vorgelegt werden.

Entsprechende Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und Zivilgesellschaft sind zu involvieren.

Die zur Planung und Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, ob Fördergelder wie z. B. im Rahmen der „MobilitätsWerkStadt 2025“ einzuwerben sind.

Begründung

Zur bisherigen Form von Einwohnerbeteiligung – workshops – machen Stadt- bzw. Reallabore die Änderungen für die Beteiligten vor Ort erlebbar, begreifbar und wissenschaftlich auswertbar. Außerdem sind diese Änderungen umkehrbar – ein Experiment, mit dessen Ergebnissen zielgerichtete Lösungen zur nachhaltigen Mobilität lokal entwickelt werden können.

Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) bietet es sich an, temporär Teile des öffentlichen Raumes zu einem Reallabor werden zu lassen – hier der Bereich der Innenstadt, welcher ohne fahrende Pkw an diesem Tag erlebbar sein soll.

Die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema waren immer theoretisch und oftmals geprägt vom subjektiven Empfinden. Dieser Stadtlabortag soll dies ändern, neben faktenbasierten Diskussionen ermöglicht er das praktische Ausprobieren, ein experimentelles Handeln an dem jeder teilhaben kann. Diese Kombination in Verbindung mit der Evaluation bietet eine Grundlage, um die Stärken und Schwächen der nachhaltigen Mobilität und Qualität in der Braunschweiger Innenstadt aufzuzeigen und dementsprechend zielgerichtet zu handeln.

gez. C. Bley

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	2	8	1		x
PluA am 27.01.2021	In der Sitzung mündlich durch den Antragsteller geändert (siehe FU 074 Neu)				

DIE FRAKTION P²

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Produkt
Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Stadtlabor Straße: Nachhaltige Mobilität Innenstadt zur EMW 2021

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig wird an der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) teilnehmen. Sie prüft im Rahmen dessen, ein Stadtlabor Innenstadt durchzuführen.

Hierzu wird die Verwaltung mit der Planung, Durchführung und Evaluation eines solchen Reallabores mit einer „Innenstadt ohne fahrende Pkws“ beauftragt, um Chancen und Konsequenzen für die Stadtbevölkerung sichtbar und erlebbar zu machen sowie Substitutionspotenziale für innerstädtische Pkw-Fahrten zu diskutieren und aufzuzeigen.

Ein Konzept soll den zuständigen Gremien rechtzeitig vorgelegt werden.

Entsprechende Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und Zivilgesellschaft sind zu involvieren.

Die zur Planung und Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, ob Fördergelder wie z. B. im Rahmen der „MobilitätsWerkStadt 2025“ einzuwerben sind.

Begründung

Zur bisherigen Form von Einwohnerbeteiligung – workshops – machen Stadt- bzw. Reallabore die Änderungen für die Beteiligten vor Ort erlebbar, begreifbar und wissenschaftlich auswertbar. Außerdem sind diese Änderungen umkehrbar – ein Experiment, mit dessen Ergebnissen zielgerichtete Lösungen zur nachhaltigen Mobilität lokal entwickelt werden können.

Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) bietet es sich an, temporär Teile des öffentlichen Raumes zu einem Reallabor werden zu lassen – hier der Bereich der Innenstadt, welcher ohne fahrende Pkw an diesem Tag erlebbar sein soll.

-FU 074 Neu-

Die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema waren immer theoretisch und oftmals geprägt vom subjektiven Empfinden. Dieser Stadtlabortag soll dies ändern, neben faktenbasierten Diskussionen ermöglicht er das praktische Ausprobieren, ein experimentelles Handeln an dem jeder teilhaben kann. Diese Kombination in Verbindung mit der Evaluation bietet eine Grundlage, um die Stärken und Schwächen der nachhaltigen Mobilität und Qualität in der Braunschweiger Innenstadt aufzuzeigen und dementsprechend zielgerichtet zu handeln.

gez. C. Bley

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PluA am 27.01.2021	9	4	0	x	
FPA am 04.03.2021				x	

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

4S.660012

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende 2021 das Braunschweiger Fahrradstraßennetz auf mögliche Vorfahrtregelungen für den Radverkehr und Minimierungen des PKW-Durchgangsverkehrs zu überprüfen und bei Möglichkeit umzusetzen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Einrichtungsvorschläge weiterer Fahrradstraßen werden den Gremien zur Information bzw. Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Die Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	6	5	0	Zum Antrag auf passieren lassen	
PluA am 27.01.2021	Passieren lassen				
	Durch die Antragstellerin zurückgezogen				

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

5E.660142

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Sperrvermerk am Projekt Hagenmarkt

Beschlussvorschlag

Das Projekt Hagenmarkt (5E.660142 im Investitionsprogramm) wird mit einem Sperrvermerk versehen, dieser kann durch Ratsbeschluss aufgehoben werden.

Begründung

Beim Projekt Hagenmarkt sind im Investitionsprogramm (IP) derzeit Ausgaben in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro vorgesehen. Im IP 2020 beliefen sich die veranschlagten Kosten noch auf etwa 1,3 Millionen und lagen damit um zwei Millionen niedriger.

Zum einen laufen derzeit kontroverse Diskussionen darüber, ob die von der Verwaltung favorisierte Version umgesetzt werden sollte und falls ja, in welcher Ausführung. In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 4. November 2020 wurde der Punkt daher zurückgestellt.

Zum anderen müssen angesichts der finanziellen Lage der Stadt Braunschweig mit einem massiven Schuldenaufbau bis auf eine Milliarde Euro in 2024 auch liebgewonnene Projekte auf den Prüfstand gestellt werden. Für die CDU-Fraktion kann es beim Hagenmarkt deshalb nur eine Minimallösung geben. Dementsprechend wurde ein umfangreicher Fragenkatalog an die Bauverwaltung gesandt, damit die Kosten der einzelnen Bausteine offengelegt und diese bewertet werden können. Mit Stand vom 4.12.2020 lagen die Antworten noch nicht vor.

Um beide Aspekte aufzugreifen, soll das Projekt mit einem Sperrvermerk versehen werden, welcher durch den Rat aufgehoben werden kann.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

-FU 076-

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	4	6	1		x
PluA am 27.01.2021	3	9	0		x
FPA am 04.03.2021					x

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

68 / FB 68

Produkt

Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Einrichtung einer Biologischen/Ökologischen Station für das Stadtgebiet von Braunschweig

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie sich eine Biologische/Ökologische Station nach dem Vorbild entsprechender Einrichtungen in NRW realisieren lässt, die ausschließlich für das Stadtgebiet Braunschweig zuständig ist. Dabei sollen u.a. Fragen wie Organisationsstruktur/Trägerverein, Personal- und Sachmittelbedarf, geeignete Unterbringung, Aufgabenbeschreibung, etc. behandelt werden.

Begründung

Die ökologischen Stationen in Niedersachsen basieren auf einem Anfang der 90er Jahre in NRW entwickelten "Naturräumlichen Fachkonzept Biologische Stationen" des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV). Die Aufgaben reichen von der Erfassung und der Dokumentation von Daten zu Vorkommen von Tier- und Pflanzenarten bis hin zu Maßnahmen für die Entwicklung der Natur. Schwerpunkte sind dabei die Schutzgebietsbetreuung, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen sowie Natur- und umweltbezogene Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Insbesondere soll auf Bestandsschwankungen bei den wichtigen Arten vor Ort geachtet werden, um rechtzeitig Hilfsmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Konzept ist erst vor wenigen Jahren von Niedersachsen weitgehend übernommen worden. Aufbauend auf einigen vorhandenen Stationen, die 2013 z.B. von NABU und BUND zunächst ehrenamtlich im Arbeitskreis "Ökologische Stationen" gegründet wurden, soll ein Netz an Ökologischen Stationen mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen entstehen.

Im ersten Schritt wurden jedoch zunächst die bestehenden Einrichtungen ertüchtigt. Folglich hat die NABU-Station Aller/Oker auch erst einmal die Betreuung des Stadtgebietes von Braunschweig mit übernommen. Die Einrichtung einer eigenen Ökologischen Station für Braunschweig würde jedoch der o.g. Erklärung des Landes und der Kommunen folgen, die wenigen vorhandenen Stationen Schritt für Schritt um weitere Stationen zu erweitern.

Denn das von der Ökologischen Station Aller/Oker (ÖNSA) zu betreuende Gebiet umfasst

große Teile Ostniedersachsens (Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Wolfsburg und Braunschweig) und ist damit so groß, dass mit nur zwei Fachkräften eine fundierte und flächendeckende Wahrnehmung der zugewiesenen Aufgaben auch bei großem persönlichen Engagement der MitarbeiterInnen der Station nicht möglich ist.

Entsprechend überschaubar sind die Aktivitäten, die seit 2018 durch die ÖNSA auf Braunschweiger Stadtgebiet stattfinden konnten (20-14531-01: Erhebungen zu Laubfroschvorkommen in der Okeraue sowie Zufallsfunde an Neophyten).

Würde man mit diesem Zustand zufrieden sein, hätten die Ökologischen Stationen nur eine Feigenblattfunktion. Dies ist aber sicherlich nicht die Intention des Landes und insbesondere auch nicht die der Stadt Braunschweig.

Der oben beschriebene Zustand zeigt, wie dringend die Stadt Braunschweig eine eigene Ökologische Station braucht, um den skizzierten gesetzlichen Aufgaben in fachlich adäquatem Umfang gerecht zu werden.

Die Einrichtung einer Ökologischen Station nur für Braunschweig würde die Wirksamkeit der „Vor-Ort-Betreuung von Schutzgebieten“ auch vor dem Hintergrund, dass in Braunschweig neue Naturschutzgebiete ausgewiesen werden sollen, mehr als bisher auf einen naturschutzfachlich akzeptablen Umfang anheben. Ebenso findet vor dem Hintergrund der Klimakrise und der Corona-Pandemie der Zusammenhang immer breitere Zustimmung, dass für Erhalt, Förderung und Sicherung der biologischen Vielfalt im Allgemeinen und für den Schutz seltener bzw. gefährdeter Arten deutlich mehr investiert werden muss.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PluA am 27.01.2021	Durch Ratsherrn Dr. Dr. Büchs als Haushaltsantrag zurückgezogen (Autorisierung durch die BIBS-Fraktion liegt vor.)				

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

KuW / FB 41

Produkt

1.25.2521.09

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Überführung "Schlossmuseum" in das Städtische Museum

Beschlussvorschlag

Zur Schaffung von Synergien wird eine Überführung des Schlossmuseums in das Städtische Museum in die Wege geleitet. Eine Änderung des Stiftungsgeschäftes ist durch die Verwaltung vorzubereiten und dem Rat anschließend zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Zum letzten Haushalt wurde eine Erhöhung der Förderung für das "Schlossmuseum" beschlossen. Zudem wurde zur Einsparung von Haushaltsmitteln im so genannten "KGST-Einsparprozess" die Überführung des lediglich von jährlich 11.000 Personen (im Jahre 2018) besuchten Schlossmuseums empfohlen, um durch eine Steigerung der Attraktivität künftig 21.000 Besucher anzulocken. Der ursprünglich mit "grün" markierte Einsparvorschlag soll nach der letzten Version der KGST-Einsparvorschläge nun nicht mehr durch die Stadt vollzogen werden (er ist nun "rot" hinterlegt), deshalb soll laut Einschätzung der Verwaltung ein Politikbeschluss erfolgen.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 15.01.2021	0	10	1		x
FPA am 04.03.2021					x

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800 / Stabsstelle 0800

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Planung/Initiierung/Einrichtung/Förderung CO2-freier innerstädtischer Logistik

Beschlussvorschlag

Die Stadt Braunschweig wird gebeten zu prüfen, ob sich die Initiierung, der Aufbau und die Entwicklung eines möglichst CO2-freien städtischen Liefernetzwerkes verwirklichen lässt, besonders mit Fahrrädern, Fahrrädern mit Lastenanhängern oder Lastenfahrrädern, samt elektronischer Infrastruktur: Navigation / Bezahlfunktionen und die Koordination von Lieferungen, sowie räumlicher Infrastruktur, Verteil- und Abholstationen, um zuverlässig, kostengünstig - möglichst nicht mehr als 3 Euro pro Lieferung, entsprechend dem Amazon Standardlieferpreis - und schnell Waren zu den Verbrauchern der Stadt zu bringen, insbesondere auch des städtischen Einzelhandels.

Die Lieferlogistik von bestehenden Einzelhandelsgeschäften und von Logistikfirmen oder -geschäften, von Kurierdiensten, der Post, etc., kann nach Möglichkeit einbezogen werden. Der finanzielle Bedarf soll von der Verwaltung entsprechend den anstehenden Aufgaben ermittelt werden und variieren. Hierfür wären angemessene Mittel für die Planung, für eine zügige und lösungsorientierte Problem- und Aufgabenermittlung sowie für eine Anschubfinanzierung bereitzustellen.

Begründung

Die Stadt versucht den städtischen Einzelhandel durch vielerlei Maßnahmen zu stützen, etwa durch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität mittels einer Attraktivierung der Möblierung des öffentlichen Raumes oder durch die Etablierung einer Event-Kultur. Solange man aber Gegenstände und Produkte aus fernen Orten und Gegenden schon innerhalb eines Tages und damit oft schneller geliefert bekommen kann als aus der eigenen Stadt, hat der stationäre Handel kaum eine realistische Chance. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen diesen Wettbewerbsnachteil des lokalen Einzelhandels ausgleichen.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA am 19.01.2021	Der Antragsteller erklärt sich mit der Aufnahme der Intention seines Antrages in das Logistikkonzept einverstanden und verzichtet auf die Abstimmung.				

SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 / FB 50

Produkt

1.41.4140.40 / Konto 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Konzept für eine Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine niedrigschwellige Beratung von Prostituierten in Braunschweig zu erstellen. Dabei sollen die bereits vorhandenen Beratungsstellen in Braunschweig einbezogen sowie die speziellen Bedarfe ermittelt und berücksichtigt werden. Die Definition von geeigneten Räumlichkeiten sowie eine (Personal-) Kostenaufstellung sollten u. a. Teil des Konzeptes sein.

Begründung

Prostituierte leben und arbeiten in der Regel unter schwierigen (persönlichen) Bedingungen. Häufig stammen sie nicht aus Deutschland und sind daher mit Hilfsangeboten in Deutschland nicht vertraut. Zudem leben sie oft nur eine kurze Zeit an einem Ort und haben so wenig Möglichkeiten, sich Unterstützung zu organisieren. Drogen- und Alkoholmissbrauch gehen häufig mit der Arbeit einher. Zwar handelt es sich laut Gesetz in Deutschland um ein legales Gewerbe, dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die meisten Prostituierten nicht dauerhaft diesem Gewerbe nachgehen wollen und können. Allerdings ist der Weg zum Ausstieg häufig für die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen nicht allein zu bewältigen. Bis der Ausstieg vollzogen wird, müssen die Betroffenen viele persönliche Hürden überwinden. Daher handelt es sich meist um einen sehr langen Weg von der Erkenntnis und dem Wunsch des Ausstiegs bis zu ersten Schritten des tatsächlichen Ausstiegs. Zudem ist davon auszugehen, dass das Umfeld der Prostituierten zunächst versuchen wird, sie/ihn von diesem Wunsch abzubringen, da in der Regel nicht nur die Prostituierte selbst mit der Tätigkeit Geld verdient, sondern auch das Umfeld (Hotel-Bordellbesitzer, Zuhälter etc.).

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

- FU 216 -

Anmerkung der Verwaltung:

Die antragstellende SPD-Fraktion hat in der Sitzung des AfSG zu dieser Thematik mündlich einen finanzwirksamen Antrag (FWE 225) gestellt.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021	Erledigt durch Abstimmung über FWE 225				

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 10
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

<u>Überschrift</u>
Flexibler Umgang mit Personalressourcen

<u>Beschlussvorschlag</u>
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwiefern mit Personalressourcen flexibler umgegangen werden kann, z. B. durch dezentrale Personalressourcenverantwortung in den Fachbereichen und Refereraten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Finanz- und Personalausschuss vorzustellen.

<u>Begründung</u>
Auf die Begründung zum Antrag FU 070 "Kapitalisierung nicht besetzter Personalstellen" wird verwiesen. Bei den Ideen zur Verwaltungsmodernisierung (VMO), Stand 26.06.2019, findet sich der Vorschlag 626 "Dezentrale Ressourcenverantwortung", konkret: "Insbesondere hinsichtlich der Personalverantwortung und baulicher Maßnahmen dezentrale Ressourcenverantwortung verankern. Positive Erfahrungen im Rahmen der Pilotphase zur Neuen Steuerung nutzen." Dieser Vorschlag geht aus Sicht der antragstellenden Fraktionen in die richtige Richtung und sollte weiter verfolgt werden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FU 070.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021	6	7	0		x

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Alle / FB 20

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift

Finanzielle Handlungsfähigkeit Braunschweigs für nachfolgende Generationen erhalten

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Braunschweig bekräftigt auch in finanziell schwierigen Zeiten den Beschluss vom 18. Dezember 2018 ("Nachhaltige strategische Haushaltssteuerung") zu einem Haushalt ohne Rückgriff auf die Überschussrücklage spätestens zum Haushalt 2026.
2. Um eine bessere Aussagekraft der vorgelegten Zahlen bereits beim Beschluss über den jeweiligen Haushaltsplan herzustellen, erfolgt bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2022 ein Abgleich der Budgets der einzelnen Fachbereiche und der tatsächlichen Ausgaben der vergangenen Jahre.
3. Der auf Grundlage des § 182 Abs. 4 NKomVG eingerichtete Corona-Passivposten mit einer erwarteten Höhe von 167,9 Millionen Euro zum Jahresende 2021 wird - im Sinne der Generationengerechtigkeit - ab 2023 in gleichbleibenden Beträgen innerhalb von 30 Jahren abgetragen.
4. Für den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 legt die Verwaltung erneut einen Netto-Null-Stellenplan vor. Veränderungen innerhalb der Aufgabengebiete der bestehenden Stellen sind davon unberührt und damit weiterhin möglich. Zusätzlich einzurichtenden Stellen müssen dann zwingend Fördermittel, Einnahmen oder Sachmittel entgegenstehen.
5. Die im Rahmen des Verwaltungs- und Haushaltsoptimierungsprozesses momentan auf rot gesetzten Vorschläge werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob eine spätere Umsetzung möglich ist.

Begründung

Die Corona-Pandemie stellt uns in vielen Bereichen vor große Herausforderungen. Sei es in den Kliniken, beim Impfen oder auch in unseren Innenstädten und Betrieben. Logischerweise hat Corona deshalb große Auswirkungen auch auf den Haushalt der Stadt Braunschweig. Allerdings ist genauso eindeutig, dass Corona die Erklärung für Vieles ist, aber nicht die Ausrede für Alles sein darf.

Schon alleine, um im Sinne einer nachhaltigen Generationengerechtigkeit die finanziellen Handlungsspielräume zu behalten, müssen bereits in diesen herausfordernden Zeiten geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Dazu gehört für uns ein klares Bekenntnis zum beim Haushalt 2018 festgelegten und im folgenden Jahr bekräftigten Ziel eines Haushalts ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen

spätestens in 2026. Dies schon alleine vor dem Hintergrund, dass die Überschussrücklagen nach derzeitiger Planung auch nur noch bis maximal in dieses Jahr reichen werden. In diesem Zusammenhang muss erneut der Hinweis erfolgen, dass eine Überschussrücklage kein bares Geld auf einem Konto ist, sondern eine rein rechnerische Größe.

Um aber auch zukünftig bereits bei der Vorstellung des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt bzw. bei der Verabschiedung des Haushaltsplans durch den Rat die vorgelegten Zahlen korrekter einschätzen zu können und nicht - wie in so vielen der letzten Jahre leider üblich - bei der Vorstellung des Jahresabschlusses massive Abweichungen feststellen zu müssen, erneuern wir unsere Forderung aus dem vergangenen Jahr, wonach ein konsequenter Abgleich der veranschlagten Budgets der einzelnen Fachbereiche und der tatsächlich im Mittel der Jahre zuvor angefallenen Kosten erfolgt. Der schon oft gebrauchte Ausspruch von "Haushaltsklarheit ist Haushaltswahrheit" passt auch an dieser Stelle wieder trefflich. In den vergangenen Jahren ist es hier zu Differenzen jeweils im Umfang von mehr als zehn Millionen Euro gekommen (in 2017 wurden bei der Sozialhilfe 5,5 Millionen Euro nicht benötigt und bei der Jugendhilfe 9 Millionen Euro; in 2018 waren es bei der Sozialhilfe sogar elf Millionen Euro und bei der Jugendhilfe immer noch zwei Millionen Euro). Sollten die Haushaltsmittel dann - wider Erwarten - nicht ausreichen, kann im laufenden Jahr durch über- und außerplanmäßige Ausgaben korrigiert werden. In der Summe hat dies jedoch große Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt, mindestens in seiner Darstellung.

Ebenfalls im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen auch die Fragen nach dem Abtrag des Corona-Passivpostens sowie dem Umgang mit den momentan nicht zur Umsetzung vorgeschlagenen KGSt-Vorschläge behandelt werden. Dieser Grundlagenantrag steht natürlich im engen Zusammenhang mit den eingereichten Anträgen der CDU-Fraktion zum Investitionsprogramm.

Obwohl sich die Verwaltung auch in diesem Jahr das Ziel gesetzt hatte, einen Netto-Null-Stellenplan vorzulegen, werden im Saldo dennoch rund 82 neue Stellen geschaffen. Eine Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung, bei der am Ende bspw. aufgrund eines Aufgabenzuwachses neue Stellen geschaffen, aber gleichzeitig durch wegfallende Aufgaben oder einer Verschiebung der Prioritäten in anderen Bereichen dann Stellen nicht mehr benötigt werden, begrüßen wir sehr. Sie stärkt die Eigenverantwortung der Mitarbeiter, aber auch den Handlungsspielraum der dezentralen Fachbereiche.

Dass eine Verschiebung von Maßnahmen - bspw. im Straßenbau, bei dem Projekte im finanziellen Gegenwert von rund zwei Jahren vor sich hergeschoben werden - möglich ist, haben wir bereits dargelegt. Wenn man nicht erneut in die finanzielle Handlungsunfähigkeit abgleiten will, muss man eine strenge Aufgaben- und Maßnahmenkritik durchführen und dann auch liebgewonnene Projekte in der Umsetzung nach hinten schieben, möglicherweise sogar komplett streichen.

An dieser Stelle muss jedoch noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es nicht darum geht, Geld zu sparen. Es geht darum, nicht noch mehr Geld, welches wir sowieso nicht haben, auszugeben.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021	4	8	1		x

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 12 / 1 / 0
Ausgenommen sind die Anträge mit den Nummern: 080, SBR 01, 088neu, 089, 137, 145, 205, 211, 217, 229, 230, 232

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
Teilhaushalt Politische Gremien															
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.393.287	2.393.287	0	0	0	0	0	0	0	0		
080	1.11.1110.01	Politische Gremien	FDP	Reduzierung Sachkostenpauschale für Fraktionen im Rat um ein Drittel Nicht nur die Verwaltung, auch die Politik sollte Sparsamkeit zeigen. Eine Kürzung der Ratsfraktionsmittel um ein Drittel ist angemessen und schränkt die Fraktionsarbeit nicht ein. Nicht gekürzt werden sollen die Mittel für Stadtbezirksratsfraktionen.								dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche		
						-	13.200	-	13.200	-	13.200	-	13.200		
				FPA	Dafür:	1	Dagegen:	12	Enthaltung:	-	Abgelehnt				
SBR 01	1.11.1110.01	Politische Gremien	SBR 114	Anpassung des Bezirksratsbudgets für notwendige Maßnahmen im Stadtbezirk „Der Stadtbezirksrat 114 – vor Zusammenlegung mit dem Stadtbezirk Hondelage – beantragt, das gesamte, ihm zur Verfügung stehende Bezirksratsbudget (inkl. Bürgerbudgets) in Höhe von 19.000 € um 20 % zu erhöhen, d.h. in Summe auf 22.800 €.“ Begründung: Die im Haushalt angeführten Bezirksmittel für alle Stadtbezirke sind auf eine nicht mehr vorhandene, alte Berechnung zurückzuführen. In diesem Zeitraum von mindestens 20 Jahre haben sich alle anfallenden Kosten erhöht. Die notwendigen Maßnahmen für die verschiedenen Bereiche (u.a. Straßenbau, Friedhofsverwaltung) konnten aus dem Bezirksratsbudget immer nur anteilmäßig finanziert werden. Eine entsprechende Budgetplanung für den Stadtbezirk Volkmarode wäre im Folgenden: <input type="checkbox"/> Repräsentativer Aufwand: 400 € <input type="checkbox"/> Einrichtung Schule 1500 € <input type="checkbox"/> Ortsbüchereien 2100 € <input type="checkbox"/> FB 66 Straßenunterhaltung 8500 € <input type="checkbox"/> FB 67 Grünanlagenunterhaltung 1200 € <input type="checkbox"/> FB 67 Hochbauunterhaltung Friedhöfe 3400 € <input type="checkbox"/> FB 67 Grünanlagenunterhaltung Friedhöfe 700 € <input type="checkbox"/> Bürgerbudgets 3600 €								dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte		
						+	3.800	+	3.800	+	3.800	+	3.800		
				FPA	Dafür:	1	Dagegen:	11	Enthaltung:	1	Abgelehnt				
232	1.11.1110.01	Politische Gremien	CDU	Reduktion der Aufwandsentschädigung Als Zeichen dafür, dass im Rahmen des Prozesses zur Haushaltsoptimierung nicht nur bei den Braunschweigerinnen und Braunschweigern gespart wird, wird der Vorschlag 031 aus Dezernat I (Reduktion der Entschädigung für Ratsmitglieder) dahingehend umgesetzt, dass die Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder um 40 Euro auf 350 Euro gesenkt wird. Die Verwaltung legt dazu zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Änderung der "Satzung über den Ersatz von Verdienstausfall, Auslagen, Aufwandsentschädigung, Fahr- und Reisekosten (Entschädigungssatzung)" vor. Im Rahmen des unter der Bezeichnung KGSt-Prozess bekanntgewordenen Prozesses zur Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung wurden von den Beschäftigten aber auch von der beratenden Gesellschaft KGSt unzählige Vorschläge gemacht. Diejenigen Ideen, die sich mit der Haushaltsoptimierung befassen, sehen zahlreiche (in der Regel vertretbare) Reduzierungen von städtischen Leistungen vor, allerdings auch zahlreiche Punkte, bei denen es für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger teurer wird. Um nun ein deutliches Signal zu setzen, dass es den Ratsmitgliedern nicht darum geht, die durch die notwendige Bekämpfung des strukturellen Defizits erforderlichen Lasten nur auf fremden Schultern abzuladen, soll auch der Vorschlag umgesetzt werden, der die Reduktion der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder um 40 Euro vorsieht. Damit wird dem Vorschlag der KGSt gefolgt.								dauerh.	442110 Aufwand für ehrenamtliche+sonst. Tätig. Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst nach der Beratung im FPA ermittelt.		
						-	15.120	-	25.920	-	25.920	-	25.920		
				FPA	Dafür:	5	Dagegen:	7	Enthaltung:	1	Abgelehnt				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		5.754.600	5.754.600	0	0	0	0	0	0	0	0			
081	1.11.1145.01	Allgemeiner Service/Steuerungsunterstützung	BIBS	Beibehaltung Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF) Zur Haushaltssanierung wurde das Telefonbuch 2010 abgeschafft, um ca. 2000 Euro zu sparen. Die BIBS-Fraktion beantragte eine Neuauflage, die mit Hilfe der neuen Mehrheit durchgesetzt werden konnte. Dies verursachte keine Kosten, sondern spülte der Stadt ca. 5000 Euro jährlich in die Kassen. Auch wenn inzwischen kein freier Verkauf des HUF mehr erfolgt, ist das Fernsprechverzeichnis für die Stadt noch immer kostenfrei. Das HuF erleichtert den Mitarbeitern im Rathaus die Arbeit erheblich. Soweit es kostenfrei ist und auch bleibt, kann eine Abschaffung keine Einsparungen erzielen. Das Fernsprechbuch sollte daher erhalten bleiben. Nicht nachvollziehbar und akzeptabel ist, dass wohl mit der angekündigten Einstellung des HuF nach Ds. 20-14762 zugleich eine Personalstelle eingespart werden soll.											dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: **) Sachaufwendungen für die Erstellung des HuF können auf städtischer Seite nicht beziffert werden, da der Druck des Buches für die Stadt aufwandsneutral durch einen externen Dienstleister vorgenommen wird. Dort erfolgt die Refinanzierung durch Werbeeinnahmen. Die Abstimmung muss zum Antrag SP 204 zum Stellenplan erfolgen.
							**)		**)		**)		**)			

082	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	BIBS	Gebärdendolmetscher*innen in städtischen Einrichtungen 1. Die Verwaltung stellt ab dem Haushaltsjahr 2021 ein jährliches Budget in Höhe von 15.000 Euro zur Bereitstellung/Bezahlung/Entschädigung von Gebärdendolmetscher*innen zur Verfügung, damit je nach Bedarf und Anforderung durch Menschen mit Hörschädigung im Kontakt mit städtischen Einrichtungen ein variabler Einsatz möglich wird. 2. Die Verwaltung weist mit geeigneten Hinweisen wie auf der städtischen Homepage, in Veröffentlichungen, Flyern, Rathauskompass etc. auf die Möglichkeit des Einsatzes von Gebärdendolmetscher*innen im Umgang mit städtischen Behörden und deren Bezahlung durch die Stadt hin, damit bei Bedarf die Buchung/Organisation bereits im Vorfeld eines Termins bei einer Behörde erfolgen kann.											dauerh.	429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen
						+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000				
			AfSG	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Zurückgezogen	Antrag erledigt, wird bereits umgesetzt								

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.771.840	3.771.840	0	0	0	0	0	0	0	0		
--	----	--	--	-----------	-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	--	--

083	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	Die Fraktion P ²	Stadt Braunschweig wird korporatives Mitglied bei Transparency International e.V. Die Stadt Braunschweig beantragt eine korporative kommunale Mitgliedschaft bei „Transparency International Deutschland e. V.“ und setzt alle für eine Mitgliedschaft erforderlichen Maßnahmen um. Für die Mitgliedschaft werden jährlich 1.250 EUR im Haushalt zur Verfügung gestellt. Transparency International Deutschland e.V. arbeitet als gemeinnütziger Verein und politisch unabhängig an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung von Korruption und ihrer Eindämmung. Ziel ist es, das öffentliche Bewusstsein für die negativen Folgen der Korruption zu schärfen. Die Mitglieder erklären, dass sie jegliche Korruption ablehnen, sie selbst weder anwenden noch dulden und aktiv für Korruptionsbekämpfung eintreten sowie ihre Beschäftigten über die Gefahren von Korruption aufklären. Neben natürlichen Personen zählen auch Unternehmen, Vereine, Stiftungen und Kommunen wie Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Berlin, das Innenministerium des Landes Schleswig Holstein oder die Städte Köln, Leipzig, Bonn zu den Mitgliedern. Die Grundprinzipien sind Integrität, Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft. https://www.transparency.de/ueberuns/was-tun-wir-dagegen/ Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1.250 EUR pro Jahr. Um als Mitglied anerkannt zu werden sind eine Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen sowie verschiedene Maßnahmen umzusetzen. https://www.transparency.de/mitmachen/mitgliedschaft/korporativemitgliedschaft/											dauerh.	442930 Beitr. Wirtschaftsverb. Berufsvertr. Verein
						+ 1.250		+ 1.250		+ 1.250		+ 1.250				
			FPA	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Zurückgezogen									

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen																
	18	Transferaufwendungen		47.754.200	47.833.100	0	+ 78.900	0	+ 202.700	0	+ 202.700	0	+ 202.700			
084	1.25.2710.01	Volkshochschulen	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Schulbildungsberatung Zur Fortführung der Schulbildungsberatung soll im FB 51.4 (Jugendsozialarbeit) eine zusätzliche Stelle zur Kompetenzfeststellung inkl. der Finanzierung der Lizenzkosten eingerichtet werden. Die Vorbereitungsklassen der VHS sollen ab 2022 mit einem dauerhaften Zuschuss der Stadt von rund 140.000 € verstetigt werden. Im Jahr 2021 soll der Zuschuss ab dem Schuljahr 2021/2022 (Aug 2021) in Höhe von 58.000 € gezahlt werden. Die Volkshochschule wird gebeten, die nötigen Mittel bis August 2021 aus anderen Drittmitteln zu finanzieren. Schulbildungsberatung (SchuBS) ist ein wichtiges Instrument, um zugezogene Kinder und Jugendliche schnell zu integrieren und ihnen bestmögliche Chancen zu geben. Dazu sind aber die Kompetenzfeststellung im FB 51.4 und die Vorbereitungsklassen der VHS ein wichtiges Instrument. Mit der Verstetigung der 1,5 Stellen im FB 40 (Schule) ist nur ein Schritt getan.								dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.			
					+ 58.000		+ 140.000		+ 140.000		+ 140.000		+ 140.000			
				Afl	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	Gemeinsame Abstimmung FWE 084 mit SP 205				
				SchA	Dafür:	12	Dagegen:	3	Enthaltung:	1	Angenommen					
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc				
085	1.25.2710.01	Volkshochschulen	BIBS	Vorbereitungsklassen und Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung Für die Vorbereitungsklassen der Schulbildungsberatung wird für 50 Wochen pro Jahr eine Lehrkraft mit 25 UE (Unterrichtsstunden) pro Woche und eine Lehrkraft mit 12,5 UE pro Woche eingestellt (siehe Ds. 20-13446). Für die Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung wird eine Stelle E11 geschaffen (ebenfalls analog zu Ds. 20-14625) In Ds. 20-14625 wurde in der Ratssitzung am 17.11. die Schulbildungsberatung im Umfang von zunächst 1,5 Beratungs-Stellen (E11) unbefristet fortgesetzt. Gleichzeitig wies die Verwaltung draufhin, dass die Vorbereitungsklassen und die Kompetenzfeststellung als weitere Bausteine der Schulbildungsberatung durch diese Stellen noch nicht abgedeckt sind. Die Finanzierung dieser beiden wichtigen Bausteine ist nur bis Ende 2020 gesichert. Für eine Sicherung darüberhinaus soll die Schaffung der beantragten zusätzlichen Stellen sorgen.								dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.			
						*)		*)		*)		*)		*)		
				Afl	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Erledigt durch Abstimmung zu FWE 084 und SP 205					
				SchA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Zurückgezogen					
086	1.25.2710.01	Volkshochschulen	DIE LINKE.	Fortführung Vorbereitungsklassen SchuBS SchuBS: Vorbereitungsklassen Beschlussvorschlag: In den Haushalt werden dauerhaft zusätzlich 137.000 Euro eingestellt für die Fortführung von zwei Vorbereitungsklassen für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland. Begründung: Die Fortführung des Projektes Schulbildungsberatung, zu dem auch die Vorbereitungsklassen gehörten, war vom Rat der Stadt am 17.9.2019 zunächst für ein weiteres Jahr beschlossen worden (DS 19-11632 und DS 19-11719) und wurde in diesem Zeitraum evaluiert. Am 17.11.2020 hat der Rat die Fortführung des Projektes mit 1,5 Stellen beschlossen (Drs. 20-14625). Die Fortführung der Vorbereitungsklassen und der Kompetenzfeststellung waren jedoch nicht Gegenstand dieses Beschlusses. Der Besuch der Vorbereitungsklassen stellt ein grundlegendes Element zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland dar. Die Evaluation hat ergeben, dass die in den Vorbereitungsklassen erworbenen Grundkenntnisse der deutschen Sprache sowie der in Deutschland üblichen Unterrichtsmethoden den Einstieg in eine weiterführende Schule deutlich erleichtern. Die Rückmeldungen der Schulen, die die Kinder und Jugendlichen nach Beendigung der Vorbereitungsklassen besuchen, sind durchweg positiv (Drs. 20-13446 und Drs. 20-13446-01).								dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.			
						+ 137.000		+ 137.000		+ 137.000		+ 137.000		+ 137.000		
				Afl	Dafür:	2	Dagegen:	4	Enthaltung:	5	Abgelehnt					
				SchA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Zurückgezogen					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
138	1.57.5712.01	Braunschweig Stadtmarketing GmbH	Bündnis 90/Die Grünen	Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie 1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet. 2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen“ (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht. 3. Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden. 4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten. (Begründung s. Antrag)													einmalig	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv
				WA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt							
				BA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	-	Abgelehnt							
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc						

229	Neu	Neu	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Errichtung und Betrieb von Photovoltaik-Anlagen Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende 2021 die Vorbereitungen zur Gründung einer Gesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb von Photovoltaikanlagen derart zu forcieren, dass potenzielle Gesellschafter (z. B. Stadt Braunschweig, BSI Energy, Nibelungen Wohnbau GmbH oder andere geeignete Partner) schnellstmöglich gefunden werden und die Gesellschaft nach der Gründung schnell handlungsfähig ist. Die Verwaltung stellt in diesem Zusammenhang sicher, dass eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung der Gesellschaft gegeben ist. Der Gesellschaftszweck ist so zu gestalten, dass Dächer sowohl von städtischen als auch von privaten Gebäuden für die Installation einer Photovoltaikanlage genutzt werden können. Der Antrag präzisiert den Ratsbeschluss vom 17.11.2020 (Nr. 2 der Vorlage 20-14506) und greift inhaltlich den Antrag SP 210 "Schaffung einer Stelle für Photovoltaikanlagen" auf. Zur weiteren Begründung wird auf die genannten Vorlagen verwiesen. Der Antrag zum Stellenplan SP 210 wird durch diesen Antrag ersetzt.													dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen							

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

18	Transferaufwendungen			220.000	260.000	0	+	40.000	0	0	0	0	0	0				
087	1.12.1221.41	Meldewesen	FDP	Zuzugsprämie für Studierende streichen Die Zahl der Studierenden, die eine Ummeldung des Erstwohnsitzes von der Prämie abhängig machen, dürfte gering sein - für die Einwohnerzahl und sich daraus ergebende Vorteile für die Stadt hält sich die Relevanz daher in Grenzen. Wegen der angespannten Haushaltslage beantragen wir die Streichung der Prämie.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				FPA	zurückgezogen, da als Vorschlag in den Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung enthalten													

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
088	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Förderung von Tierschutzprojekten 1. Die Zuschüsse für Tierschutzprojekte werden im Jahr 2021 um 50.000 € auf dann insgesamt 60.000 € angehoben. 2. Für die Folgejahre ist eine weitere Erhöhung um 40.000 € auf insgesamt 100.000 € in den Haushaltsplänen vorzusehen. 3. Aus diesen Mittel ist dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. eine institutionelle Förderung zur Deckung der Personal- und Sachkosten für den Betrieb der betreuten Taubenschläge zu gewähren. Es ist geplant, im Verlauf des Jahres 2021 weitere betreute Taubenschläge in Braunschweig einzurichten. Die Betreuung dieser Schläge soll dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. übertragen werden. Damit der Verein diese Aufgabe, die deutlich über das hinausgeht, was alleine mit ehrenamtlichem Engagement zu leisten ist, verlässlich ausüben kann, sind Personal- und Sachkosten, z.B. für Futter und Einstreu, in ausreichendem Umfang bereitzustellen und dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. als institutionelle Förderung zu gewähren. Dieser Antrag bezieht sich auf das Produkt Tierschutz/Tiergesundheit, das mit der Produktnummer 1.12.1221.51 dem Teilhaushalt FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit zugeordnet ist.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	50.000		+	90.000		+	90.000		+	90.000
				FPA	geändert im Rahmen der Beratungen im FPA (s. 088 Neu)											
088 Neu	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Förderung von Tierschutzprojekten 1. Die Zuschüsse für Tierschutzprojekte werden im Jahr 2021 um 40.000 € auf dann insgesamt 50.000 € angehoben. 2. Für die Folgejahre wird die Verwaltung gebeten, die notwendigen Ansätze entsprechend des Ratsbeschlusses zur „Aktualisierung des Konzeptes zur Regulierung des Bestandes wildlebender Stadtauben in Braunschweig für eine saubere Stadt und mehr Tierschutz“ zu ermitteln und in den Haushaltsplänen ab dem Jahr 2022 vorzusehen. 3. Aus diesen Mittel ist dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. eine institutionelle Förderung zur Deckung der Personal- und Sachkosten für den Betrieb der betreuten Taubenschläge zu gewähren. Es ist geplant, im Verlauf des Jahres 2021 weitere betreute Taubenschläge in Braunschweig einzurichten. Die Betreuung dieser Schläge soll dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. übertragen werden. Damit der Verein diese Aufgabe, die deutlich über das hinausgeht, was alleine mit ehrenamtlichem Engagement zu leisten ist, verlässlich ausüben kann, sind Personal- und Sachkosten, z.B. für Futter und Einstreu, in ausreichendem Umfang bereitzustellen und dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. als institutionelle Förderung zu gewähren. Dieser Antrag bezieht sich auf das Produkt Tierschutz/Tiergesundheit, das mit der Produktnummer 1.12.1221.51 dem Teilhaushalt FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit zugeordnet ist.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	40.000									
				FPA	Dafür:	13	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen	ersetzt den Antrag FWE 088				
089	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	BIBS	Zuschuss Stadttiere Braunschweig e.V. Der Verein "Stadttiere Braunschweig e.V." erhält für das Haushaltsjahr 2021 eine Förderung in Höhe von 55.000 Euro, ab dem Haushaltsjahr 2022 eine jährliche Förderung in Höhe von 94.500 Euro. Zum Betrieb und zur Betreuung der von der Stadt im Rahmen des Taubenmanagementkonzeptes im nächsten Jahr zu errichtenden Taubenhäuser benötigt der Verein institutionelle Förderung, da er nach Ansicht der Stadt das Stadtaubenprojekt ist ein Projekt des Vereins sei (siehe Ds. 20-14528-01). Deswegen benötigt der Verein zur Umsetzung des Projekts ab dem Jahr 2022 eine jährliche Förderung in Höhe von 94.500 Euro für die laufenden Kosten (Futter, Verbrauchsmaterial und Personalkosten). Da die ersten Taubenschläge nach Auskunft der Verwaltung erst gegen Mitte des Jahres fertiggestellt sein werden, benötigt der Verein für das Jahr 2021 nur einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 55.000 Euro.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
						+	55.000		+	94.500		+	94.500		+	94.500
				FPA	Dafür:	4	Dagegen:	9	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
19		Sonstige ordentliche Aufwendungen		3.602.933	3.602.933	0	0	0	0	0	0	0	0			
219	1.12.1221.42	Personalausweis- und Passangelegenheiten	Die Fraktion P ²	Haushaltsoptimierung http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/nachrichten/medien/Haushaltsoptimierung.pdf S.70 Neubürgermappen bleiben erhalten Der Vorschlag - V050 aus Bereich II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit: Abschaffung der Neubürgermappen - wird nicht umgesetzt. Die Mittel für die Neubürgermappen werden in den Haushalt 2021 wieder eingebracht. Neue Braunschweigerinnen und Braunschweiger erhalten weiterhin als Willkommen der Stadt Braunschweig ein Begrüßungsschreiben sowie die Infobroschüren und Gutscheine. Die Willkommenskultur herunterzufahren ist gerade in der heutigen Zeit nicht nachzuvollziehen – unabhängig der Höhe des Einsparpotentials! Braunschweig und die wichtigsten Adressen, Anlaufpunkte etc – teils mehrsprachig erklärt, geben viele Anregungen, klärt die häufigsten Fragen und nennt Ansprechpartner sowie die wichtigsten Versorgungseinrichtungen neben Krankenhäusern, Finanzamt etc. Warum sollten wir es neu Hinzugezogenen unnötig schwer machen wollen?								einmalig	443175 so. Geschäftsaufw.			
						+	7.400									
				FPA	zurückgezogen, da als Vorschlag in den Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung enthalten											

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	19	Sonstiger ordentlicher Aufwand		16.274.645	16.274.645	0	0	0	0	0	0	0	0		
090	370-1400	Freiwillige Feuerwehr	DIE LINKE.	Feuerwehrrente einführen Als Wertschätzung für den unermüdlichen Einsatz der rund 1.200 Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr soll eine Feuerwehrrente eingeführt werden. Nach dem Vorbild der Thüringer Regelung sollen pro Monat und Mitglied 12 Euro eingezahlt werden.										dauerh.	442110 Aufwand für sonstige u. ehrenamtl. Tätigkeit
						+ 175.000		+ 175.000		+ 175.000		+ 175.000			
			FwA	Dafür:	2	Dagegen:	7	Enthaltung:	2	Abgelehnt					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc				

Teilhaushalt FB 40 - Schule

	18	Transferaufwendungen		1.634.303	1.734.303	0	+ 100.000	0	0	0	0	0	0		
091	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Bildungsfonds „Kinder und Jugendliche in der Corona Krise“ Im Haushalt 2021 soll ein mit 100.000 € ausgestatteter Bildungsfonds eingerichtet werden, aus dem schnell und unbürokratisch Projekte und Vorhaben gefördert werden können, die zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen dienen, bei denen die Familien diese Aufgabe nicht in vollem Umfang erfüllen können. Damit soll ein kleiner Beitrag zur Chancengleichheit geleistet werden. (Begründung s. Antrag)										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 100.000									
			SchA	Dafür:	8	Dagegen:	7	Enthaltung:	2	Angenommen					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft															
	18	Transferaufwendungen		13.934.400	14.012.980	0	+ 78.580	0	+ 78.580	0	+ 78.580	0	+ 78.580		
092	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	SPD	Figurentheater Fadenschein Das Theater Fadenschein ist ein verlässlicher Bestandteil in der Braunschweiger Kulturszene. Mit großer Kreativität werden viele Angebote für die ganz Kleinen, aber auch für Familien und Erwachsene gemacht. Damit die qualitativ hohe Arbeit auch weiterhin in gewohnter professioneller Art weitergeführt werden kann, ist es notwendig, die in den vergangenen Jahren befristet bewilligten Mittel für die Haustechnik zu verstetigen und die Gesamtförderung anzuheben.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
						+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580			
			AfKW	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 092, 093				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 092, 093, en bloc				
093	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Figurentheater Fadenschein Im Theater wurde ein Generationenwechsel in der Leitung vollzogen. Zur dauerhaften Sicherung benötigt es eine Verstärkung der im HH 2020 erhöhten Mittel für Technik und Hausmeister sowie eine Deckung der durch den Generationenwechsel gestiegenen Miete.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
						+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580			
			AfKW	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 092, 093				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 092, 093, en bloc				
094	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Figurentheater Fadenschein Für die Jahre 2018 - 2020 erfolgte eine Anhebung der Kontinuitätsförderung auf zuletzt knapp 145.000 Euro. Da die dreijährige Kontinuitätsphase zum Ende des Jahres ausläuft, fällt der Zuschuss an das Figurentheater Fadenschein auf den dynamisierten Betrag von rund 116.000 Euro zurück. Vom Theater Fadenschein wurde der erhöhte Zuschuss der Jahre 2018 - 2020 zur Einstellung eines Haustechnikers verwendet. Die Arbeit des Haustechnikers ist auch zukünftig notwendig. Außerdem ist ab 2021 eine Anhebung der Mietkosten zu erwarten.								für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
						+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		0			
			AfKW	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Zurückgezogen					
220	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Figurentheater Fadenschein Das Figurentheater Fadenschein ist mit seinem vielfältigen Angebot für Kinder seit Jahren ein wichtiger Bestandteil der Braunschweiger Kulturszene. Für die weitere professionelle Verwendung der Haustechnik wird auch nach Ende der dreijährigen Kontinuitätsförderung ein erhöhter Zuschuss benötigt.								für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
						+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		0			
			FPA	erledigt durch Beschlüsse über die weitergehenden Anträge FWE 092 und 093											
095	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Die Fraktion P ²	Senkung Zuschuss Komitee Braunschweiger Karneval gGmbH Karneval 2021 wird nicht in gewohntem Rahmen stattfinden. Eine Alternativveranstaltung mit anderem Rahmen ist geplant und wird vermutlich mit bedeutend weniger Mitteln auskommen. Und für die Jahre danach besteht für Sponsoren die Möglichkeit, sich am Karneval zu beteiligen. Eine Veranstaltung mit der Reichweite und Medienaufmerksamkeit wird keine Schwierigkeiten haben, mehr Sponsorengelder einzuwerben - daher dieser Antrag zur Entlastung des städtischen Haushalts.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		
						- 75.000		- 75.000		- 75.000		- 75.000			
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	10	Enthaltung:	1	Abgelehnt					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
096	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Die Fraktion P ²	Zuschusserhöhung Alternativer Kunstverein Braunschweig: bskunst.de Dieser freie Kulturanbieter trägt in Braunschweig zur Partizipation in zweifacher Hinsicht bei: Er ermöglicht Künstlern auch ohne Studiumabschluss ihre Werke nicht nur in den Vereinsräumlichkeiten auszustellen, sondern bemüht sich um immer neue Ausstellungsflächen, um zeitgenössische Kunst und Kultur in Szene zu setzen und Interessierte teilhaben zu lassen. Die Aufstockung der bisherigen Förderung auf insgesamt 8000 EUR soll auch dazu dienen, die aktive kulturelle Partizipation - und damit eines der strategischen Ziele - zu fördern sowie die in Braunschweig bestehenden Kulturszenen als gesellschaftliche Impulsegeber zu begreifen und zu stärken.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 6.000		0		0				0					
			AfKW	Dafür:	-	Dagegen:	9	Enthaltung:	2	Abgelehnt								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc							
097	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kulturelle Projekte Die vielfältigen kulturellen Projekte von Trägern, Gruppen und Einzelpersonen sind ein wesentliches Element für kulturelle Vielfalt in Braunschweig. Schon jetzt liegt die Summe der Beantragungen weit über der nach den Haushaltsansätzen zu bewilligenden Zuschusssumme. Diese Haushaltssumme muss erhöht werden. Aus diesen Mitteln könnten eventuell auch erhöhte Raumkosten und Nutzungsgebühren im öffentlichen Raum wegen Corona-Auflagen finanziert werden.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			+ 50.000		+ 50.000				
			AfKW	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc							
224	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	SPD	Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kulturelle Projekte (mdl. Änderungsantrag im Rahmen der Sitzung des AfKW)													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
					+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			+ 30.000		+ 30.000				
			AfKW	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc							
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit																		
18		Transferaufwendungen		136.461.800	136.599.170	0	+ 137.370	0	+ 146.370	0	+ 146.370	0	+ 146.370					
098	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	Cura e.V. Der Verein erhält durch die Umstellung der Landesförderung (Justizministerium) von Festbetragsfinanzierung auf Anteilsfinanzierung inzwischen nur noch eine 83%-Förderung. Zur Finanzierungsüberbrückung hatte die Stadt 2020 einmalig 12.000 Euro bereitgestellt. Dieses Geld hätte Cura nach der damaligen Förderlogik aber an das Land weiterreichen müssen, sodass Cura 2020 auf die Unterstützung der Stadt gänzlich verzichtet hat. Im Haushaltsjahr 2021 könnte Cura nun aber die Unterstützung der Stadt für sich vereinnahmen und bittet daher darum, dass das bereits für 2020 bewilligte, aber nicht ausgezahlte Geld der Stadt Braunschweig dem Verein nun für 2021 zur Verfügung gestellt wird.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
					+ 12.000													
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 098-102, en bloc							

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
099	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Cura e.V. Im vergangenen Jahr wurden für den Verein Cura zusätzlich bewilligte Mittel nicht in Anspruch genommen, da diese direkt vom Landeszuschuss abgezogen worden wären. In diesem Jahr ist das allerdings nicht der Fall. Sie sollten, bis eine auskömmliche Finanzierung des Landes erfolgt, erneut bewilligt werden.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €, en bloc				
100	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Cura e.V. Die Anlaufstelle für Straffällige in Braunschweig berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhalts, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Zudem bietet die Anlaufstelle einen offenen, niedrigschwelligen Aufenthaltsbereich zur Freizeitgestaltung. Wie die CURA e.V. Braunschweig jetzt durch die zuständige Zuwendungsbehörde des Landes Niedersachsen mitgeteilt bekommen hat, würde das Land Niedersachsen ihre Zuwendungen für das Haushaltsjahr 2020 um die 12.000 € kürzen, die die Stadt Braunschweig mehr bewilligt hat (29600,- € statt wie beantragt 17.600,- €), da die Landesfinanzierung von einer Festbetrags- auf eine Anteilsfinanzierung umgestellt wurde. Bei dieser Finanzierungsart sieht die Landeshaushaltsordnung eine subsidiäre Finanzierung des Landes vor und wertet nachträglich bewilligte Zuwendungen der Kommune als zusätzliche Drittmittel und verrechnet sie mit dem Zuschuß des Landes. (Weitere Begründung siehe Antrag)										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €, en bloc				
101	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Cura Braunschweig e.V. Ursprünglich wurden vom Cura Braunschweig e. V. die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 17.700 Euro beantragt. Aufgrund einer Umstrukturierung der Landesfinanzierungen benötigt der Verein zusätzlich eine einmalige Förderung in Höhe von 11.900 Euro. Von den für das Jahr 2020 bewilligten Geldern hat der Verein 12.000 Euro nicht abgerufen. Falls daraus ein Haushaltsrest gebildet wurde, könnte dieser aufgelöst werden und es käme zu keiner zusätzlichen Belastung des Haushaltes.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €, en bloc				
102	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P ²	Anhebung Zuschuss Cura e.V. Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe Cura e.V. leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Beratungsarbeit für Straffällige sowie ihre Angehörigen. Als Anlaufstelle helfen sie bei der Sicherstellung des Lebensunterhaltes, unterstützen bei der Arbeitssuche und der Schuldnerberatung sowie der Wohnraumbeschaffung. Cura e.V. engagiert sich unter anderem im kommunalen Aufgabenbereich im Bündnis für Wohnen bei der Versorgung sozial Benachteiligter mit Wohnraum. So konnten Wohnraumverluste verhindert und familiäre Bezüge erhalten werden. Um die gesellschaftliche und integrative Arbeit auch im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird einmalig die in 2020 nicht abgerufenen Mittel als Anhebung der Förderung beantragt, sodass eine Fördersumme von 29600 EUR zustande kommt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €				
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €, en bloc				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
103	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Kontaktstelle Durch die Änderung der Förderrichtlinie des Landes und der Pflegekasse kann bei entsprechender anteiliger Ko-Finanzierung durch die Stadt Braunschweig eine neue Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfgruppen geschaffen werden. Dafür benötigt Kibis zusätzlich 8.250 Euro.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 103-106					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 103-106, en bloc					
104	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss KIBiS Kontaktstelle Die KIBiS Braunschweig benötigt eine städtische Teilfinanzierung einer neuen Teilzeitstelle für Pflegenden Angehörige in Selbsthilfgruppen, um dem dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich entsprechen zu können. Der Bereich Selbsthilfe und Pflege muss ausgebaut werden, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels weiter zunehmen wird. Passende Selbsthilfgruppen können pflegenden Angehörigen und den von ihnen umsorgten Pflegebedürftigen Austausch, Unterstützung und Entlastung ermöglichen.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 103-106					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 103-106, en bloc					
105	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss KIBiS Beratungsstelle Mit der erhöhten Zuwendung soll anteilig eine Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfgruppen finanziert werden. Es ist wichtig, dass der Bereich Selbsthilfe und Pflegebedürftige ausgebaut wird, da die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigen wird.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft, en bloc					
106	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P ²	Zuschuss-Erhöhung für KIBIS e.V. KIBIS ist die Kontaktstelle für Selbsthilfe in Braunschweig. Sie besteht seit 1991 und bietet Ratsuchenden, Interessierten, Selbsthilfgruppen und professionelle Helfer/innen seit dem ein breites Spektrum an Information und Vermittlung, Beratung und Vernetzung für körperliche Erkrankungen, Behinderungen, psychischen Probleme, Suchtformen und sozialen Themen. Sie bieten Kooperation mit Fachleuten der gesundheitlichen und sozialen Versorgung auf Regional-, Landes- und Bundesebene an. Um im Bereich Pflege die Betreuung, Hilfe, Unterstützung und Kontakt mit Menschen in gleicher Situation deutlich zu verbessern, ist eine Erhöhung der Fördersumme für Personalmittel notwendig.											einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft, en bloc					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024							
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
107	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Bündnis 90/Die Grünen	SOLWODI -Ausstiegsberatung Prostitution Für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung wird SOLWODI in diesem Jahr ein zusätzlicher Zuschuss von 55.000€ gewährt: Dieser wird im Haushaltsjahr 2022 auf 110.000€ erhöht und in dieser Höhe verstetigt. Ausstiegsberatungen im Bereich der Prostitution können Leben retten, daher unterstützen wir die Einrichtung einer Ausstiegsberatung in Braunschweig. SOLWODI leistet auf diesem Feld bereits wertvolle Arbeit und bearbeitet den großen Beratungsbedarf dort aktuell in ihrer Fachberatungsstelle für Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Angesichts der Häufung der Fälle sowie ihrer Komplexität ist eine spezielle Beratungsstelle für Frauen in Ausstiegssituationen notwendig.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte		
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, en bloc								
108	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Ausstiegsberatungsstelle des Vereins SOLWODI Niedersachsen e. V. unterstützen Seit 1999 berät der Verein Solwodi Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Die Notsituationen reichen von Menschenhandel und Zwangsverheiratung bis hin zu extremen Diskriminierungen. Zusätzlich wurden auch immer wieder Prostituierte beraten, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Aufgrund der steigenden Anfragen und der komplexen Problemlagen, soll nun eine Ausstiegsberatungsstelle aufgebaut werden. Da dieses die finanziellen Möglichkeiten von Solwodi bei weitem übersteigt, ist eine städtische Finanzierung notwendig.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021, en bloc								
221	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Unterstützung des Vereins SOLWODI für den Aufbau und die Durchführung des Projekts ASUNA (AusStieg und NeuAnfang) in Braunschweig Der Verein SOLWODI (Solidarity with Women in Distress) Niedersachsen e.V. berät seit 1999 in Braunschweig Frauen in unterschiedlichen Not- und Gewaltsituationen. Dazu gehören Menschenhandel, Zwangsverheiratung, Bedrohung durch "Ehrenmord", Gewalt und Probleme in Ehe und Partnerschaft sowie extreme Diskriminierungen. Das geplante Projekt "ASUNA" ist eine Ausstiegshilfe aus der Prostitution für Frauen und Mädchen mit dem Ziel, ihnen nachhaltig ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben außerhalb von Prostitution zu ermöglichen. Für Aufbau und Durchführung dieses Projekts benötigt der Verein finanzielle Unterstützung durch die Stadt.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte	
			AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021, en bloc								
109	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P ²	Umsetzung Istanbul Konvention: Zuschuss-Erhöhung Frauenhaus Durch die Istanbul Konvention ist Deutschland seit dem 1. Februar 2018 rechtlich verpflichtet zur Verhütung und Bekämpfung von jeglicher Gewalt gegen Frauen einschließlich häuslicher Gewalt. Zum Schutz hält das Braunschweiger Frauenhaus derzeit 16 Familienzimmer vor. Um die Empfehlung der Istanbul Konvention umzusetzen, werden noch 9 Familienzimmer benötigt [1]. Außerdem werden finanzielle Mittel gebraucht, um für die Kinder im Haus eine anheimelnde Umgebung zu schaffen, in der sie sich beschützt und aufgehoben fühlen können. Auch fehlen Mittel für therapeutische Kinder-Angebote sowie für Mutter-Kind-Ausflüge. Vor diesen Hintergründen und der Sondersituation Corona beantragen wir eine Erhöhung der Mittel, um der Erfüllung der genannten Notwendigkeiten ein kleines Stück näher zu kommen. Quelle: [1]https://www.bmfsfj.de/blob/119016/e9e2d57380c1fe600ac68511656a092a/zif-data.pdf														dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt									
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc								

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
110	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P ²	Zuschuss-Erhöhung für Mütterzentrum Braunschweig e.V. Das Mütterzentrum leistet seit mehr als 15 Jahren in dem Quartier sehr erfolgreiche Arbeit. Sie stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen, setzen sich ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bekämpfen die steigende soziale Isolation der sehr unterschiedlichen Einwohner im Quartier. Im Laufe der vergangenen Jahre haben sie sich zu einem Ort der Teilhabe für alle Interessierten entwickelt – und das werden kontinuierlich mehr. Um die umfassenden Angebote und Hilfestellungen weiterhin im benötigten Umfang leisten zu können, wird eine Zuschusserhöhung benötigt.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfSG	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Anträge sind durch Erhöhung durch Verwaltung erledigt										
SBR 02	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Mütterzentrum e.V./Mehrgenerationenhaus Braunschweig e.V., Produkt 1.31.3517.10: Hiermit beantragen wir, den Haushaltansatz von 127.500 € auf 128.900 € zu erhöhen.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				AfSG	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Anträge sind durch Erhöhung durch Verwaltung erledigt										
111	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	Refugium Flüchtlingshilfe Die Flüchtlingshilfe Refugium e. V. ist seit vielen Jahren ein angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit in Braunschweig. Durch den Rückgang der Spendenbereitschaft ist der Verein nicht mehr in der Lage, den bisher erreichten Eigenanteil einzubringen. Gleichzeitig hat sich die Arbeit nicht verringert, da gerade jetzt für viele Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, die Integration in Deutschland gerade beginnt und unterstützt werden sollte.													für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfI	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-114						
				AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115, en bloc						
112	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Refugium e.V. Das Refugium leistet wertvolle Arbeit bei der Integration und entlastet mit seinem Angebot auch die Ämter erheblich. Für eine auskömmliche Finanzierung sollte dem Zuschussantrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfI	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 111-114						
				AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 111-115						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 111-115, en bloc						

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
113	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Refugium Seit über 30 Jahren ist der Verein "Flüchtlingshilfe" ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. Um den enormen Beratungsbedarf, die notwendigen personellen Strukturen und die qualifizierte Migrationsarbeit in der Stadt weiterführen zu können, ist eine erhöhte finanzielle Förderung unverzichtbar. Hierbei ist zu beachten, dass der Verein nur eine Anpassung an die bereits im letzten Jahr beantragte Förderungserhöhung wünscht. Damals hatten sich die Fraktionen leider nur auf eine um 7.000 € niedrigere Förderung des Refugiums einigen können. Der Verein beantragt für 2021 demzufolge lediglich eine Erhöhung um etwa diese Differenz.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte		
							+	5.300		+	5.300		+	5.300		+	5.300
				<i>Afl</i>	<i>Dafür:</i>	6	<i>Dagegen:</i>	4	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeinsame Abstimmung FWE 111-114</i>					
				<i>AfSG</i>	<i>Dafür:</i>	7	<i>Dagegen:</i>	4	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeinsame Abstimmung FWE 111-115</i>					
				<i>FPA</i>	<i>Dafür:</i>	12	<i>Dagegen:</i>	1	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeins.Abstimmung FWE 111-115, en bloc</i>					
114	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	Zuwendung Refugium Flüchtlingshilfe e. V. angemessen erhöhen Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. übernimmt im großen Umfang die Migrations- und Flüchtlingsberatung für einen großen Teil der in Braunschweig ankommenden Menschen. Außerdem wird in vielen Fällen das schwierige Verfahren der Familienzusammenführung durchgeführt. Um diese wichtige Arbeit weiterführen zu können, ist die Anhebung der Zuwendung unumgänglich.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte		
							+	5.300		+	5.300		+	5.300		+	5.300
				<i>Afl</i>	<i>Dafür:</i>	6	<i>Dagegen:</i>	4	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeinsame Abstimmung FWE 111-114</i>					
				<i>AfSG</i>	<i>Dafür:</i>	7	<i>Dagegen:</i>	4	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeinsame Abstimmung FWE 111-115</i>					
				<i>FPA</i>	<i>Dafür:</i>	12	<i>Dagegen:</i>	1	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>gemeins.Abstimmung FWE 111-115, en bloc</i>					
115	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P ²	Erhöhung des Förderungszuschusses: Refugium Flüchtlingshilfe e.V. Die Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig leistet als gemeinnützige Einrichtung und selbständiger Träger die Flüchtlingssozialarbeit - unabhängig von Nationalität oder Aufenthaltstitels. Sie unterstützt bei Fragen wie Asylverfahren, Aufenthaltssicherung, Sozialeleistungen etc. Auch allgemeine Integrationsberatung für Migrantinnen und Migranten bzw. Deutsche ausländischer Herkunft leistet das Refugium - neben integrativen Maßnahmen und aufklärender Öffentlichkeitsarbeit in Form von u.a. Podiumsdiskussionen, Arbeit mit Schulen und Fortbildungen - mit dem zur Förderung eines konstruktiven, friedvollen interkulturellen Zusammenlebens. Um den enormen beratungsbedarf, die notwendigen personellen Strukturen und die erfolgreiche, langjährige Arbeit auch weiterhin im notwendigen Umfang stattfinden kann, benötigt der Verein eine Aufstockung der Förderungssumme in 2021.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte		
							+	5.300									
				<i>Afl</i>	<i>Dafür:</i>		<i>Dagegen:</i>		<i>Enthaltung:</i>			<i>erledigt durch Abstimmung zu FWE 111-114</i>					
				<i>AfSG</i>	<i>Dafür:</i>	7	<i>Dagegen:</i>	4	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115</i>					
				<i>FPA</i>	<i>Dafür:</i>	12	<i>Dagegen:</i>	1	<i>Enthaltung:</i>	-	<i>Angenommen</i>	<i>geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115, en bloc</i>					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen									
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024												
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen											
116	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	Frauen BUNT e.V. Frauen BUNT e. V. ist offen für alle Frauen/Migrantinnen/Geflüchtete und Familienangehörige - unabhängig ihrer Herkunft. Der Verein entwickelt kontinuierlich ein breites und vielfältiges Programm von Frauen für Frauen. Die Arbeit wird ehrenamtlich geleistet und bietet ein niedrigschwelliges Angebot für eine schwer erreichbare Gruppe von Frauen. Die beantragten Mittel dienen zur Finanzierung der Mietkosten einer Wohnung am John-F.-Kennedy-Platz, die der Treffpunkt des Vereins ist und an dem fast alle Angebote stattfinden. Es handelt sich um einen jungen Verein, deshalb wird die Förderung zunächst nur für weitere drei Jahre vorgeschlagen. Gleichwohl sollen die Mittel im Rahmen der städt. Förderrichtlinien als institutionelle Förderung gewährt werden, damit sich der Verein mit seinen wichtigen Angeboten etablieren kann.					+	17.820			+	17.820			+	17.820					für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
									+	17.820			+	17.820			+	17.820					dauerh.	
			Afl	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116, 118, 119													
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222													
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222, en bloc													
117	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FrauenBUNT e.V. Der Verein FrauenBUNT leistet wertvolle Arbeit im Bereich der Integration von Frauen. Diese soll durch die volle Übernahme der Miete und eine institutionelle Förderung gesichert werden. Dabei sollen Entgelte für Raumnutzungen Dritter nicht auf den Zuschuss angerechnet werden, sofern sie mit der Arbeit des Vereins in Zusammenhang stehen. Nach 2 Jahren soll überprüft werden, ob die Förderung dauerhaft gesichert werden soll.					+	17.820			+	17.820			+	17.820					für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
									+	17.820			+	17.820			+	17.820					dauerh.	
			Afl	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:					erledigt durch Abstimmung zu FWE 116, 118, 119											
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222													
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222, en bloc													
118	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	Förderung Frauen Bunt e. V. nicht streichen In den beiden letzten Jahren hat der Verein "Frauen Bunt e.V." eine wichtige Arbeit im Bereich der Integration geleistet. Die vollständige Streichung des Zuschusses würde diese Arbeit gefährden, da sonst die Miete für die Räumlichkeiten nicht getragen werden könnte. Dies wird sich auch zukünftig nicht ändern. Daher sollte eine dauerhafte Zuwendung gewährt werden.					+	17.820			+	17.820			+	17.820					dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			Afl	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116,118,119													
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222													
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222, en bloc													
222	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Förderung Frauen BUNT e.V. beibehalten Der Verein Frauen BUNT e.V. leistet seit 2017 wertvolle Integrationsarbeit für Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft. Zur Fortsetzung seines sinnvollen Engagements benötigt der Verein auch weiterhin einen Zuschuss, um die Mietkosten für die Räumlichkeiten decken zu können. Um eine weitere erfolgreiche Arbeit zu gewährleisten, soll der Verein daher die bisher für zwei Jahre gewährte Förderung dauerhaft erhalten.					+	17.820			+	17.820			+	17.820					dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222													
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222, en bloc													

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
119	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P ²	Förderung des Vereines Frauen BUNT e.V.: Der Verein stärkt die Interessen und Potentiale von Mädchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte. Frauen haben eine Schlüsselfunktion für die Integrationsperspektive ihrer gesamten Familie. Der Verein bietet für und mit den Frauen ein niedrigschwelliges Angebot und setzt sich für ein selbstbestimmtes und freies Leben von Frauen und Mädchen, für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Frauen und Männern, für ein inter- und transkulturelles gesellschaftliches Zusammenleben sowie für die Förderung einer demokratischen Kultur in Braunschweig ein. Als interkultureller Lern- und Begegnungsort mit Frauen aus 27 Herkunftsländern und 1200 Stunden Unterricht, Beratung und Austausch trägt der Verein der Förderung der Integration von Migranten und Geflüchteten und ihrer Teilhabe bei.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte	
			Afl	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116,118,119							
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222, en bloc							
120	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Der Verein TRIVT möchte seine angemieteten Räumlichkeiten, die bisher einem anderen Verein als Übungsraum dienten, für Veranstaltungen und Aktivitäten nutzen, für die das WELCOME HOUSE zu wenig Platz bietet. Die Räumlichkeiten befinden sich bisher in einem wenig einladenden Zustand. Insbesondere der Mehrzweckraum und das Büro sind bisher nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen. Die Räume müssen daher separat elektrisch beheizt werden. Ausgehend von den Erfahrungen des vorausgehenden Nutzers, sind hierfür Kosten im beantragten Umfang anzusetzen. Daher beantragt der Verein eine Aufstockung der Förderung für die Möglichkeit, um die im ehemaligen Nordbad angemieteten Räume angemessen heizen zu können.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			Afl	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 120 und 121							
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 120-122							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 120-122, en bloc							
121	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	Unterstützung der Begegnungsstätte WELCOME HOUSE erhöhen Die von dem Verein TRIVT e. V. angemieteten Räume im Nordbad sind nicht ans Heizungssystem angeschlossen, weshalb mit einer Infrarotheizung geheizt werden muss, was hohe Kosten nach sich zieht. Zusätzlich sind verschiedene Arbeiten notwendig, damit diese Räume im vollen Umfang genutzt werden können.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			Afl	Dafür:	6	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 120 und 121							
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 120-122							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 120-122, en bloc							
122	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P ²	Erhöhung Förderung des Vereines TRIVT e.V. WELCOME HOUSE Die Begegnungsstätte wird im Quartier sehr gut angenommen. Zahlreiche Angebote, Kooperationen sowie eine Fahrradwerkstatt wurden geschaffen und weitere Projekte sind von den mehr als 60 Ehrenamtlichen geplant. Da der Verein immer noch nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen ist, benötigen sie eine finanzielle Förderung um ihre Räume dort elektrisch beheizen zu können. Ansonsten kann die Quartiersarbeit für Respekt, Toleranz, Integration und Teilhabe im Winter nicht fortgeführt werden.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			Afl	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:			erledigt durch Abstimmung FWE 120 und 121							
			AfSG	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 120-122							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 120-122, en bloc							

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
123	1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Arbeitskreis und dem Runden Tisch ein Konzept für eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Prostituierte zu erstellen. Dabei sollen weitere Akteurinnen und Akteure aus der Braunschweiger Beratungslandschaft einbezogen werden, um ein strukturiertes Angebot zu entwickeln, das die Beratung nach den Vorgaben des Prostituiertenschutzgesetzes sichert und auf die Bedürfnisse von Prostituierten ausgerichtet ist. Ziel ist die Einrichtung eines Treffpunktes, der den betroffenen Frauen Hilfe und Unterstützung gibt, aber auch soziale Kontakte ermöglicht, um sich in Braunschweig und Deutschland besser zurecht zu finden. Zu den Aufgaben soll auch die Koordination und Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Behörden und Fachberatungsstellen sowie weiterer Träger, Vereine und Initiativen zählen, die sich für die Belange und Bedürfnisse von Prostituierten einsetzen und ein Netzwerk für diese Zielgruppe bilden. Neben dem inhaltlichen Konzept sollen die notwendige Ausstattung für Personal und Sachmittel, ein Trägerkonzept sowie die notwendige Erstausrüstung ermittelt werden. Die Anlaufstelle soll in der Innenstadt möglichst in der Nähe der Bruchstraße eingerichtet werden, um der Zielgruppe eine nahe Anbindung zu bieten. Das Konzept soll bis zum dritten Quartal 2021 fertiggestellt sein und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Verwaltung stellt die notwendigen Personal-, Sach- und Mietkosten dauerhaft ab dem Haushalt 2022 ein. Für die Konzepterstellung und eine Anschubfinanzierung werden 30.000 € in den Haushalt 2021 eingestellt. (Begründung s. Antrag)													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Anlaufstelle für Prostituierte" besteht ein weiterer Antrag. Dieser ist in der Liste der Finanzunwirksamen Anträge (FU 216) aufgeführt. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 123 und 225						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 123 und 225, en bloc						
225	1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	SPD	Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig (mdl. Antrag im Rahmen der AfSG-Sitzung)													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Anlaufstelle für Prostituierte" besteht ein weiterer Antrag. Dieser ist in der Liste der Finanzunwirksamen Anträge (FU 216) aufgeführt. Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 123 in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeinsame Abstimmung FWE 123 und 225						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins. Abstimmung FWE 123 und 225, en bloc						
124	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Aids-Hilfe e.V. Aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden zusätzlichen Arbeitsbelastung des Gesundheitsamtes, hat die Aids-Hilfe im Jahr 2020 vermehrt Aids-Beratung und Aids-Tests angeboten und durchgeführt. Der damit verbundene Arbeitsaufwand soll durch einmalige Unterstützung kompensiert werden.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				AfSG	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen							
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc						

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
125	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Aids-Hilfe Das Angebot für die HIV-Prävention bei Migrant*innen aus Subsahara-Ländern ist wichtig und sollte dauerhaft ausfinanziert werden. Deshalb sollte dem Antrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223, en bloc					
126	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	DIE LINKE.	Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V. Gestiegene Kosten, insbesondere beim Personal, machen die Erhöhung notwendig, um die Arbeit in der AIDS-Prävention und der Unterstützung von Betroffenen fortsetzen zu können.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223, en bloc					
223	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe benötigt eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse für das Jahr 2021, um ihre Arbeit in der AIDS-Prävention, Beratung und Unterstützung der Betroffenen und der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten sicher zu stellen.											für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 124 in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223, en bloc					
127	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	Die Fraktion P ²	Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit - mittlerweile auch für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern. Gerade bei dieser Aufklärungsarbeit sowie der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 3.300 EUR beantragt.											für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	Dafür:	3	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223, en bloc					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 03	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SBR 310	AIDS-Hilfe, Produkt 1.41.4140.50: Hiermit beantragen wir für die AIDS-Hilfe e.V. den Ansatz für das Jahr 2021 von 104.700 € auf 107.000 € zu erhöhen.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 124 in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
					+	2.300								Antrag durch weitergehenden, beschlossenen Antrag FWE 124 erledigt	
			AfSG	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:							

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

18		Transferaufwendungen	124.271.797	124.311.797	0	+	40.000	0	+	40.000	0	+	40.000	0	+	40.000			
128	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	SPD	Kinderschutzbund Im Vorjahr wurde das Projekt Bildungspaten des Kinderschutzbundes mit 14.000 Euro von der Stadt und 6.000 Euro vom Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche gefördert. Schwerpunkt des Projekts ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Sprache, Bildung und Ausbildung mittels individueller Begleitung durch ehrenamtliche Paten, die durch eine Sozialpädagogin qualifiziert und angeleitet werden. Die Zusammenführung des Projekts Bildungspaten mit dem Projekt Familienpaten, das die Stärkung der Familie und der Bindungsfähigkeit sowie die Unterstützung in Alltagssorgen im Mittelpunkt hat, wird ausdrücklich unterstützt, sodass sich die städtische Förderung des Kinderschutzbundes dauerhaft auf 32.000 Euro erhöht.			+	20.000		+	20.000		+	20.000		+	20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132, en bloc								
129	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Kinderschutzbund: Bildungspaten Das Projekt Bildungspaten unterstützt Migrant*innen innovativ und zielgerichtet bei der Verbesserung der Chancen auf Sprache, Bildung und Ausbildung, indem eine Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird. Dies gilt es weiter zu unterstützen.			+	20.000		+	20.000		+	20.000		+	20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132, en bloc								
130	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	BIBS	Projektförderung "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes Der Braunschweiger Kinderschutzbund gestaltet seit 50 Jahren die Kinder- und Jugendarbeit. Neben Tätigkeitsbereichen wie der Gewaltberatungsstelle, der Nummer gegen Kummer, den Schulkindbetreuungen und den Braunschweiger Familienpaten haben sich die Braunschweiger Bildungspaten seit 2015 fest etabliert. Um dieses Projekt in Zukunft weiter so erfolgreich führen zu können, benötigt der Verein städtische Unterstützung.			+	20.000		+	20.000		+	20.000		+	20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132, en bloc								
131	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	DIE LINKE.	Projekt Bildungspaten des Deutschen Kinderschutzbundes weiter führen Das Projekt "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes ist ein erfolgreiches und niederschwelliges Bildungsangebot, das weitergeführt werden soll. Die Kosten betragen - wie im laufenden Jahr - 20.000 Euro. Für das laufende Jahr wurden durch einen Fraktionsantrag einmalig 14.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die restlichen 6.000 Euro kamen vom Beirat gegen Kinderarmut. Diese Förderung steht in dem Umfang nicht mehr zur Verfügung, weshalb nun eine städtische Förderung in Höhe von 20.000 Euro notwendig ist.			+	20.000		+	20.000		+	20.000		+	20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	gemeins.Abstimmung FWE 128-132, en bloc								

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
132	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Die Fraktion P ²	Förderung Projekt „Bildungspaten“ Deutscher Kinderschutzbund Ortsverein Braunschweig e.V. Das Projekt "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes ist ein erfolgreiches und niederschwelliges Bildungsangebot, das weitergeführt werden soll. Die Kosten betragen - wie im laufenden Jahr - 20.000 Euro. Für das laufende Jahr wurden durch einen Fraktionsantrag einmalig 14.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die restlichen 6.000 Euro kamen vom Beirat gegen Kinderarmut. Diese Förderung steht in dem Umfang nicht mehr zur Verfügung, weshalb nun eine städtische Förderung in Höhe von 20.000 Euro notwendig ist. Der Deutsche Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V. hilft mit den Projekt Braunschweiger Bildungspaten älteren Kindern und Jugendlichen. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der Verbesserung der Chancen auf Sprache, Bildung und Ausbildung mittels individueller Begleitung durch ehrenamtliche Paten. Dadurch erfahren sie ein Kennenlernen der Werte, Normen und Kultur, der kulturellen und sozialen Strukturen vor Ort sowie die Einbindung in das gesellschaftliche Leben. Der aktuelle Bedarf an Bildungspatenschaften wird von Schulen, Geflüchtetenunterkünften, Jugendeinrichtungen der Stadt und von Freien Trägern gemeldet und ist ungebrochen groß. Da bisherige Förderer im kommenden Jahr nicht mehr im bisherigen Umfang fördern werden, braucht der Kinderschutzbund eine städtische Förderung möglichst über 3 Jahre, damit seine präventiven, niedrighchwelligigen Integrationsangebote weiterhin gesichert bleiben.													für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 20.000		+ 20.000			+ 20.000		0				
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeins.Abstimmung FWE 128-132							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf dauerhaft, gemeins.Abstimmung FWE 128-132, en bloc							
133	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Die Fraktion P ²	Erhöhung Förderungszuschuss für Mütterzentrum Braunschweig e.V. Die Ausrichtung auf vielfältige Angebote auch für Kinder und Jugendliche sind u.a. ausgerichtet auf Bildung und Teilhabe. Von Babygruppen, offene Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, dem Wunschgroßelternprojekt, Sprachförderungs- und Sprachlernangeboten für Kleinkinder und Schulkinder bis hin zum umgangssprachlichen Training sowie viele Beschäftigungsprojekten bietet das Haus ein breites Lernangebot zum Erwerb vielfältigster Kompetenzen für jedes Alter und jedes Bildungsniveau. Hier ist eine Aufstockung des Zuschusses notwendig.													einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 1.530											
			JHA	Dafür:	2	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04, en bloc							
SBR 04	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	SBR 310	Mütterzentrum e.V., Produkt 1.36.3630.06.05: Hiermit beantragen wir, den Haushaltansatz von 92.360 € auf 93.890 € zu erhöhen.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 1.530		+ 1.530			+ 1.530		+ 1.530				
			JHA	Dafür:	2	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04							
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04, en bloc							
134	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Rucksackprojekt - Dialogwerk Das Rucksackprojekt unterstützt Kindertageseinrichtungen in ihrer interkulturellen Arbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag für gleiche Bildungschancen und Integration. Dieses Projekt leistet einen erheblichen Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir wollen, dass weitere Gruppen an Kindertagesstätten eingerichtet werden können.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 20.000		+ 20.000			+ 20.000		+ 20.000				
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc							

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
213	1.36.3650.03.08	Schukibetreug. Schulen/KoGS, Freie Träger	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung 1. Zur Erreichung des voraussichtlichen Rechtsanspruches auf Schulkindbetreuung ab dem Jahr 2025 soll die Versorgungsquote an Grundschulen durch die Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% bis zum Schuljahr 2025/2026**) gesteigert werden. 2. Davon soll an kooperativen Ganztagsgrundschulen (KoGS) vorbehaltlich einer veränderten Landes- oder Bundesfinanzierung weiterhin eine 60%ige Bedarfsdeckung aus Mitteln der Stadt kofinanziert werden, der Rest an Gruppen und Tagesplätzen aus Mitteln der Schule. 3. Das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen im Bereich der Schulkindbetreuung in und an Schulen fortgeführt. Dazu werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60% aufgestockt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt der Stadt für 2021 einzuplanen 4. Bis zur Einrichtung einer kooperativen Ganztagschule wird ein inhaltliches Konzept für ein Übergangsprogramm entwickelt, das vorübergehend auch von der Stadt finanzierte Gruppen und Tagesplätze über den Versorgungsgrad von 60% hinaus in Einrichtungen der „Schulkindbetreuung in und an Schulen“ vorsieht. 5. Um die Umwandlung in eine KoGS noch vor Erreichen des baulich eingeplanten Standards zu ermöglichen, wird für den zusätzlichen Raumbedarf (wie Mensa und Funktionsräume) ein Übergangskonzept entwickelt, das jeweils von der Schule und dem Jugendhilfe-Kooperationspartner getragen werden muss. 6. Zur Begegnung des Personalmangels wird angestrebt durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern alle Stellen für das pädagogische Personal auf mindestens 20h/Woche aufzustocken. Im Frühjahr 2021 soll als erster Schritt zur Konzeptentwicklung das bewährte Modell eines Beteiligungsworkshops durchgeführt werden. (Begründung s. Antrag)												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: **) Im Rahmen der Beratungen im JHA geändert Bisher konnten lediglich für die Umsetzung der unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages genannten Maßnahmen notwendige Mehraufwendungen beziffert werden. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte Anmerkung der Verwaltung vom 23.02.2021 zu den Beratungen im FPA: Nach dem Beschluss des Rates vom 16.02.2021 über die "Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung" (Ds.-Nr. 20-14846) ist eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktion der Bündnis 90/Die GRÜNEN (s. Liste der finanzwirksamen Anträge zum Ergebnishaushalt (FWE 213), zum Investitionsprogramm (FWI 214) und zum Stellenplan (SP 218) nicht mehr erforderlich. Zum "Ausbau der Schulkindbetreuung" siehe auch Anlagen 2.4.2.1 - Ansatzveränderungen der Verwaltung und 2.5.2.1. - Ansatzveränderungen der Verwaltung (IM)
			SchA	Dafür:	14	Dagegen:	1	Enthaltung:	1	Angenommen							
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen							
			FPA	Erledigt, durch Abstimmung über Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 095 (s. Anlage 2.4.2.1)													
135	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	BIBS	Zuwendung Spokuzzi e.V. Dem Verein für Sport, Kultur, Zirkus und Zirkuspädagogik SPOKUZU e.V. ist es in den letzten 15 Jahren gelungen, einen Kinder- und Jugendzirkus mit bis zu 120 Kindern und Jugendlichen aufzubauen, die wöchentlich in ihrem Zirkuspädagogischen Zentrum trainieren. Um die zirkuspädagogische Arbeit zu stabilisieren und um Planungssicherheit zu haben, bittet der Verein um eine städtische Zuwendung, um eine Stelle für eine*n Sozialarbeiter*in bzw. Zirkuspädagogen*in zu schaffen..												für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			JHA	Dafür:	2	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05						
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05, en bloc						

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
136	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	DIE LINKE.	Zirkuspädagogische Arbeit des Vereins Spokuzzi e. V. fördern Für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit benötigt der Zirkusverein Spokuzzi eine hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit. Dazu soll eine Stelle für Sozialarbeit bzw. Zirkuspädagogik geschaffen werden.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				JHA	Dafür:	2	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05, en bloc						
SBR 05	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	SBR 310	Für den SPOKUZZI e.V. (Verein für Sport, Kultur, Zirkus & Zirkuspädagogik) beantragen wir eine Förderung in Höhe von 32.000 € zur Schaffung einer Stelle im Bereich Sozialarbeit.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
				JHA	Dafür:	2	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05						
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05, en bloc						

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Geoinformation

18	Transferaufwendungen	1.690.000	1.691.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500	0 + 1.500							
137	1.25.2812.01	Betreuung der Heimatpfleger	Die Fraktion P ²	Erhöhung Förderung Stadtheimatspfleger Die ehrenamtliche Arbeit in der Heimatpflege trägt Ortsgeschichte, Vereins- und Firmengeschichte, Natur-, Landschafts- und Umweltschutz, der Ortsbildung, dem Brauchtum und der plattdeutschen Sprache zusammen, bewahrt und schützt sie. Stadtheimatspfleger forschen in den verschiedensten Archiven, legen selbst welche an und/oder pflegen sie. Archive, in denen sich Exponate unterschiedlichster Erhaltungszustände befinden. Um die ehrenamtliche Archivarbeit zu unterstützen und Exponate später ggf. wieder rekonstruieren zu können, muss der Digitalisierungsgrad in diesem Bereich erhöht werden. Dazu soll die Förderung dauerhaft erhöht werden.													dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				PIUA	Dafür:	1	Dagegen:	11	Enthaltung:	1	Abgelehnt							
				FPA	Dafür:	13	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen							

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		1.722.002	1.722.002	0	0	0	0	0	0	0	0			
SBR 07	1.51.5111.01	Stadtplanung	SBR 114	Einsatz eines Projektentwicklers Marktplatz Volkmarode Der Stadtbezirksrat bittet den Rat der Stadt Braunschweig, die von der Verwaltung als notwendig erachteten Finanzmitteln Höhe von ca. 30.000,00 € für die Beauftragung eines Projektentwicklers für den Marktplatz im Gebiet Volkmarode-Nord einzustellen. Ziel des Auftrags soll die Gestaltung des Marktplatzbereichs, die Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und die Ansiedlung von Nahversorgern für die weiter wachsende Einwohnerzahl durch das geplante Baugebiet Volkmarode-Nordost sein. Im Bebauungsplan für das jetzige Wohngebiet ist eine große Fläche für gewerbliche und öffentliche Nutzung vorgesehen. Außer eines Discountmarktes gab und gibt es bisher keine Aktivitäten zur GEstaltung des Bereiches, was durch professionelle Unterstützung in die Wege geleitet werden soll. Wie dem Stadtbezirksrat mitgeteilt wurde, gab es zwar Interessenten für die Ansiedlung von Nahversorgern, aber zu klärende Punkte, an denen eine Umsetzung bisher scheiterte. Ein Projektentwickler kann hier die entsprechende Vermittlerrolle übernehmen (z.B. auch Klärung bzgl. des Bebauungsplans).											einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 30.000									
			PIUA	Dafür:	-	Dagegen:	12	Enthaltung:	1	Abgelehnt						
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc					

Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	5	Öffentlich-rechtliche Entgelte		3.881.500	3.881.500	0	0	0	0	0	0	0	0			
138	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	Bündnis 90/Die Grünen	Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie 1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet. 2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen“ (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht. 3. Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden. 4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten. (Begründung s. Antrag)											einmalig	332110 Benutzungsgeb.u. ä.Entg Anmerkung der Verwaltung: Bei unverändertem Vertrag zwischen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) und der Stadt Braunschweig würden die nebenstehenden Mindererträge anfallen. Zu weiteren Auswirkungen s. auch TH FB 20 - Zeile 18 Transferaufwendungen. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							- 93.400									
			WA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt						
			BA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	-	Abgelehnt						
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
139	1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	FDP	Zusatzgebühren für Handyparken abschaffen Um Menschen, die ihr Handy zum Parken nutzen, nicht mehr zu belasten als andere, sollte die Stadtkasse die anfallenden Gebühren des Anbieters tragen. Der Wille zu Digitalisierung sollte nicht bestraft werden.													dauerh.	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten Anmerkung der Verwaltung: Nach dem Antrag sollte beim Teilhaushalt FB 32 ein Mehraufwand von jährlich 30.000 € berücksichtigt werden. Tatsächlich würden Mindererträge in nebenstehender Höhe anfallen.
					-	45.000	-	45.000	-	45.000	-	45.000						
			BA	Dafür:	-	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc							
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		19.574.777	19.574.777	0	0	0	0	0	0	0	0					
140	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Die Fraktion P ²	Reduzierung des Ansatzes Entfernung von Graffiti von 130.000 EUR auf 80.000 EUR Bei der Entfernung von Graffiti sollen zukünftig Prioritäten gesetzt werden. Inhalte, welche gegen Gesetze, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen Werte unseres Grundgesetzes verstoßen sowie Inhalte welche Gewalt, Hass, Hetze, Diskriminierung etc. abbilden – sind prioritär zu entfernen. Da Einsparmaßnahmen notwendig sind, sehen wir hier Potential – möchten aber gewährleistet sehen, dass Graffiti mit o.g. Inhalten so schnell wie möglich entfernt werden.													einmalig	445610 Erstattung an sonstige öffentl Sonderrechnung
						-	50.000											
			BA	Dafür:	2	Dagegen:	8	Enthaltung:	-	Abgelehnt								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc							
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport																		
	18	Transferaufwendungen		2.274.600	2.304.600	0	+ 30.000	0	+ 30.000	0	+ 30.000	0	+ 30.000					
141	1.42.4210.01	Sportförderung	SPD	Lebenschancen durch Sport Am 21.06.2016 hat der Rat die "Sportentwicklungsplanung in Braunschweig - Masterplan Sport 2030" beschlossen. Die beantragte Erhöhung des Haushaltsansatzes dient zur Umsetzung der in den Leitzielen 1 und 2 genannten Maßnahmen: Das mehrfach preisgekrönte Projekt "Lebenschancen durch Sport", das die Bewegungs- und Gesundheitsförderung im westlichen Ringgebiet mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch einen Sportpädagogen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Organisationen intendiert, soll auf weitere Stadtteile mit Unterstützungsbedarf ausgedehnt werden (empfohlene Maßnahme zum Leitziel 1). Das Patenschaftsmodell "Lebenschancen durch Sport" soll in weiteren Stadtteilen mit Unterstützungsbedarf zur Anwendung kommen (empfohlene Maßnahme zum Leitziel 2).													dauerh.	431810 Zuschüsse an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000					
			SpA	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc							
142	1.42.4210.01	Sportförderung	BIBS	Projektzuschuss "Handball in Spitze und Breite" des SV Stöckheim Der SV Stöckheim möchte zur Unterstützung des Projekts "Handball in Spitze und Breite" eine hauptamtliche Kraft einstellen, die mit einem entsprechenden Umfang an Stunden, vor allem auch in der Verbindung zu Schulen, tätig werden kann.													Für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		0					
			SpA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	1	Abgelehnt								
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc							

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 68 - Umwelt

18		Transferaufwendungen	512.500	557.500	0	+	45.000	0	+	45.000	0	0	0	0		
143	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Erhöhung der Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden Für die Förderung von Umweltorganisationen stehen im Jahr 2021 105.000 € zur Verfügung. Hieraus erhalten die Umweltverbände eine institutionelle Förderung. Außerdem werden hier Mittel für Projekte, Veranstaltungen, Pflegemaßnahmen und Ähnliches veranschlagt. Für das Jahr 2020 lag der Ansatz bei 120.000 €. Da die Aufgaben der Umweltverbände insbesondere im Bereich der Pflegemaßnahmen in den letzten Jahren ausgeweitet wurden, ist eine Erhöhung dieser Mittel auf 150.000 € angebracht.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
							+	45.000		+	45.000			+	45.000	
							+	45.000		+	45.000					
			PIUA	Dafür:	9	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf 2021 und 2022 (für 2 Jahre)					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	geändert auf 2021 und 2022 (für 2 Jahre), en bloc					
144	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	BIBS	Bessere Ausstattung des Ökotopfes (Umweltschutz-Fördertopf) der Stadt Braunschweig Der Ökotopf (Umweltschutz-Fördertopf) der Stadt Braunschweig wird dauerhaft auf 200 000 Euro aufgestockt. Im letzten Jahr wurde der Ökotopf einmalig auf 120 000 Euro aufgestockt. Nachdem sich gezeigt hat, dass er gut nachgefragt wurde, soll nun eine dauerhaft-signifikante Erhöhung beschlossen werden, um weiterhin und verstärkt das ehrenamtliche Engagement von Einrichtungen, Organisationen und Verbänden im Klima-, Natur- und Umweltschutzbereich zu fördern.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
							+	95.000		+	95.000			+	95.000	
							+	95.000		+	95.000					
			PIUA	Dafür:	2	Dagegen:	10	Enthaltung:	1	Abgelehnt						
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc					

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

1		Steuern und ähnliche Abgaben	389.535.000	389.535.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
145	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Anhebung Gewerbesteuerbesatz auf 470 v.H. Braunschweig ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort und trotzdem ist die finanzielle Situation der Stadt Braunschweig schon vor Corona schlecht gewesen. Durch Corona ist eine weitere Verschärfung der Situation eingetreten. Die Liquidität ist fast vollständig aufgebraucht und die Schulden steigen. Trotzdem hat die Stadt Braunschweig große Aufgaben zu bewältigen. Also sind alle Fraktionen - und eigentlich vor allem der Hauptverwaltungsbeamte - aufgerufen, Vorschläge für eine Verbesserung der Finanzsituation zu unterbreiten. Und da Braunschweig ein Einnahmeproblem hat, sollten dies Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation sein. Ein wesentliches Thema ist dabei der Hebesatz der Gewerbesteuer. Hier besteht ein Handlungsspielraum.										dauerh.	301310 Gewerbesteuer Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte	
							+	5.000.000		+	5.000.000			+	5.000.000	
							+	5.000.000		+	5.000.000					
			FPA	Dafür:	2	Dagegen:	11	Enthaltung:	-	Abgelehnt						
146	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	FDP	Straßenausbaubeiträge abschaffen Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfielen Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ergebnishaushalt Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000€).										dauerh.	301210 Grundsteuer B Anmerkung der Verwaltung: Die mit dem Antrag gleichzeitig vorgesehene Abschaffung Straßenausbaubeiträge ist in der Liste der Finanzwirksamen Anträge zum Investitionsprogramm (FWI 181) aufgeführt.	
							+	20.000.000		+	20.000.000			+	20.000.000	
							+	20.000.000		+	20.000.000					
			BA	Dafür:	1	Dagegen:	9	Enthaltung:	-	Abgelehnt						
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt	en bloc					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				

Diverse Teilhaushalte

Diverse															
147 Neu	Diverse	Diverse	AfD	Bau-Moratorium für das Jahr 2021 (Beschlussvorschlag und Begründung s. Antrag)									Diverse		
															Anmerkung der Verwaltung: **) Mit der ergänzenden Begründung des Antrages vom 20.01.2021 besteht kein Bezug zum Ergebnishaushalt. Die Abstimmung muss zum Antrag FWI 156Neu zum IP erfolgen.
			AfKW	Dafür:	10	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
			SchA	Dafür:	-	Dagegen:	17	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			SpA	Dafür:	1	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			GA	Dafür:	1	Dagegen:	10	Enthaltung:	-	Abgelehnt					
			FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Abgelehnt		en bloc			

Anträge zum Stellenplan

Diverse														0 + 111.900	0 + 336.800	0 + 343.536	0 + 350.407	
---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	-------------	-------------	-------------	-------------	--

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

204	1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	BIBS	Beibehaltung Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF) Das Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF) wird wie bisher fortgeführt. Es erfolgt weder eine Kompletteneinstellung noch eine ausschließliche elektronische Verbreitung, sondern wie seit 2014 eine Vervielfältigung und Verbreitung auch in Printform. Die mit Umsetzung der Ds. 20-14762 offenbar verbundene Stelleinsparung soll nicht erfolgen. Zur Haushaltssanierung wurde das Telefonbuch 2010 abgeschafft, um ca. 2000 Euro zu sparen. Die BIBS-Fraktion beantragte eine Neuauflage, die mit Hilfe der neuen Mehrheit durchgesetzt werden konnte. Dies verursachte keine Kosten, sondern spülte der Stadt ca. 5000 Euro jährlich in die Kassen. Auch wenn inzwischen kein freier Verkauf des HUF mehr erfolgt, ist das Fernsprechverzeichnis für die Stadt noch immer kostenfrei. Das HuF erleichtert den Mitarbeitern im Rathaus die Arbeit erheblich. Soweit es kostenfrei ist und auch bleibt, kann eine Abschaffung keine Einsparungen erzielen. Das Fernsprechbuch sollte daher erhalten bleiben. Nicht nachvollziehbar und akzeptabel ist, dass wohl mit der angekündigten Einstellung des HuF nach Ds. 20-14762 zugleich eine Personalstelle eingespart werden soll.									Diverse		
															Anmerkung der Verwaltung: Zu den Sachaufwendungen siehe auch finanzwirksamer Antrag zum Ergebnishaushalt des TH FB 10(FWE 081) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			FPA	Erledigt, da als Vorschlag in den Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung enthalten											

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 40 - Schule															
217	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	SPD	Stabsstelle 0400 Bildungsbüro Bei den vier Stellen für wissenschaftliche Sachbearbeiter/innen in der Stabsstelle 0400 Bildungsbüro werden folgende Änderungen vorgenommen: 1. Bei einer Stelle (Bildungsmonitoring) wird der Kw-2021-Vermerk gestrichen. Die Stelle wird in eine unbefristete Stelle umgewandelt . 2. Bei zwei weiteren Stellen wird der Kw-2021-Vermerk gestrichen. Die Stellen werden für die Themen Übergangmanagement und Teilhabemanagement in unbefristete Teilzeitstellen T 30 umgewandelt. Das Bildungsbüro hat sich als Stabsstelle im Fachbereich 40 Schule seit seiner Einrichtung bewährt. Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung von jungen Menschen bei der Entwicklung bestmöglicher Bildungsbiografien. Das System von Unterstützung und Beratung an der Schnittstelle zu weiterführenden Bildungsangeboten ist dabei ein wichtiger Baustein der Braunschweiger Bildungslandschaft geworden. Durch die Weiterführung des Bildungsbüros wird zudem ermöglicht, dass weiterhin zwei Lehrkräfte aus dem Landesprogramm Bildungsregionen für die Arbeit im Bildungsbüro abgeordnet werden. Zurzeit sind alle vier Stellen für wissenschaftliche Sachbearbeiter/innen mit Kw-Vermerken versehen, sodass die Stellen zum Ende des Jahres 2021 oder mit Auslaufen der Fördermittel wegfallen. Durch den o. g. Beschlussvorschlag würden im Ergebnis 2,5 der vier Stellen fortbestehen.										Diverse	
															Anmerkung der Verwaltung: **) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			SchA	Dafür:	15	Dagegen:	1	Enthaltung:	1	Passieren lassen					
			FPA	Dafür:	8	Dagegen:	5	Enthaltung:	-	Angenommen					

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

205	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Schulbildungsberatung Zur Fortführung der Schulbildungsberatung soll im FB 51.4 (Jugendsozialarbeit) eine zusätzliche Stelle zur Kompetenzfeststellung inkl. der Finanzierung der Lizenzkosten eingerichtet werden. Die Vorbereitungsklassen der VHS sollen ab 2022 mit einem dauerhaften Zuschuss der Stadt von rund 140.000 € verstetigt werden. Im Jahr 2021 soll der Zuschuss ab dem Schuljahr 2021/2022 (Aug 2021) in Höhe von 58.000 € gezahlt werden. Die Volkshochschule wird gebeten, die nötigen Mittel bis August 2021 aus anderen Drittmitteln zu finanzieren. Schulbildungsberatung (SchuBS) ist ein wichtiges Instrument, um zugezogene Kinder und Jugendliche schnell zu integrieren und ihnen bestmögliche Chancen zu geben. Dazu sind aber die Kompetenzfeststellung im FB 51.4 und die Vorbereitungsklassen der VHS ein wichtiges Instrument. Mit der Verstetigung der 1,5 Stellen im FB 40 (Schule) ist nur ein Schritt getan.										dauerh.	Diverse	
																Anmerkung der Verwaltung: Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch finanzwirksame Anträge zum Ergebnishaushalt des TH FB 20 (FWE 084, 085 und 086) vor. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
																Anmerkung der Verwaltung vom 12.03.2021: Nebenstehend wurde nachträglich eine Personalkostensteigerung von jährlich 2% berücksichtigt.
			Aff	Dafür:	7	Dagegen:	4	Enthaltung:	-	Angenommen	Gemeinsame Abstimmung FWE 084 mit SP 205					
			SchA	Dafür:	13	Dagegen:	3	Enthaltung:	1	Angenommen						
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Gemeinsame Abstimmung SP 205-207					
			FPA	Dafür:	8	Dagegen:	4	Enthaltung:	1	Angenommen						

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
206	Diverse	Diverse	BIBS	Vorbereitungsklassen und Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung Für die Vorbereitungsklassen der Schulbildungsberatung wird für 50 Wochen pro Jahr eine Lehrkraft mit 25 UE (Unterrichtsstunden) pro Woche und eine Lehrkraft mit 12,5 UE pro Woche eingestellt (siehe Ds. 20-13446). Für die Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung wird eine Stelle E11 geschaffen (ebenfalls analog zu Ds. 20-14625). In Ds. 20-14625 wurde in der Ratssitzung am 17.11. die Schulbildungsberatung im Umfang von zunächst 1,5 Beratungs-Stellen (E11) unbefristet fortgesetzt. Gleichzeitig wies die Verwaltung draufhin, dass die Vorbereitungsklassen und die Kompetenzfeststellung als weitere Bausteine der Schulbildungsberatung durch diese Stellen noch nicht abgedeckt sind. Die Finanzierung dieser beiden wichtigen Bausteine ist nur bis Ende 2020 gesichert. Für eine Sicherung darüberhinaus soll die Schaffung der beantragten zusätzlichen Stellen sorgen.											dauerh.	Diverse
				Afl	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:				Erledigt durch Abstimmung zu FWE 084 und SP 205			
				SchA						Zurückgezogen		Erledigt, durch Abstimmung über SP 205				
				JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Gemeinsame Abstimmung SP 205-207				
				FPA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Zurückgezogen	Erledigt, durch Abstimmung über SP 205				
207	Diverse	Diverse	DIE LINKE.	SchuBS: Kompetenzfeststellung Die Fortführung der Kompetenzfeststellung für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland als Baustein der Schulbildungsberatung wird durch die Schaffung einer Stelle E11 (82.105,18 Euro, Stand 9.6.2020) für diese Aufgabe dauerhaft abgesichert. Die Fortführung des Projektes Schulbildungsberatung, zu dem auch die Vorbereitungsklassen gehörten, war vom Rat der Stadt am 17.9.2019 zunächst für ein weiteres Jahr beschlossen worden (DS 19-11632 und DS 19-11719) und wurde in diesem Zeitraum evaluiert. Am 17.11.2020 hat der Rat die Fortführung des Projektes mit 1,5 Stellen beschlossen (Ds. 20-14625). Die Fortführung der Vorbereitungsklassen und der Kompetenzfeststellung waren jedoch nicht Gegenstand dieses Beschlusses. Bisher durchlaufen alle Teilnehmenden der Vorbereitungsklassen ein zertifiziertes und kulturneutrales Kompetenzfeststellungsverfahren. Dieses ist ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland. Die Aufklärung über das Schulsystem sowie die Ergebnisse der Kompetenzfeststellung und der Beobachtungen während des Unterrichts in der Vorbereitungsklasse bieten den Erziehungsberechtigten eine sehr gute Grundlage, um sich für eine zu ihrem Kind passende Schulform zu entscheiden. In insgesamt 84 % der Fälle folgten die Erziehungsberechtigten der von den Beraterinnen ausgesprochenen Empfehlung (Ds. 20-13446).											dauerh.	Diverse
				Afl	Dafür:	2	Dagegen:	4	Enthaltung:	5	Abgelehnt					
				SchA							Zurückgezogen	Erledigt, durch Abstimmung über SP 205				
				JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen	Gemeinsame Abstimmung SP 205-207				
				FPA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Zurückgezogen	Erledigt, durch Abstimmung über SP 205				
208	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Zwei weitere Stellen für Schulsozialarbeit Das Ausbauprogramm kommunale Schulsozialarbeit wird fortgesetzt mit dem Ziel, an allen Schulen kommunale Sozialarbeitsstellen einzurichten. Im Schuljahr 2021/2022 werden dazu zwei weitere Stellen eingerichtet. Es wird ein Konzept für den weiteren Ausbau bis zum Jahr 2025 erstellt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Neben der vom Land finanzierten Schulsozialarbeit ist die kommunale Schulsozialarbeit ein wesentliches Element, um die Bedarfe benachteiligter Kinder und Jugendlicher aus Sicht der Jugendhilfe ganzheitlich in den Blick zu nehmen. Hier können alle direkt und niedrigschwellig erreicht werden. Perspektivisch sollte das an allen Schulen etabliert werden. (Begründung s. Antrag)											dauerh.	Diverse
				SchA	Dafür:	11	Dagegen:	3	Enthaltung:	3	Angenommen					
				JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen					
				FPA	Dafür:	12	Dagegen:	1	Enthaltung:	-	Angenommen	en bloc				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				in €		2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
218	1.36.3650.03.XX	Diverse (Schulkindbetreuung)	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung</p> <p>1. Zur Erreichung des voraussichtlichen Rechtsanspruches auf Schulkindbetreuung ab dem Jahr 2025 soll die Versorgungsquote an Grundschulen durch die Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% bis zum Schuljahr 2025/2026 **) gesteigert werden.</p> <p>2. Davon soll an kooperativen Ganztagsgrundschulen (KoGS) vorbehaltlich einer veränderten Landes- oder Bundesfinanzierung weiterhin eine 60%ige Bedarfsdeckung aus Mitteln der Stadt kofinanziert werden, der Rest an Gruppen und Tagesplätzen aus Mitteln der Schule.</p> <p>3. Das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen im Bereich der Schulkindbetreuung in und an Schulen fortgeführt. Dazu werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60% aufgestockt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt der Stadt für 2021 einzuplanen</p> <p>4. Bis zur Einrichtung einer kooperativen Ganztagschule wird ein inhaltliches Konzept für ein Übergangsprogramm entwickelt, das vorübergehend auch von der Stadt finanzierte Gruppen und Tagesplätze über den Versorgungsgrad von 60% hinaus in Einrichtungen der „Schulkindbetreuung in und an Schulen“ vorsieht.</p> <p>5. Um die Umwandlung in eine KoGS noch vor Erreichen des baulich eingeplanten Standards zu ermöglichen, wird für den zusätzlichen Raumbedarf (wie Mensa und Funktionsräume) ein Übergangskonzept entwickelt, das jeweils von der Schule und dem Jugendhilfe-Kooperationspartner getragen werden muss.</p> <p>6. Zur Begegnung des Personalmangels wird angestrebt durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern alle Stellen für das pädagogische Personal auf mindestens 20h/Woche aufzustocken.</p> <p>Im Frühjahr 2021 soll als erster Schritt zur Konzeptentwicklung das bewährte Modell eines Beteiligungsworkshops durchgeführt werden. (Begründung s. Antrag)</p>										dauerh.	Diverse
			JHA	Dafür:	9	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen			<p>Anmerkung der Verwaltung:</p> <p>**) Im Rahmen der Beratungen der Beratungen im JHA geändert</p> <p>***) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 2.6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte</p> <p>Siehe auch Liste der finanzwirksamen Anträge zum Investitionsprogramm (FWI 214) und zum Ergebnishaushalt (FWE 213)</p> <p>Anmerkung der Verwaltung vom 23.02.2021:</p> <p>Nach dem Beschluss des Rates vom 16.02.2021 über die "Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung" (Ds.-Nr. 20-14846) ist eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktion der Bündnis 90/Die GRÜNEN (s. Liste der finanzwirksamen Anträge zum Ergebnishaushalt (FWE 213), zum Investitionsprogramm (FWI 214) und zum Stellenplan (SP 218) nicht mehr erforderlich.</p> <p>Zum "Ausbau der Schulkindbetreuung" siehe auch Anlagen 2.4.2.1 - Ansatzveränderungen der Verwaltung und 2.5.2.1. - Ansatzveränderungen der Verwaltung (IM)</p>		
			FPA	Erledigt durch Abstimmung über Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 095 (s. Anlage 2.4.2.1)											

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen						
Fachbereich 65 - Hochbau und Gebäudemanagement																	
209	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Schaffung einer Stelle für Dachbegrünung Im Fachbereich 65 wird eine Stelle für Planung bzw. Auftragsvergaben für Dachbegrünungen auf städtischen Gebäuden geschaffen. Immer wieder wurde in der Vergangenheit von Seiten der Politik ein stärkeres Engagement der Verwaltung bei der Begrünung städtischer Dächer angemahnt. Darüber, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden muss, besteht ein breiter Konsens, wie z.B. mehrere Anfragen zum Umsetzungsstand der entsprechende Maßnahme aus dem Förderprogramm "Klimaschutz mit urbanem Grün" belegen. Als Grund dafür, dass es bei diesem Thema nur schleppend vorangeht, wurde von Seiten der Verwaltung mehrfach auf die fehlenden Personalkapazitäten hingewiesen. Mit der Schaffung zumindest einer neuen Personalstelle kann hier für Abhilfe gesorgt werden.											dauerh.	Diverse Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)	
						+	30.200		+	90.000		+	90.000		+	90.000	
				BA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen						
				FPA	Ersetzt durch Antrag SP 230 (s. u.)												
210	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Schaffung einer Stelle für Photovoltaikanlagen Im Fachbereich 65 wird eine Stelle für Planung bzw. Auftragsvergaben für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden geschaffen. Immer wieder wurde in der Vergangenheit von Seiten der Politik ein stärkeres Engagement der Verwaltung bei der Ausstattung städtischer Dächer mit Photovoltaik angemahnt. Darüber, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden muss, um die Klimaziele erreichen zu können, herrscht ein breiter Konsens, wie z.B. die aktuelle Diskussion um den interfraktionellen Antrag 20-14506 "Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell" zeigt. Als Grund dafür, dass es bei diesem Thema nur schleppend vorangeht, wurde von Seiten der Verwaltung mehrfach auf die fehlenden Personalkapazitäten hingewiesen. Mit der Schaffung zumindest einer neuen Personalstelle kann hier für Abhilfe gesorgt werden.												dauerh.	Diverse Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294) Die notwendigen Personalaufwendungen für die Umsetzung der Stellenschaffung wären im Haushaltsplan der Sonderrechnung FB 65 zu veranschlagen.
						+	20.900		+	62.700		+	62.700		+	62.700	
				BA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Angenommen						
				FPA	Ersetzt durch Antrag FWE 229 (s. o.)												
Teilhaushalt Ref. 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau																	
211	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Schaffung einer Stelle im Bereich Freiraumplanung Im Referat 0617 wird eine Stelle im Bereich Freiraumplanung, Grünflächen und Freizeitwege neu geschaffen. Auch im Aufgabenbereich des Referats 0617 kommt es immer wieder dazu, dass Aufgaben nicht erledigt werden oder politische Anträge nicht oder erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung abgearbeitet werden können. Vorgeschlagene Maßnahmen (z. B. Aufwertung der Aufenthaltsqualität des Viewegs Garten) aus dem Freiraumentwicklungskonzept sollen mit dieser Personalstelle umgesetzt werden. Auch ein Kleingartenpark in der Nordstadt soll geplant und umgesetzt werden. Ein weiterer Handlungsbedarf wird in der qualitativen Weiterentwicklung der Freizeitwege (Ringgleis, Kleine Dörfer Weg, Okerwanderweg, Jakobsweg, Weser-Harz-Heide Radweg, Städtepartnerschaftsradschweg Braunschweig-Magdeburg) im Stadtgebiet gesehen. Diese Maßnahmen umfassen die Unterhaltung, Weiterentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit (Hinweistafeln, Homepage, Printmedien).												dauerh.	Diverse Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
						+	25.500		+	76.400		+	76.400		+	76.400	
						+	25.500		+	76.400		+	77.928		+	79.487	
				PIUA	Dafür:	-	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen						
				FPA	Dafür:	8	Dagegen:	5	Enthaltung:	-	Angenommen						

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2021		2022		2023		2024			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

212	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Schaffung von 2 Stellen in der Grünpflege Im Fachbereich 67 werden zwei Stelle für die Grünpflege geschaffen. Der Tätigkeitsbereich für diese Stellen soll insbesondere bei der Bewässerung von Bäumen in den Sommermonaten liegen. Bekanntlich leiden die Bäume an Braunschweigs Straßen und in den Parks- und Grünflächen sehr unter der durch den Klimawandel Trockenheit in den Sommermonaten. Zahlreiche Bäume mussten in den letzten Jahren gefällt werden und wurden zum Teil durch neue Bäume ersetzt. Gerade junge Bäume brauchen in den ersten Jahren nach der Pflanzung eine besonders intensiv Pflege und sind ohne eine regelmäßige Bewässerung nicht überlebensfähig. Um diesem gestiegenen Pflegeaufwand gerecht zu werden, sollen zwei neue Stellen geschaffen werden.</p>								dauerh.	Diverse	
						+ 29.500		+ 88.600		+ 88.600		+ 88.600		
				GA	Dafür: -	Dagegen: -	Enthaltung: -	Passieren lassen						
				FPA	Ersetzt durch Antrag SP 230 (s. u.)									

Diverse Teilhaushalte (zzgl. Fachbereich 65 - Hochbau und Gebäudemanagement)

230	Diverse	Diverse	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Schaffung von zwei Stellen in der Stellenreserve In der Stellenreserve werden zwei Stellen geschaffen: 1. für Planung von und Auftragsvergabe für Dachbegrünungen auf städtischen Gebäuden (FB 65); 2. für die Grünpflege, insbesondere für die Bewässerung von Bäumen in den Sommermonaten (FB 67). Die Inanspruchnahme dieser Stellen aus der Stellenreserve und ihre Besetzung durch die Verwaltung können erst nach Erarbeitung und Vorlage von Konzepten zu den unter 1 und 2 genannten Verfahren durch die genannten Fachbereiche erfolgen. Der Antrag greift die Stellenplananträge SP 209 "Schaffung einer Stelle für Dachbegrünung" und SP 212 " Schaffung von 2 Stellen in der Grünpflege" auf. Zur weiteren Begründung wird auf diese Anträge verwiesen. Die Anträge zum Stellenplan SP 209 und SP 212 werden durch diesen Antrag ersetzt.</p>								dauerh.	Diverse	
				Sonderrechnung FB 65		+ 30.200		+ 90.700		+ 92.514		+ 94.364		
				Deckungsreserve Personal (Kernverwaltung)		+ 14.800		+ 44.300		+ 45.186		+ 46.090		
				Gesamt		+ 45.000		+ 135.000		+ 137.700		+ 140.454	Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der 1. Ergänzungsvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294-01) Der Antrag enthält keine Beträge. Diese wurden erst nach der Beratung im FPA ermittelt. Die notwendigen Personalaufwendungen für die Umsetzung der Stellenschaffung zu Ziffer 1 des Antrages für den FB 65 wären im Haushaltsplan der Sonderrechnung FB 65 und für die Stellenschaffung zu Ziffer 2 des Antrages für den FB 67 bei der allgemeinen Deckungsreserve für Personal im Haushaltsplan der Kernverwaltung zu veranschlagen (s. nebenstehende Aufteilung).	
				FPA	Dafür: 8	Dagegen: 5	Enthaltung: -	Angenommen						

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 1 / 1
Ausgenommen sind die Anträge mit den Nummern: SB211,149, 160, 169, 170, 182, 203

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	3E.21NEU	Jugendzentrum im Osten Braunschweigs / Vorplanung	SB 114								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2021 für die Evaluation und Planung eines Jugendzentrums im Osten Braunschweigs, dabei sollen insbesondere die Aspekte der Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden
			neu	15.000	0	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			JHA								abgelehnt 0/10/2
			BA								abgelehnt 1/5/5
			FPA								Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt **)
	3E.21NEU	Jugendzentrum Leiferde / Vorplanung	SB 211								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Planung eines Neubaus des Jugendzentrums in Leiferde an einem anderen Ort als bisher.
			neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	
			JHA	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	Anmerkung der Verwaltung Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). passieren lassen passieren lassen (11/0/0) abgelehnt 0/13/0
			BA	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
<p>Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden</p> <p>Verschieben von Hochbauprojekten (ohne Detailinformationen)</p>												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
156 a	diverse	diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)	AfD									
			bisher	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			neu	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			Veränderung		*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			BA									<p>geringere Haushaltsmittel für 2021 ff für diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)</p> <p>Eine ausführliche Begründung und komplette Aufstellung der Einzelpositionen wird noch nachgereicht.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Dieser Antrag hängt inhaltlich mit dem Generalantrag "Bau-Moratorium" (Antrag für den Ergebnishaushalt FWE 147) zusammen</p> <p>erledigt durch Einzelbeschlüsse FWI 156 NEU</p>
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
156 b	diverse	diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)	AfD									
			bisher	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			neu	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			Veränderung		*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			BA									<p>geringere Haushaltsmittel für 2021 ff für diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)</p> <p>Eine ausführliche Begründung und komplette Aufstellung der Einzelpositionen wird noch nachgereicht.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Dieser Antrag hängt inhaltlich mit dem Generalantrag "Bau-Moratorium" (Antrag für den Ergebnishaushalt FWE 147) zusammen</p> <p>erledigt durch Einzelbeschlüsse FWI 156 NEU</p>

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Schulsanierungsprogramm											
Sanierung Grund- und Hauptschule Rünigen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
	4E.210130	GS/HS Rünigen / Sanierung	SB 224								
			bisher	1.870.280	242.280	900.000	0	0	0	728.000	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Grundleitungen für die Grund- und Hauptschule Rünigen, damit zeitnah die Neugestaltung der Schulhöfe erfolgen kann. Anmerkung der Verwaltung: Hier wird nur der nicht werterhöhende Teil des Projektes dargestellt. abgelehnt 0/11/5 abgelehnt 0/11/0 Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt **)
			neu	1.870.280	242.280	1.628.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		728.000	0	0	0	-728.000	
			SchA								
			BA								
			FPA								
Baumaßnahmen (Veränderungen)											
26				0		0	0	0	0	0	
	4E.210130	GS/HS Rünigen / Sanierung	SB 224								
			bisher	5.794.384	5.794.384	0	0	0	0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Grund- und Hauptschule Rünigen für die Sanierung der Grundleitungen, damit zeitnah die Neugestaltung der Schulhöfe erfolgen kann. Anmerkung der Verwaltung: Hier wird nur der werterhöhende Teil des Projektes dargestellt. abgelehnt 0/11/5 abgelehnt 0/11/0 Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt **)
			neu	5.794.384	5.794.384	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalaussschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Außensanierung Sporthalle GS Broitzem											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 10	4E.210336	GS Broitzem Sporthalle /Außensan.	AfD								
			bisher	520.948	20.948	500.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Außensanierung der Sporthalle GS Broitzem auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	520.948	20.948	0	500.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-500.000	500.000	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								
Fenstersanierung RS Maschstraße											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 13	4E.210335	RS Maschstraße / Fenstersanierung	AfD								
			bisher	620.948	20.948	600.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Fenstersanierung an der RS Maschstraße auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	620.948	20.948	0	600.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-600.000	600.000	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
Sanierung GY M. K. (2. BA)												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
156 NEU - 14a	4E.210260	GY Martino-K./San. 2. BA	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2025 für die Sanierung des GY M.K. (2. BA) um ein Jahr (hier: Aufwendungen) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)	
			bisher	2.593.483	2.783	100.000	560.000	560.000	560.000	810.700		
			neu	2.593.483	2.783	0	100.000	560.000	560.000	1.370.700		
			Veränderung	0	0	-100.000	-460.000	0	0	560.000		
			BA FPA									
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0		
156 NEU - 14b	4E.210260	GY Martino-K./San. 2. BA	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2025 für die Sanierung des GY M.K. (2. BA) um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)	
			bisher	10.483.840	121.240	400.000	2.240.000	2.240.000	2.240.000	3.242.600		
			neu	10.483.840	121.240	0	400.000	2.240.000	2.240.000	5.482.600		
			Veränderung	0	0	-400.000	-1.840.000	0	0	2.240.000		
						VE 2022:	2.200.000	VE 2022 neu:	400.000	VE 2022 Veränderung:		-1.800.000
						VE 2023:	2.200.000	VE 2023 neu:	2.240.000	VE 2023 Veränderung:		40.000
			BA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalaussschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Sporthalle GS Veltenhof</p> <p>Der Stadtbezirk 322 beantragt anstatt der Sanierung der Sporthalle der GS Veltenhof einen Neubau zu erstellen. Hierzu liegt bereits eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor. Danach sollen lediglich Planungsmittel in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 in Höhe von 660.000 EUR aufgenommen werden.</p> <p>Sanieruna Sporthalle GS Veltenhof</p>											
<p>17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p>				0		0	0	0	0	0	
	4E.210337	GS Veltenhof Sporthalle/ San. Fachw.-Deck	SB 322								
			bisher	1.160.000	0	1.160.000	0	0	0	0	Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.160.000		-1.160.000	0	0	0	0	<p>Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8) zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden.</p> <p>Weiterhin liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156), der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat.</p> <p>abgelehnt 2/11/3 für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung) abgelehnt **)</p>
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Neubau Sporthalle GS Veltenhof											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Veltenhof Sporthalle/ Neubau	SB 322								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen. Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8) zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden. Weiterhin liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156) , der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat. abgelehnt 2/11/3 für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung) abgelehnt **)
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Veltenhof Sporthalle/ Neubau	SB 322								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen. Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8) zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden. Weiterhin liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156) , der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat. abgelehnt 2/11/3 für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung) abgelehnt **)
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Sanierung Sporthalle GS Veltenhof											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 11	4E.210337	GS Veltenhof Sporthalle/San. Fachw.-Deck	AfD								
			bisher	1.160.000	0	1.160.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle GS Veltenhof auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	1.160.000	0	0	1.160.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	-1.160.000	1.160.000	0	0	0	Es liegt ein Antrag des Stadtbezirksrates 322 vor, der anstatt der Sanierung der Sporthalle einen Neubau zum Inhalt hat.
											Weiterhin hat die Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen eine Anpassung der Finanzraten vorgesehen (Nr. 8), die lediglich noch Planungsmittel in Höhe von 660.000 EUR für die Sporthalle GS Veltenhof vorsieht.
			BA								abgelehnt 1/10/0
			FPA								abgelehnt **)
Sanierung von Unterdecken											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 3	4S.210084	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	AfD								
			bisher	7.638.492	4.695.492	1.693.000	1.250.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021/2022 für die Ertüchtigungs- und Akustikmaßnahmen an Unterdecken auf 2022/2023
			neu	7.638.492	4.695.492	0	1.693.000	1.250.000	0	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	-1.693.000	443.000	1.250.000	0	0	Das Projekt "Unterdecken / Ertüchtigung-Akustikmaßnahmen" ist Teil der Neutralen Liste, wo ein Teil des Ansatzes 2021 auf ein neues Einzelprojekt "SpH RS Nibelungenschule/ San Unterdecke" umgesetzt werden soll.
											abgelehnt 1/10/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Neubauten von Schulen und Kitas</p> <p>Neubau Sporthalle IGS Sally-Perel</p>											
<p>17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p>				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 15a	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	AfD								
			bisher	1.495.050	3.050	540.000	800.000	152.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally Perel um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	1.495.050	3.050	0	540.000	800.000	152.000	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	-540.000	-260.000	648.000	152.000	0	Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Verschiebung einer Teilfinanzrate 2021 sowie ein Erhöhungsantrag für den Neubau der Sporthalle vor (Nr. 12). Dieser Antrag müsste entsprechend verändert werden.
			BA								abgelehnt 1/10/0
			FPA								abgelehnt **)
<p>26 Baumaßnahmen (Veränderungen)</p>				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 15b	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	AfD								
			bisher	6.073.100	105.100	2.160.000	3.200.000	608.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally Perel um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	6.073.100	105.100	0	2.160.000	3.200.000	608.000	0	Anmerkung der Verwaltung
			Veränderung	0	0	-2.160.000	-1.040.000	2.592.000	608.000	0	Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Verschiebung einer Teilfinanzrate 2021 sowie ein Erhöhungsantrag für den Neubau der Sporthalle vor (Nr. 12). Dieser Antrag müsste entsprechend verändert werden.
				VE 2022:	3.200.000	VE 2022 neu:	2.160.000	VE 2022 Veränderung:		-1.040.000	
				VE 2023:	600.000	VE 2023 neu:	3.200.000	VE 2023 Veränderung:		2.600.000	
			BA								abgelehnt 1/10/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Neubau Kita Feldstraße											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 17a	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Kita Feldstraße um ein Jahr (hier: Aufwendungen) Anmerkung der Verwaltung Es liegt hierzu eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor (Nr. 19), die ebenfalls eine Verschiebung der Raten vorsieht. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender. für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)
		bisher		550.000	0	55.000	340.000	155.000	0	0	
		neu		550.000	0	0	55.000	340.000	155.000	0	
		Veränderung		0	0	-55.000	-285.000	185.000	155.000	0	
BA											
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 17b	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Kita Feldstraße um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen) Anmerkung der Verwaltung Es liegt hierzu eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor (Nr. 19), die ebenfalls eine Verschiebung der Raten vorsieht. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender. für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)
		bisher		4.950.000	0	495.000	3.060.000	1.395.000	0	0	
		neu		4.950.000	0	0	495.000	3.060.000	1.395.000	0	
		Veränderung		0	0	-495.000	-2.565.000	1.665.000	1.395.000	0	
BA											
				VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	495.000	VE 2022 Veränderung:		-2.505.000	
				VE 2023:	1.300.000	VE 2023 neu:	3.060.000	VE 2023 Veränderung:		1.760.000	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Schulkindbetreuung (inkl. Einrichtung Ganztagsbetriebe)</p> <p>Fortsetzung und Ausbau der Schulkindbetreuung</p> <p>Fortsetzung und Ausbau der Schulkindbetreuung (siehe auch Antrag im Ergebnishaushalt FWE 213 und zum Stellenplan SP 218)</p> <ol style="list-style-type: none"> Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% bis zum Schuljahr 2025/2026 60%-ige Bedarfsdeckung erfolgt durch Kofinanzierung der Stadt; der Rest an Gruppen- und Tagesplätzen wird aus den Mitteln der Schule finanziert das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen fortgeführt; dabei werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60 % aufgestockt Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes für ein Übergangsprogramm bis zur Errichtung einer kooperativen Ganztagschule Entwicklung eines Übergangskonzeptes für den zusätzlichen Raumbedarf für die Umwandlung in eine kooperative Ganztagschule Stundenaufstockung für das pädagogische Personal durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern 											
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	
214 a	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung Die Schätzung der Erträge steht noch aus.
			SchA	0		⌋	⌋	⌋	⌋	⌋	⌋ angenommen 11/3/2
			JHA	0		⌋	⌋	⌋	⌋	⌋	⌋ angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218 (mit der Änderung zum Beschlusspunkt 1 , dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								abgelehnt 4/4/3
			NEU								neue Anmerkung der Verwaltung
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Ausgabeschätzung für den Beschlusspunkt 3 vor (siehe Zeile 17).
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			FPA								Die Verwaltung hat in der 1. Ergänzungsvorlage zur FPA-Vorlage Haushaltssatzung 2021 eine Ansatzveränderung zum Ausbau der Schulkindbetreuung aufgrund des Ratsbeschlusses zum Antrag 20-14846 eingebracht. Der Antrag 214 a-d kann damit als erledigt angesehen werden.
											für erledigt erklärt (siehe Ansatzveränderungen)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
214 b	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung Die Schätzung der Aufwendungen steht noch aus.
			SchA	<u>0</u>		↘	↘	↘	↘	↘	angenommen 11/3/2
			JHA	<u>0</u>		↘	↘	↘	↘	↘	angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218 (mit der Änderung zum Beschlusspunkt 1 , dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								abgelehnt 4/4/3
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	neue Anmerkung der Verwaltung
			neu	812.000	0	112.000	175.000	175.000	175.000	175.000	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und Ausgabeschätzung für den Beschlusspunkt 3 vor. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			Veränderung	812.000		112.000	175.000	175.000	175.000	175.000	Die Verwaltung hat in der 1. Ergänzungsvorlage zur FPA-Vorlage Haushaltssatzung 2021 eine Ansatzveränderung zum Ausbau der Schulkindbetreuung aufgrund des Ratsbeschlusses zum Antrag 20-14846 eingebracht. Der Antrag 214 a-d kann damit als erledigt angesehen werden.
			FPA								für erledigt erklärt (siehe Ansatzveränderungen)
			NEU								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
19				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	
214 c	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung Die Schätzung der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) steht noch aus.
			SchA	<u>0</u>		↘	↘	↘	↘	↘	angenommen 11/3/2
			JHA	<u>0</u>		↘	↘	↘	↘	↘	angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218 (mit der Änderung zum Beschlusspunkt 1 , dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								abgelehnt 4/4/3
			NEU								neue Anmerkung der Verwaltung
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Ausgabeschätzung für den Beschlusspunkt 3 vor (siehe Zeile 17).
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			FPA								Die Verwaltung hat in der 1. Ergänzungsvorlage zur FPA-Vorlage Haushaltssatzung 2021 eine Ansatzveränderung zum Ausbau der Schulkindbetreuung aufgrund des Ratsbeschlusses zum Antrag 20-14846 eingebracht. Der Antrag 214 a-d kann damit als erledigt angesehen werden.
											für erledigt erklärt (siehe Ansatzveränderungen)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
214 d	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Auszahlungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung Die Schätzung der Investitionsauszahlungen steht noch aus.
			SchA	<u>0</u>		⌋	⌋	⌋	⌋	⌋	angenommen 11/3/2
			JHA	<u>0</u>		⌋	⌋	⌋	⌋	⌋	angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218 (mit der Änderung zum Beschlusspunkt 1 , dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								abgelehnt 4/4/3
			NEU								neue Anmerkung der Verwaltung
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Ausgabeschätzung für den Beschlusspunkt 3 vor (siehe Zeile 17).
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			FPA								Die Verwaltung hat in der 1. Ergänzungsvorlage zur FPA-Vorlage Haushaltssatzung 2021 eine Ansatzveränderung zum Ausbau der Schulkindbetreuung aufgrund des Ratsbeschlusses zum Antrag 20-14846 eingebracht. Der Antrag 214 a-d kann damit als erledigt angesehen werden.
											für erledigt erklärt (siehe Ansatzveränderungen)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Schunteraue											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 12a	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für die Einrichtung des GTB GS Schunteraue um ein Jahr (hier: Aufwendungen) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		800.000	0	80.000	240.000	480.000	0	0	
		neu		800.000	0	0	80.000	240.000	480.000	0	
		Veränderung		0	0	-80.000	-160.000	-240.000	480.000	0	
			BA								
			FPA								
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	
156 NEU - 12b	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für die Einrichtung des GTB GS Schunteraue um ein Jahr (hier Investitionsauszahlungen) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		3.200.000	0	320.000	960.000	1.920.000	0	0	
		neu		3.200.000	0	0	320.000	960.000	1.920.000	0	
		Veränderung		0	0	-320.000	-640.000	-960.000	1.920.000	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Installation von Photovoltaikanlagen											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	SB 223								
			bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Prüfung, ob bei der Dachsanierung der Sporthalle der GS Broitzem die Installation einer Photovoltaikanlage möglich ist Anmerkung der Verwaltung Auf den freien Flächen der Sporthalle neben den Oberlichtern kann eine Photovoltaikanlage installiert werden, sofern die Statik dies zulässt. Die Kosten der Überprüfung der Tragfähigkeit des Dachaufbaus können aus den Haushaltsmitteln für die Dach- und Fassadensanierung der Sporthalle der GS Broitzem bestritten werden. Hierfür sind bei dem Projekt "GS Broitzem Sporthalle /Außensan.(4E.210336)" im Haushaltsentwurf 2021 Mittel i. H. v. 500.000 € eingeplant. Zusätzliche Mittel bei dem Projekt "Photovoltaikanlagen / Neuinstallation (4S.210097)" sind daher nicht erforderlich. abgelehnt 4/8/4 (Beschluss ohne Kosteninformationen) abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)
			neu	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								
149	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	DIE LINKE								
			bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dachflächen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt BS Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Zu der Neuinstallation von Photovoltaikanlagen liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156) , der die Verschiebung der Finanzrate 2021 in Höhe von 50.000 EUR auf 2025 ff zum Inhalt hat.
			neu	850.000	50.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	600.000		150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			SchA	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	überwiesen an BA/PIUA 17/0/0 passieren lassen (10/1/0) abgelehnt 2/11/0
			BA	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
156 NEU - 5	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	AfD									
				bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Installation von Photovoltaikanlagen auf 2025 ff Anmerkung der Verwaltung Zu der Neuinstallation von Photovoltaikanlagen liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (FWI 149), der eine Ansatzserhöhung von jährlich 150.000 EUR beinhaltet sowie eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Erhöhung des Ansatzes 2021 um 90.000 EUR für das Lessinggymnasium (Nr. 30) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
				neu	250.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	50.000	
				Veränderung	0	0	-50.000	0	0	0	50.000	
				BA								
				FPA								
Neubauten von Jugendzentren												
Neubau Jugendzentrum B58												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)								
				0	0	0	0	0	0	0	0	
151 a	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	CDU									
				bisher	1.994.000	0	0	0	40.000	400.000	1.554.000	Verschieben der Aufwendungen für den Neubau des Jugendzentrums B 58 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig abgelehnt 3/8/1 abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				neu	1.994.000	0	0	0	0	0	1.994.000	
				Veränderung	0	0	0	0	-40.000	-400.000	440.000	
				JHA								
				BA								
				FPA								
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)								
				0	0	0	0	0	0	0	0	
151 b	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	CDU									
				bisher	7.976.000	0	0	0	160.000	1.600.000	6.216.000	Verschieben der Investitionsauszahlungen für den Neubau des Jugendzentrums B 58 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig abgelehnt 3/8/1 abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				neu	7.976.000	0	0	0	0	0	7.976.000	
				Veränderung	0	0	0	0	-160.000	-1.600.000	1.760.000	
				JHA								
				BA								
				FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalaussschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Neubau Kinder- und JZ Watenbüttel											
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
155	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel / Neubau	CDU								
			bisher	1.032.000	82.000	0	0	95.000	855.000	0	Verschieben der Haushaltsmittel für den Neubau des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.032.000	82.000	0	0	0	0	950.000	
			Veränderung	0		0	0	-95.000	-855.000	950.000	
			JHA								abgelehnt 3/7/2 abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
			BA								
			FPA								
Kunsthalle Hamburger Str. 267											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
152 a	4E.210333	Halle Hamburger Str.267/Dachs.+Brand.	CDU								
			bisher	400.000	0	400.000	0	0	0	0	Verschieben der Aufwendungen für die Dachsanierungs- und Brandschutzmaßnahmen an der Kunsthalle Hamburger Str. 267 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	400.000	0	0	0	400.000	0	0	
			Veränderung	0		-400.000	0	400.000	0	0	
			BA								Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil (Installation einer Brandmeldeanlage) reduziert.
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
152 b	4E.210333	Halle Hamburger Str.267/Dachs.+Brand.	CDU	bisher 260.000 neu 260.000 Veränderung 0	0 0	260.000 0	0 0	0 260.000	0 0	0 0	Verschieben der Investitionsauszahlungen für die Dachsanierungs- und Brandschutzmaßnahmen an der Kunsthalle Hamburger Str. 267 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil (Installation einer Brandmeldeanlage) reduziert. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				VE 2023: 0	VE 2023 neu: 0	260.000		VE 2023 Veränderung: 260.000			
			BA FPA								
Brandschutzmaßnahmen Installation von Sicherheitsbeleuchtungen											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
154	4S.210088	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	CDU	bisher 2.139.357 neu 1.569.357 Veränderung -570.000	999.357 999.357	285.000 142.500	285.000 142.500	285.000 142.500	285.000 142.500	0 0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 142.500 EUR für die Installation und Sanierung von Sicherheitsbeleuchtungsanlagen zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Zu der Installation von Sicherheitsbeleuchtungen liegt ein ähnlicher Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156) , der die Verschiebung der Finanzrate 2021 in Höhe von 285.000 EUR zum Inhalt hat. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalaussschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
156 NEU - 4	4S.210088	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	AfD								
			bisher	2.139.357	999.357	285.000	285.000	285.000	285.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Installation und Sanierung von Sicherheitsbeleuchtungen auf 2025 ff Anmerkung der Verwaltung Das Projekt "Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung" ist Teil der Neutralen Liste, wo ein Teil des Ansatzes 2021 auf ein neues Einzelprojekt "GS/HS Pestalozzistraße / Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung" umgesetzt werden soll. Weiterhin liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor (FWI 154), der eine jährliche Kürzung um 142.500 EUR vorsieht. abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			neu	2.139.357	999.357	0	285.000	285.000	285.000	285.000	
			Veränderung	0	0	-285.000	0	0	0	285.000	
			BA FPA								
Brandschutzmaßnahmen GS Mascheroder Holz											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 9	4E.210320	GS Mascheroder Holz/Brandschutzmaßn.	AfD								
			bisher	430.948	20.948	410.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Brandschutzmaßnahmen an der GS Mascheroder Holz auf das Haushaltsjahr 2022 abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			neu	430.948	20.948	0	410.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-410.000	410.000	0	0	0	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Sanierung Großer Sitzungssaal - Rathaus-Altbau											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
153	4E.210279	Rathaus-Altb./Sanier. gr. Sitzungs.	CDU	bisher 210.000	0	210.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel durch Wegfall der Sanierungsmaßnahme des großen Sitzungssaales im Rathaus-Altbau Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156), der jedoch eine erneute Veranschlagung für 2022 vorsieht. abgelehnt 4/6/1 abgelehnt **)
				neu 0	0	0	0	0	0	0	
				Veränderung -210.000	0	-210.000	0	0	0	0	
			BA FPA								
156 NEU - 1	4E.210279	Rathaus-Altb./Sanier. gr. Sitzungs.	AFD	bisher 210.000	0	210.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Sanierung des Großen Sitzungssaales auf das Haushaltsjahr 2022 Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor (FWI 153), der jedoch keine erneute Veranschlagung beinhaltet. abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
				neu 210.000	0	0	210.000	0	0	0	
				Veränderung 0	0	-210.000	210.000	0	0	0	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Anbau und Sanierung Gebäude Dessaustraße											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 19a	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Anbau und die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße um ein Jahr (hier: Aufwendungen) Anmerkung der Verwaltung Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Kürzung der Finanzrate 2021 in Höhe von gesamt 50 TEUR vor (Nr. 23). Dieser Antrag müsste entsprechend zeitlich angepasst werden. abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	
		neu		850.000	0	0	150.000	350.000	350.000	0	
		Veränderung		0	0	-150.000	-200.000	0	350.000	0	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 19b	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	AfD								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Anbau und die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen) Anmerkung der Verwaltung Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Kürzung der Finanzrate 2021 in Höhe von gesamt 50 TEUR vor (Nr. 23). Dieser Antrag müsste entsprechend zeitlich angepasst werden. abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	
		neu		850.000	0	0	150.000	350.000	350.000	0	
		Veränderung		0	0	-150.000	-200.000	0	350.000	0	
				VE 2022:	350.000	VE 2022 neu:	150.000	VE 2022 Veränderung:	-200.000	0	
				VE 2023:	350.000	VE 2023 neu:	350.000	VE 2023 Veränderung:	0	0	
BA FPA											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Sanierung TG Packhof											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 21	4E.210171	Tiefgarage Packhof/ Sanierung	AfD								
			bisher	5.315.838	1.949.838	1.683.000	1.683.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für die Sanierung der Tiefgarage Packhof um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	5.315.838	1.949.838	0	1.683.000	1.683.000	0	0	
			Veränderung	0	0	-1.683.000	0	1.683.000	0	0	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 21	4E.210171	Tiefgarage Packhof/ Sanierung	AfD								
			bisher	638.464	638.464	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für die Sanierung der Tiefgarage Packhof um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	638.464	638.464	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Umsetzung von Energiesparmaßnahmen											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 2	4S.210049	FB 20: Umsetzung von Energiesparmaßn.	AfD								
			bisher	5.443.117	4.933.117	127.500	127.500	127.500	127.500	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen auf das Jahr 2025 ff
			neu	5.443.117	4.933.117	0	127.500	127.500	127.500	127.500	
			Veränderung	0	0	-127.500	0	0	0	127.500	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								
Einbau Amokanlagen in Schulen											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
156 NEU - 16	4S.210076	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	AfD								
			bisher	2.597.799	797.799	200.000	200.000	200.000	200.000	1.000.000	Verschieben der Finanzrate 2021 für den Einbau von Amokanlagen an Schulen auf 2025 ff (hier: Aufwendungen)
			neu	2.597.799	797.799	0	200.000	200.000	200.000	1.200.000	
			Veränderung	0	0	-200.000	0	0	0	200.000	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 16	4S.210076	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	AfD								Verschieben der Finanzrate 2021 für den Einbau von Amokanlagen an Schulen auf 2025 ff (hier: Investitionsauszahlungen) abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		1.271.935	1.271.935	0	0	0	0	0	
		neu		1.271.935	1.271.935	0	0	0	0	0	
		Veränderung		0	0	0	0	0	0	0	
sonstige Hochbaumaßnahmen											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
156 NEU - 20	4S.210003	FB 20.2: Instandh. Volkshochschule	AfD								Verschieben der Finanzrate 2021 für Instandhaltungen an den Gebäuden der Volkshochschule auf das Jahr 2025 ff abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
		bisher		566.403	335.203	57.800	57.800	57.800	57.800	0	
		neu		566.403	335.203	0	57.800	57.800	57.800	57.800	
		Veränderung		0	0	-57.800	0	0	0	57.800	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 3 zum Protokoll

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 321								
			bisher	5.653.300	4.653.300	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Sanierung des DGH Lamme, zuerst soll die Instandsetzung oder Erneuerung der Klimaanlage erfolgen Anmerkung der Verwaltung Die Gesamtkosten einer Sanierung werden auf rund 110.000 € geschätzt, davon entfallen rund 18.000 € auf die Klimaanlage. abgelehnt 1/9/1 Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt **)
			neu	5.763.300	4.653.300	268.000	342.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	110.000		18.000	92.000	0	0	0	
			BA								
			FPA								
	4S.210065	FB 20:Global Instandhaltung Schulen	SB 120								
			bisher	12.108.000	8.008.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € für 2021 für die Neugestaltung des Vorplatzes an der IGS im Stadtbezirk 120 abgelehnt 4/10/2 abgelehnt 1/5/4 Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt **)
			neu	12.118.000	8.008.000	1.035.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			SchA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
156 NEU - 6	4S.210099	FB 20: Abbrüche Grundvermögen (FB 65)	AfD								
			bisher	800.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für Abbruchmaßnahmen der Hochbauverwaltung auf 2025 ff
			neu	800.000	160.000	0	160.000	160.000	160.000	160.000	
			Veränderung	0	0	-160.000	0	0	0	160.000	
			BA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
150	5E.21 NEU	Taubenhäuser / Errichtung	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 60.600 EUR für 2021 für die Errichtung von Taubenhäusern an den Standorten Altstadtmarkt, Rathaus und Wallstraße
			neu	60.600	0	60.600	0	0	0	0	
			Veränderung	60.600		60.600	0	0	0	0	
			BA								Anmerkung der Verwaltung: Es liegt bereits eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 24) für die Errichtung von Taubenhäusern mit einem Kostenvolumen von 150.000 EUR vor, welche die Standorte Altstadtmarkt, Rathaus und Wallstraße als auch den Standort Studentenwohnheim am Rebenring beinhaltet. Sollte die Ansatzveränderung angenommen werden, so ist der Antrag der BIBS-Fraktion als erledigt anzusehen.
											für erledigt erklärt (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen																	
156 NEU - 7	5E.210116	Rathausneubau / Sanierung	AfD	bisher	24.700.000	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	6.000.000	12.700.000	<p>Verschieben der Finanzraten 2021-2024 für die Sanierung des Rathaus-Neubaus um jeweils ein Jahr</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Zu dem Projekt "Rathausneubau / Sanierung" liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 31) vor, die vorsieht eine Teilfinanzrate 2024 in Höhe von 1 Mio. EUR auf 2025 zu verschieben. Damit wäre dieser Antrag so nicht mehr umsetzbar.</p>																
				neu	24.700.000	0	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	4.000.000		18.700.000															
				Veränderung	0	0	-1.000.000	0	-3.000.000	-2.000.000	6.000.000																	
				<table border="1"> <tr> <td>VE 2022:</td> <td>1.000.000</td> <td>VE 2022 neu:</td> <td>1.000.000</td> <td>VE 2022 Veränderung:</td> <td>0</td> </tr> <tr> <td>VE 2023:</td> <td>4.000.000</td> <td>VE 2023 neu:</td> <td>1.000.000</td> <td>VE 2023 Veränderung:</td> <td>-3.000.000</td> </tr> <tr> <td>VE 2024:</td> <td>6.000.000</td> <td>VE 2024 neu:</td> <td>4.000.000</td> <td>VE 2024 Veränderung:</td> <td>-2.000.000</td> </tr> </table>		VE 2022:	1.000.000	VE 2022 neu:	1.000.000	VE 2022 Veränderung:	0		VE 2023:	4.000.000	VE 2023 neu:	1.000.000	VE 2023 Veränderung:	-3.000.000	VE 2024:	6.000.000	VE 2024 neu:	4.000.000	VE 2024 Veränderung:	-2.000.000				
				VE 2022:	1.000.000	VE 2022 neu:	1.000.000	VE 2022 Veränderung:	0																			
VE 2023:	4.000.000	VE 2023 neu:	1.000.000	VE 2023 Veränderung:	-3.000.000																							
VE 2024:	6.000.000	VE 2024 neu:	4.000.000	VE 2024 Veränderung:	-2.000.000																							
BA										<p>abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)</p>																		
FPA																												
156 NEU - 8	5E.210161	Jugendamt Eiermarkt 4-5/Einb. Aufzugsanl	AfD	bisher	280.000	50.000	230.000	0	0	0	0	<p>Verschieben der Finanzraten 2021 für den Einbau einer Aufzugsanlage in das Jugendamt (Gebäude Eiermarkt 4-5) auf 2022</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Zu dem Projekt "Jugendamt Eiermarkt 4-5/Einb. Aufzugsanl liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 32) vor, die vorsieht die Finanzrate 2021 um 120.000 EUR zu erhöhen. Dieser Antrag müsste dann entsprechend zeitlich angepasst werden.</p>																
				neu	280.000	50.000	0	230.000	0	0	0		0															
				Veränderung	0	0	-230.000	230.000	0	0	0		0															
				BA										<p>abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)</p>														
				FPA																								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	5S.210004	Global-Baumaßnahmen	SB 331								
			bisher	1.620.800	1.420.800	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2021 für die Errichtung einer barrierefreien ökologischen Trockentoilette (z.B. Modell KAZUBA Kl. 2) am Nordufer des Ölper Sees, hiervon sollen 10.000 EUR über den Haushalt 2021 und 10.000 EUR über die Mittel des Stadtbezirksrates 331 selbst finanziert werden Anmerkung der Verwaltung Die Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates werden im Ist im Laufe des Jahres 2021 bereitgestellt. abgelehnt 4/6/1 abgelehnt **)
			neu	1.630.800	1.420.800	60.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			BA FPA								
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft											
	27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
157	5S.410013	Global-Sachanl. FB 41 intern	DIE LINKE								
			bisher	345.500	203.500	91.000	5.000	41.000	5.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 für die Ersatzbeschaffung des Quadriga-Kassenautomates, die Beschaffung soll durch die Stiftung Residenzschloss Braunschweig erfolgen oder entfallen Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt 2/8/1 abgelehnt **)
			neu	295.500	203.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	-50.000		-50.000	0	0	0	0	
			AfKW FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
148	NEU: 4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.	BIBS	bisher	148.000	148.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Vereinsheim des Allgemeinen Gehörlosenvereins von 1886 zu Braunschweig e. V. (Leonhardplatz 12) Anmerkung der Verwaltung: Es handelt sich um kein städtisches Gebäude, so dass die Stadt baulich nicht zuständig ist und ein Zuschuss zu gewähren wäre. Verwiesen an den Bauausschuss abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)	
				neu	178.000	148.000	30.000	0	0	0		
				Veränderung	30.000		30.000	0	0	0		
				AfSG BA FPA								
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege												
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
158 a	4S.000016	Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE	bisher	350.700	217.500	33.300	33.300	33.300	33.300	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2021-2024 für die Bezuschussung privater Denkmäler Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 2/11/0 abgelehnt **)
				neu	217.500	217.500	0	0	0	0		
				Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300		
				PIUA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
158 b	4S.000016	Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE								
			bisher	1.053.000	653.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2021-2024 für die Bezuschussung privater Denkmäler
			neu	653.000	653.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	Anmerkung der Verwaltung: Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA								abgelehnt 2/11/0
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Teilhaushalt 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau</p> <p>Ausbau und Schließung Ringgleis</p>											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-230.000		0	0	0	-230.000	0	
159	5E.000007 (alt: 5E.610028)	Ringgleis / Ausbau und Schließung	CDU								
			bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	Verschieben der Finanzraten für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden. Zu diesem Projekt liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor. Die Ansatzveränderung passt die Finanzraten an den Beschluss über das Maßnahmenprogramm im PIUA (DS 20-14402) an . Es erfolgen Verschiebungen von Teilfinanzraten 2021-2022 auf 2023 -2025. Weiterhin liegt ein Kürzungsantrag der FDP-Fraktion (Nr. 160) zum Ausbau und zur Schließung des Ringgleises vor. Der Antrag beinhaltet den Wegfall einer Teilmaßnahme ("gelbe Beschichtung") Zu diesem Antrag liegt eine Anmerkung der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
			neu	14.590.730	5.590.730	0	0	3.000.000	3.000.000	3.000.000	
			Veränderung	0		-3.000.000	-3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	
						VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-3.000.000
						VE 2023:	1.500.000	VE 2023 neu:	3.000.000	VE 2023 Veränderung:	1.500.000
						VE 2024:	1.500.000	VE 2024 neu:	3.000.000	VE 2024 Veränderung:	1.500.000
			PIUA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen		
160 160 NEU	5E.000007 (alt: 5E.610028)	Ringgleis / Ausbau und Schließung	FDP	bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 631.000 EUR für 2021-2024 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises (Verzicht auf die gelbe Beschichtung) Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Projekt liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor. Die Ansatzveränderung passt die Finanzraten an den Beschluss über das Maßnahmenprogramm im PIUA (DS 20-14402) an. Der FDP-Antrag basiert auf den Ansatzveränderungen der Verwaltung und streicht lediglich eine Teilmaßnahme. Weiterhin liegt ein Antrag der CDU-Fraktion (Nr. 159) vor, der eine Verschiebung der Finanzraten 2021 und 2022 auf die Folgejahre vorsieht. Zu diesem Antrag liegt eine Anmerkung der Verwaltung vor (siehe Anlage 6) passieren lassen Der Antrag Nr. 160 wird von der FDP Fraktion in der Form geändert, dass nur für 2024 Haushaltsmittel eingespart werden sollen (Verzicht auf die gelbe Markierung) angenommen 12/0/1	
				neu	13.959.730	5.590.730	2.728.000	2.914.000	1.457.000	1.270.000	0		
				Veränderung	-631.000		-272.000	-86.000	-43.000	-230.000	0		
				VE 2022:		3.000.000	VE 2022 neu:	2.914.000	VE 2022 Veränderung:	-86.000			
				VE 2023:		1.500.000	VE 2023 neu:	1.457.000	VE 2023 Veränderung:	-43.000			
				VE 2024:		1.500.000	VE 2024 neu:	1.270.000	VE 2024 Veränderung:	-230.000			
				PIUA	-631.000	0	-272.000	-86.000	-43.000	-230.000	0		
				bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0		
				neu	14.360.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.270.000	0		
				Veränderung	-230.000		0	0	0	-230.000	0		
VE 2022:		3.000.000	VE 2022 neu:	3.000.000	VE 2022 Veränderung:	0							
VE 2023:		1.500.000	VE 2023 neu:	1.500.000	VE 2023 Veränderung:	0							
VE 2024:		1.500.000	VE 2024 neu:	1.270.000	VE 2024 Veränderung:	-230.000							
FPA	-230.000	0	0	0	0	-230.000	0						

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
sonstige Grünbaumaßnahmen											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
161	5E.000003 (alt: 5E.610004)	Westpark 2. BA	CDU	bisher 1.800.372 neu 1.800.372 Veränderung 0	180.372 180.372	30.000 0 -30.000	100.000 0 -100.000	0 30.000 30.000	1.490.000 100.000 -1.390.000	0 1.490.000 1.490.000	<p>Verschieben von Finanzraten für die Umsetzung des 2. BA des Westparks um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)</p>
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	30.000	VE 2023 Veränderung:		30.000	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	100.000	VE 2024 Veränderung:		100.000	
				PIUA FPA							
162	5E.000004 (alt: 5E.610010)	Gew-geb.Rautheim-Nord/Erschl.	CDU	bisher 713.499 neu 713.499 Veränderung 0	85.499 85.499	0 0 0	220.000 0 -220.000	272.000 0 -272.000	136.000 220.000 84.000	0 408.000 408.000	<p>Verschieben der Finanzraten für die Erschließung des Gewerbegebietes Rautheim-Nord um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)</p>
				VE 2023:	272.000	VE 2023 neu:	0	VE 2023 Veränderung:		-272.000	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	220.000	VE 2024 Veränderung:		220.000	
				PIUA FPA							

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
163	5E.000010 (alt: 5E.610032)	Stadthalle / Umgest. Umfeld	CDU	bisher	5.300.000	500.000	500.000	2.000.000	2.300.000	0	0	Verschieben der Finanzraten für die Umgestaltung des Stadthallenumfeldes um zwei Jahre sowie Reduzierung der Gesamtkosten um 20% zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen und Kürzungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
				neu	4.340.000	500.000	0	0	400.000	1.600.000	1.840.000	
				Veränderung	-960.000		-500.000	-2.000.000	-1.900.000	1.600.000	1.840.000	
				VE 2022:	2.000.000		VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-2.000.000		
				VE 2023:	2.300.000		VE 2023 neu:	400.000	VE 2023 Veränderung:	-1.900.000		
			VE 2024:	0		VE 2024 neu:	1.600.000	VE 2024 Veränderung:	1.600.000			
164	5E.000014 (alt 5E.610036)	Innenstadt / Neubau Pocket-Park	FDP	bisher	650.000	50.000	600.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für den Neubau eines Pocket-Parkes, da das Projekt zurückgestellt werden soll Anmerkung der Verwaltung Zu dem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
				neu	50.000	50.000	0	0	0	0	0	
				Veränderung	-600.000		-600.000	0	0	0	0	
				PIUA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation												
Sanierungsgebiet Bahnstadt												
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
165 a	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	CDU	bisher	15.066.400	666.700	933.300	933.300	1.933.300	1.933.300	8.666.500	Verschieben der Erträge für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
				neu	15.066.400	666.700	0	0	933.300	933.300	12.533.100	
				Veränderung	0	-933.300	-933.300	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	3.866.600	
			PIUA FPA									
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
165 b	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	CDU	bisher	25.115.092	1.115.292	1.600.000	1.600.000	3.400.000	3.400.000	13.999.800	Verschieben der Aufwendungen für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können Verpflichtungsermächtigungen nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
				neu	25.115.092	1.115.292	0	0	1.600.000	1.600.000	20.799.800	
				Veränderung	0	-1.600.000	-1.600.000	-1.800.000	-1.800.000	-1.800.000	6.800.000	
			PIUA FPA									

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
165 c	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	CDU	bisher 3.266.700 neu 3.266.700 Veränderung 0	333.300 333.300	466.700 0 -466.700	466.700 0 -466.700	1.000.000 466.700 -533.300	1.000.000 466.700 -533.300	0 2.000.000 2.000.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
165 d	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	CDU	bisher 4.900.000 neu 4.900.000 Veränderung 0	500.000 500.000	700.000 0 -700.000	700.000 0 -700.000	1.500.000 700.000 -800.000	1.500.000 700.000 -800.000	0 3.000.000 3.000.000	Verschieben der Investitionsauszahlungen für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können Verpflichtungsermächtigungen nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6). abgelehnt 4/9/0 abgelehnt **)
				VE 2022: 700.000 VE 2023: 1.500.000 VE 2024: 1.500.000		VE 2022 neu: 0 VE 2023 neu: 700.000 VE 2024 neu: 700.000		VE 2022 Veränderung: -700.000 VE 2023 Veränderung: -800.000 VE 2024 Veränderung: -800.000			
			PIUA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr</p> <p>Sanierung und Neuordnung der Nebenanlagen Bienroder Weg</p>											
<p>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p>				600.000		600.000	0	0	0	0	
166	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 585.000 EUR für 2021 für die weitere Ausplanung der Neuordnung von Fuß- und Radverkehrsanlagen auf dem Bienroder Weg für die Abschnitte 1-9 (DS 19-12245); alternativ können gemäß Vorschlag der Verwaltung zunächst die mit den größten Defiziten beurteilten Abschnitte 2,3 und 4 geplant werden Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (Nr. 167). Die von der Fraktion DIE LINKE beantragten 210.000 EUR für die Vorplanung der Abschnitte 2-4 sind in den von der BIBS-Fraktion beantragten 585.000 EUR enthalten und werden von der BIBS-Fraktion als alternative Lösung vorgeschlagen. abgelehnt 3/10/0 abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
			neu	585.000	0	585.000	0	0	0	0	
			Veränderung	585.000		585.000	0	0	0	0	
			PIUA								
			BA								
			FPA								
167	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	DIE LINKE								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 210.000 EUR für 2021 für die Detailplanung des Umbaus des Bienroder Weges gemäß dem Konzept zur baulichen Neuordnung der Fuß- und Radverkehrsanlagen (Abschnitte 2-4 aus DS 19-12245) Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion über die Vorplanung der Abschnitte 1-9 vor (Nr. 166). Die von der Fraktion DIE LINKE beantragten 210.000 EUR für die Vorplanung der Abschnitte 2-4 sind in den von der BIBS-Fraktion beantragten 585.000 EUR enthalten und werden von der BIBS-Fraktion als alternative Lösung vorgeschlagen. abgelehnt 3/10/0 abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
			neu	210.000	0	210.000	0	0	0	0	
			Veränderung	210.000		210.000	0	0	0	0	
			PIUA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
168	4E.66 NEU	Bienroder Weg (zw. Gewerbegeb. u. Wodanstraße)/Sanierung Nebenanlagen	SPD								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für die Sanierung der Nebenanlagen des Bienroder Weges (Realisierung des 3. Bereiches zwischen Einmündung Gewerbegebiet und Wodanstraße)
			neu	600.000	0	600.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	
			PIUA	<u>600.000</u>		<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9/4/0
			BA	<u>600.000</u>		<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/3/0
			FPA	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
Förderprogramm Lastenräder											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	
169	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN								
			bisher	100.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm für die Anschaffung von Lastenrädern (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)
			neu	220.000	20.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			PIUA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen 9/4/0
			BA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen 7/3/0
			FPA	<u>120.000</u>	<u>0</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen 8/5/0
170	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	SPD								
			bisher	100.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm Lastenräder (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)
			neu	220.000	20.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			PIUA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen 9/4/0
			BA	<u>120.000</u>		<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	angenommen 7/3/0
			FPA								abgelehnt 8/5/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
Pilot-Velorouten Raffturm bis Schöppenstedter Turm												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
175	3E.66 NEU	Raffturm bis Schöppenstedter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	DIE LINKE	bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 für die Planung einer Pilot-Veloroute vom Raffturm über Madamenweg, südlichen Wallring, Bohlweg, Helmstedter Straße bis zum Schöppenstedter Turm; die Anbindung der Innenstadt soll dabei sowohl aus Richtung Westen (Altstadtmarkt) als auch aus Richtung Osten (Bohlweg) gewährleistet sein Anmerkung der Verwaltung: Es liegen ähnliche Anträge der BIBS-Fraktion (Anträge 173, 174 und 176) vor. Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE alle drei Anträge der BIBS-Fraktion ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). passieren lassen passieren lassen (10/0/0) Antrag wird von der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen	
				neu 50.000	0	50.000	0	0	0	0		
				Veränderung 50.000		50.000	0	0	0	0		
				PIUA	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
				BA	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
				FPA								
173	3E.66NEU	Bohlweg bis Schöppenstädter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	BIBS	bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung einer Pilot-Veloroute Bohlweg - Helmstedter Str. - Schöppenstädter Turm Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr. 175) vor. Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion (Nr. 173, 174 und 176) ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). passieren lassen passieren lassen (10/0/0) Antrag wird von der BIBS-Fraktion zurückgezogen	
				neu 30.000	0	30.000	0	0	0	0		
				Veränderung 30.000		30.000	0	0	0	0		
				PIUA	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
				BA	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
				FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
174	3E.66 NEU	Raffurm bis südlicher Wallring / Vorplanung Pilot-Veloroute	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Veloroute Raffurm - Madamenweg - Altstadtmarkt, Innenstadterschließung über den südlichen Wallring; die Detailplanung soll sich an den Vorschlägen der Radfahrverbände vom 16.09.2020 orientieren, die näheren Ausplanungen der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt -Hohetor-Madamenweg können hierbei mit in diese Planung als Teilstück einfließen Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr. 175) vor. Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion (Nr. 173, 174 und 176) ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). passieren lassen passieren lassen (10/0/0) Antrag wird von der BIBS-Fraktion zurückgezogen
			neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	
			PIUA	<u>200.000</u>	0	<u>200.000</u>	0	0	0	0	
			BA	<u>200.000</u>	0	<u>200.000</u>	0	0	0	0	
			FPA								
176	3E.66NEU	Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg / Vorplanung Radwegeverbindung	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg für den Radverkehr; die Ausplanung soll insbesondere berücksichtigen, wie unter Einbeziehung der Sonnenstraße, der Anpassung der Knotenpunkte und der Reduzierung des Kfz-Verkehrs auf ganzer Länge zwischen Altstadtring und Altstadtmarkt der Radverkehr künftig in diesem Bereich attraktiv und leistungsfähig mit einem deutlich verringerten Kfz-Verkehr abzuwickeln ist Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr.175) vor. Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion Nr. 173, 174 und 176 ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. passieren lassen passieren lassen (10/0/0) Antrag wird von der BIBS-Fraktion zurückgezogen
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
			PIUA	<u>30.000</u>	0	<u>30.000</u>	0	0	0	0	
			BA	<u>30.000</u>	0	<u>30.000</u>	0	0	0	0	
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Neubau E-Radschnellweg BS-Lehre-WOB											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
184 a	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	CDU	bisher 4.762.500 neu 4.762.500 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	187.500 0 -187.500	4.575.000 4.762.500 187.500	<p>Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt 3/7/1 abgelehnt **)</p>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
184 b	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	CDU	bisher 6.810.000 neu 6.810.000 Veränderung 0	360.000 360.000 0	0 0 0	50.000 0 -50.000	50.000 0 -50.000	250.000 50.000 -200.000	6.100.000 6.400.000 300.000	<p>Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.</p> <p>Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt 3/7/1 abgelehnt **)</p>
				VE 2022:	50.000	VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-50.000		
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	VE 2024 Veränderung:	50.000		
				PIUA		BA		FPA			

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
sonstige Maßnahmen zum Radverkehr											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
171	3S.66 NEU	Radwege an der L473 und der L611 f/ Vorplanung	BIBS	bisher 0 neu 70.000 Veränderung 70.000	0 0 0	0 70.000 70.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und an der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel) Anmerkung der Verwaltung: Für die Vorplanung des Radweges an der L611 liegt zudem ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (Nr. 172) Anmerkung Bauausschuss: Es wird auf die Beschlüsse des Planungsausschusses zur Vorlage "21-15140" verwiesen. Anmerkung der Verwaltung: Hierzu liegt eine neue Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt 1/11/1 passieren lassen (11/0/0) abgelehnt **)
			PIUA BA FPA	<u>70.000</u>	<u>0</u>	<u>70.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
172	3E.66 NEU	Radweg L611 / Vorplanung	DIE LINKE	bisher 0 neu 35.000 Veränderung 35.000	0 0 0	0 35.000 35.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Radweges an der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel) Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein weitergehender Antrag der BIBS-Fraktion vor (Nr. 171) . Anmerkung Bauausschuss: Es wird auf die Beschlüsse des Planungsausschusses zur Vorlage "21-15140" verwiesen. Anmerkung der Verwaltung: Hierzu liegt eine neue Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt 1/11/1 passieren lassen (11/0/0) abgelehnt **)
			PIUA BA FPA	<u>35.000</u>	<u>0</u>	<u>35.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
177	3E.66 NEU	Querumer Kreisel bis Berliner Str. / Vorplanung Stadtteilverbindungen Radverkehr	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Radverkehrsanlagen zur Realisierung einer Stadtteilverbindung Querumer Kreisel - Bevenroder Str. - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Str. Anmerkung der Verwaltung Ein Konzept für diesen Bereich ist bereits finanziert und in Arbeit. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6). abgelehnt 5/8/0 abgelehnt 3/8/0
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
			PIUA								
			BA								
178	3E.66 NEU	Kanzlerfeld-Watenbüttel / Vorplanung Lückenschluss Radwegeverbindung	DIE LINKE								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Lückenschlusses für eine Radwegeverbindung zwischen Watenbüttel und Kanzlerfeld auf existierenden landwirtschaftlichen Wegen abgelehnt 5/8/0 abgelehnt 3/8/0 abgelehnt **)
			neu	60.000	0	60.000	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	0	
			PIUA								
			BA								
			FPA								
	4S.660006	Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 321								
			bisher	22.598.200	17.398.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Instandsetzung der Fuß-/Radwegverbindung zwischen Ölper und Watenbüttel, im Bereich zwischen Ortsausgang Ölper und Bahnübergang Anmerkung der Verwaltung Die geschätzten Sanierungskosten für den 850 m langen Radwegeabschnitt belaufen sich auf ca. 130.000 EUR. abgelehnt 2/11/0 abgelehnt 3/8/0 abgelehnt **)
			neu	22.728.200	17.398.200	1.430.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	130.000		130.000	0	0	0	0	
			PIUA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerungen											
Straßenerneuerung Querumer Straße											
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112								
			bisher	1.300.000	0	0	0	0	0	1.300.000	
			neu	1.300.000	0	0	0	1.000.000	300.000	0	
			Veränderung	0		0	0	1.000.000	300.000	-1.300.000	
											<p>Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff;</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden;</p> <p>die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich ab 2022 möglich.</p> <p>Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden</p> <p>Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.</p> <p>abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)</p>
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	SB 112								
			bisher	3.500.000	0	0	0	0	0	3.500.000	Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff; Anmerkung der Verwaltung: Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden; die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich ab 2022 möglich. Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden. Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			neu	3.500.000	0	350.000	0	2.000.000	1.150.000	0	
			Veränderung	0		350.000	0	2.000.000	1.150.000	-3.500.000	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Straßenerneuerung Alte Frankfurter Straße											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
189 a	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	CDU	bisher 2.000.000 neu 2.000.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	2.000.000 2.000.000 0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
189 b	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	CDU	bisher 2.000.000 neu 2.000.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	2.000.000 2.000.000 0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
189 c	5E.660075	Alte Frankfurter Straße/Straßenerneuerung	CDU	bisher 6.100.000 neu 6.100.000 Veränderung 0	0 0 -100.000	100.000 0 -100.000	0 0 0	0 100.000 100.000	2.000.000 0 -2.000.000	4.000.000 6.000.000 2.000.000	Verschieben der Finanzraten für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	100.000	VE 2023 Veränderung:		100.000	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Aufstellung zusätzlicher Beleuchtungsanlagen											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 213								
			bisher	2.940.900	2.095.900	155.000	230.000	230.000	230.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 95.000 € für 2021 für die Beleuchtung des Rad- und Fußweges an der Salzdahlemer Straße ab der Einmündung Jägersruh, Mascherode bis zur Einmündung in die Griegstraße (siehe auch Vorlage 19-10336-01)
			neu	3.035.900	2.095.900	250.000	230.000	230.000	230.000	0	
			Veränderung	95.000		95.000	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 1/9/1
			FPA								abgelehnt **)
Verkehrliche Umgestaltung Ortsteil Watenbüttel											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			150.000		0	0	150.000	0	0	
	5E.66 NEU	OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	SB 321								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel
			neu	150.000	0	0	0	150.000	0	0	
			Veränderung	150.000		0	0	150.000	0	0	
			BA	<u>150.000</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6/5/0
			FPA	<u>150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				660.000		60.000	0	600.000	0	0	
	5E.66 NEU	OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	SB 321								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel
			neu	660.000	0	60.000	0	600.000	0	0	
			Veränderung	660.000		60.000	0	600.000	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Aus dem Antrag ist nicht erkennbar, welche Art von Verkehrsberuhigung gemeint ist, in welchem Bereich diese erfolgen und welchen Umfang diese haben soll. Denkbar wäre, in Anlehnung an eine frühere Ausbauplanung für die gesamte Ortsdurchfahrt den südlichen Ortseingangsbereich umzugestalten, um die Ortseingangssituation besser und eindeutiger wahrnehmbar zu machen. Bei einer Planung in 2021 (Planungsmittel ca. 60.000 €) wäre ein Förderantrag für die integrierten Bushaltestellen in 2022 und ein Bau in 2023 möglich. Die Baukosten liegen grob geschätzt bei ca. 600.000 €; die Einnahmeerwartung bei ca. 150.000 €.
			BA	<u>660.000</u>		<u>60.000</u>	<u>0</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 6/5/0
			FPA	<u>660.000</u>	<u>0</u>	<u>60.000</u>	<u>0</u>	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Umbau Verkehrsführung Meinhardshof											
19				Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-500.000	0	0	0	-500.000	0	
185 a	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	CDU								
			bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Nr. 59) sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. Bauausschuss: Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
			neu	500.000	0	0	0	0	0	500.000	
			Veränderung	0	0	0	0	0	-500.000	500.000	
neu			bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000	0	0	0	0	-500.000	0	
			BA	-500.000	0	0	0	0	-500.000	0	
			FPA	-500.000	0	0	0	0	-500.000	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				-139.000		0	0	0	-139.000	0	
185 b	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshot/Umbau	CDU								
			bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Nr. 59) sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. Bauausschuss: Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
			neu	139.000	0	0	0	0	0	139.000	
			Veränderung	0	0	0	0	0	-139.000	139.000	
			bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-139.000	0	0	0	0	-139.000	0	
			BA	-139.000	0	0	0	0	-139.000	0	
			FPA	-139.000	0	0	0	0	-139.000	0	
neu											angenommen 9/1/1 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.750.000		-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0	
185 c	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshot/Umbau	CDU								
			bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	Verschieben der Finanzraten für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshot um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	2.750.000	0	0	0	350.000	0	2.400.000	
			Veränderung	0		-350.000	0	-1.250.000	-800.000	2.400.000	
				<u>VE 2023:</u>	<u>0</u>	<u>VE 2023 neu:</u>	<u>350.000</u>	<u>VE 2023 Veränderung:</u>		<u>350.000</u>	Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Die Ansatzveränderungen der Verwaltung sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. Bausschuss: Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
			bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.750.000		-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0	
				<u>VE 2023:</u>	<u>0</u>	<u>VE 2023 neu:</u>	<u>0</u>	<u>VE 2023 Veränderung:</u>		<u>0</u>	
			BA	<u>-2.750.000</u>	<u>0</u>	<u>-350.000</u>	<u>0</u>	<u>-1.600.000</u>	<u>-800.000</u>	<u>0</u>	angenommen 9/1/1
			FPA	<u>-2.750.000</u>	<u>0</u>	<u>-350.000</u>	<u>0</u>	<u>-1.600.000</u>	<u>-800.000</u>	<u>0</u>	angenommen **)
neu											

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Umbau Sonnenstr.-Am Hohen Tore											
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
186 a	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	CDU	bisher 900.000 neu 900.000 Veränderung 0	0 0 0	0 0 0	675.000 0 -675.000	225.000 0 -225.000	0 675.000 675.000	0 225.000 225.000	<p>Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)</p>
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
186 b	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	CDU	bisher 2.750.000 neu 2.750.000 Veränderung 0	0 0 0	250.000 0 -250.000	2.500.000 0 -2.500.000	0 250.000 250.000	0 2.500.000 2.500.000	0 0 0	<p>Verschieben der Finanzraten für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.</p> <p>Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.</p> <p>abgelehnt 4/9/0 abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)</p>
				VE 2022: 2.500.000	VE 2022 neu: 0	VE 2022 Veränderung: -2.500.000					
				VE 2023: 0	VE 2023 neu: 250.000	VE 2023 Veränderung: 250.000					
				VE 2024: 0	VE 2024 neu: 2.500.000	VE 2024 Veränderung: 2.500.000					
				PIUA	BA	FPA					

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Umgestaltung Hagenmarkt											
20 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
195 a	5E.660142	FB 66:Hagenmarkt / Umgestaltung	FDP								
			bisher	400.000	0	0	0	350.000	50.000	0	geringere Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) in Höhe von 0,4 Mio. EUR für 2023-2024 zur Umgestaltung des Hagenmarktes, da das Projekt insgesamt zurückgestellt werden soll, bis zu einem späteren Zeitpunkt ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind und/oder notwendige Straßenbauarbeiten zu tätigen sind. Anmerkung der Verwaltung: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. abgelehnt 0/12/1 abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		0	0	-350.000	-50.000	0	
			PIUA								
			BA								
			FPA								
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
195 b	5E.660142	FB 66:Hagenmarkt / Umgestaltung	FDP								
			bisher	3.250.000	750.000	50.000	500.000	1.950.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2,5 Mio. € für 2021-2024 zur Umgestaltung des Hagenmarktes, da das Projekt insgesamt zurückgestellt werden soll, bis zu einem späteren Zeitpunkt ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind und/oder notwendige Straßenbauarbeiten zu tätigen sind. Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. abgelehnt 0/12/1 abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)
			neu	750.000	750.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.500.000		-50.000	-500.000	-1.950.000	0	0	
				VE 2022:	500.000	VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-500.000		
				VE 2023:	1.950.000	VE 2023 neu:	0	VE 2023 Veränderung:	-1.950.000		
			PIUA								
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Neubau Park + Ride Donaustraße											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
188 a	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	CDU								
			bisher	300.000	0	0	0	0	0	300.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	300.000	0	0	0	0	0	300.000	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			BA								abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
			FPA								
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
188 b	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	CDU								
			bisher	650.000	100.000	0	0	50.000	0	500.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	650.000	100.000	0	0	0	0	550.000	
			Veränderung	0	0	0	0	-50.000	0	50.000	
			BA								abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Brückenbaumaßnahmen											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0
187	4E.660017	Brücke Donaustraße / Sanierung	CDU	bisher 640.000	0	40.000	600.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten für die Sanierung der Brücke Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				neu 640.000	0	0	0	40.000	600.000	0	
				Veränderung 0		-40.000	-600.000	40.000	600.000	0	
26				Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	
190	5E.660113	Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch./Ersatz	CDU	bisher 680.000	0	0	0	0	80.000	600.000	Verschieben der Finanzraten 2024 /2025 für den Ersatzbau der Mühlenbrücke Bienrode ü. d. Schunter um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig. Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
				neu 680.000	0	0	0	0	0	680.000	
				Veränderung 0		0	0	0	-80.000	80.000	
					BA						
					FPA						

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 3 zum Protokoll

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
191	5E.660137	Schunterbrücke Bienrode/Ersatzneubau	CDU	bisher	1.800.000	0	0	0	0	200.000	1.600.000	<p>Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Bienrode um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.</p> <p>abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)</p>
				neu	1.800.000	0	0	0	0	0	1.800.000	
				Veränderung	0	0	0	0	-200.000	200.000		
				BA FPA								
192	5E.660155	Schunterbrücke Dibbesdorf/Ersatzneubau	CDU	bisher	2.530.000	0	0	0	0	230.000	2.300.000	<p>Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Dibbesdorf um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.</p> <p>abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)</p>
				neu	2.530.000	0	0	0	0	0	2.530.000	
				Veränderung	0	0	0	0	-230.000	230.000		
				BA FPA								
193	5E.660156	Schunterbrücke Thune/Ersatzneubau	CDU	bisher	2.400.000	0	0	0	0	300.000	2.100.000	<p>Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Thune um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.</p> <p>abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)</p>
				neu	2.400.000	0	0	0	0	0	2.400.000	
				Veränderung	0	0	0	0	-300.000	300.000		
				BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Baumaßnahmen zu Bushaltestellen											
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0		0	0	0	0	0	
	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SB 321								
			bisher	3.039.612	1.739.612	400.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Einzahlungen (hier Zuwendungen) für die Schaffung beleuchteter und wettergeschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen
			neu	2.739.612	1.739.612	400.000	300.000	*)	300.000	0	
			Veränderung	-300.000		0	0	*)	0	0	
											<p>Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtrichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtrichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut.</p> <p>Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen.</p>
											<p>abgelehnt 0/8/3 abgelehnt **)</p>
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SB 321								
			bisher	6.040.721	3.440.721	800.000	600.000	600.000	600.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung beleuchteter und wettergeschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtrichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtrichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut. Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen. abgelehnt 0/8/3 abgelehnt **)
			neu	6.540.721	3.440.721	800.000	600.000	1.100.000	600.000	0	
			Veränderung	500.000		0	0	500.000	0	0	
			BA FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
<p>Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen</p> <p>Die Straßenausbaubeiträge sollen abgeschafft werden. Hierzu liegt ein Antrag der BIBS-Fraktion und ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Da der Antrag der BIBS-Fraktion keine Kompensation beinhaltet, ist dieser Antrag in der Berechnung der finanziellen Belastung berücksichtigt worden. Eine der Anträge ist abzulehnen.</p> <p>Antraa der BIBS-Fraktion</p>											
10				Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	
180 a	diverse Projekte		BIBS								
			bisher	1.000.000	0	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen;
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung:
			Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								abgelehnt 1/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
180 b	diverse Projekte		BIBS								
			bisher	57.182.460	36.410.260	2.517.200	2.675.000	2.591.000	2.189.000	10.800.000	geringere Investitionseinzahlungen durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen;
			neu	36.410.260	36.410.260	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000	Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								abgelehnt 1/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
----------	------------------------	-------------------	-----------	----------------------	----------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------

Antrag der FDP-Fraktion

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0							
-----------	--	--	--	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	--

181 a	diverse Projekte	FDP	bisher	1.000.000	0	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - vgl. FWE 146 Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BIBS" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150) abgelehnt 1/9/1 abgelehnt **)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0	
			BA								
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
20				Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	
181 b	diverse Projekte		FDP								
			bisher	57.182.460	36.410.260	2.517.200	2.675.000	2.591.000	2.189.000	10.800.000	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - vgl. FWE 146 Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BIBS" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			neu	36.410.260	36.410.260	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000	
			BA								abgelehnt 1/9/1
			FPA								abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
sonstige Tiefbaumaßnahmen												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		30.000	30.000	0	0	0	0	
182	3E.66 NEU	Park-and-Ride /Überarbeitung Konzept	SPD	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Überarbeitung des Park-and-Ride-Konzeptes der Stadt Braunschweig	
				neu	30.000	0	30.000	0	0	0		
				Veränderung	30.000	30.000	0	0	0	0		
				BA							abgelehnt 5/5/1	
				FPA	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>30.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		angenommen 7/4/2
	3E.66 NEU	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	SB 114	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR für 2021 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerloch für eine klare und eindeutige Verkehrsführung (nach dem Vorbild des neuen Kreisverkehrs Schapen)	
				neu	25.000	0	25.000	0	0	0		
				Veränderung	25.000	25.000	0	0	0	0		
				BA							abgelehnt 0/8/3 abgelehnt **)	
				FPA								
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 132	bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 20.000 EUR in 2021 für den Bau eines Sitz- und Aufenthaltsbereiches (vgl. Parklets CITYDECKS) auf dem Gehweg vor der Begegnungsstätte Böcklerstraße 232	
				neu	1.720.000	900.000	220.000	200.000	200.000	200.000		
				Veränderung	20.000	20.000	0	0	0	0		
				BA							abgelehnt 4/5/2 abgelehnt **)	
				FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 213								
			bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung der Planungen zur Verkehrsberuhigung an der Kreuzung Möncheweg/Alte Kirchstraße gem. Vorlage 20-13930; sofern Teile der Umsetzung nicht durch den Dienstleistungsvertrag mit der Firma BELLIS abgedeckt sind Anmerkung der Verwaltung: Wie in der in Bezug genommenen Vorlage DS 20-13930 dargestellt, ist die (inzwischen bereits erfolgte) „Markierung von Sperrflächen und das Aufstellen von Beschilderung [...]“ über den Dienstleistungsvertrag mit der Firma BELLIS gedeckt. Da keine weiteren Maßnahmen vorgesehen sind, werden keine Haushaltsmittel für dieses Projekt benötigt. Der Antrag wird damit als erledigt angesehen.
			neu	1.500.000	900.000	*)	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			BA FPA								für erledigt erklärt abgelehnt **)
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	
	4S.670021	Grüninstand, Kinderspielplätze	SB 131								
			bisher	3.318.400	2.390.400	232.000	232.000	232.000	232.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR in 2021 für die Beleuchtung der Spiel- und Bolzplätze im SB 131.
			neu	3.343.400	2.390.400	257.000	232.000	232.000	232.000	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			GA FPA								abgelehnt 0/11/0 abgelehnt **)
196	4S.670053	FB 67: Park- /Grünanlagen/Opt. Nutz.	CDU								
			bisher	750.000	250.000	500.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Optimierung der Nutzung von Park- und Grünanlagen zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	650.000	250.000	400.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-100.000		-100.000	0	0	0	0	
			SpA FPA								abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	4S.670061	FB 67: Global Instandh. Grünflächen	SB 321								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Sanierung und Aufwertung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper
			neu	70.000	0	70.000	0	0	0	0	
			Veränderung	70.000		70.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten werden von der Verwaltung auf 70.000 € geschätzt.
			GA								abgelehnt 0/9/2
			FPA								abgelehnt **)
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0	0	0	-250.000	250.000	0	0	
197	5E.670073	Dirtparcours /Errichtung	CDU								
			bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR in 2022 für die Errichtung eines Dirtparcours zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig; die Maßnahme soll gestrichen werden
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-300.000		0	-300.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die beantragte Reduzierung beinhaltet auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
				VE 2022:	300.000	VE 2022 neu:	0	VE 2022 Veränderung:	-300.000		abgelehnt 4/7/0
			SpA								abgelehnt **)
			FPA								
NEU	5E.670073	Dirtparcours /Errichtung	SPD								
			bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	0	Verschiebung einer Teilfinanzrate 2022 für die Errichtung eines Dirtparcours in das Haushaltsjahr 2023 (Planung des Projektes soll in 2022 und die Realisierung in 2023 erfolgen)
			neu	300.000	0	0	50.000	250.000	0	0	
			Veränderung	0		0	-250.000	250.000	0	0	
				VE 2022:	300.000	VE 2022 neu:	50.000	VE 2022 Veränderung:	-250.000		
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	250.000	VE 2023 Veränderung:	250.000		
			SpA	0		0	-250.000	250.000	0	0	angenommen 7/3/1
			FPA	0	0	0	-250.000	250.000	0	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	5S.670048	Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SB 114								
			bisher	3.263.400	2.363.400	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2021 für die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese auf städtischem Gelände für die Hundebesitzer im Stadtbezirk - die Mittel sind in erster Linie für die Einfriedung der beantragten Hundewiese vorgesehen.
			neu	3.278.400	2.363.400	240.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			GA								abgelehnt 1/10/0 abgelehnt **)
			FPA								
	5S.670048	Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	SB 321								
			bisher	3.263.400	2.363.400	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 65.000 EUR für 2021 für die Errichtung eines baugleichen Fitnessparcours wie im Bürgerpark im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel
			neu	3.328.400	2.363.400	290.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	65.000		65.000	0	0	0	0	
			GA								abgelehnt 0/10/1 abgelehnt **)
			FPA								
	5S.670055	FB 67: Ersatz/ Neubau Flutlichtanlage	SB 321								
			bisher	50.000	50.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau einer dem Bedarf der Vereine TSV Watenbüttel und TSV Eintracht Völknerode angepassten Trainingsbeleuchtung auf dem Sportplatz "TSV Watenbüttel"
			neu	160.000	50.000	110.000	0	0	0	0	
			Veränderung	110.000		110.000	0	0	0	0	
			SpA								Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten werden von der Verwaltung auf 110.000 EUR geschätzt. Es wird empfohlen, den Vorschlag abzulehnen, da die Beleuchtung dem ursprünglichen Konzept des Neubaus eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Völknerode widerspricht.
			FPA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
198	5S.670073	Prinzenpark/Bürgerpark / San.	CDU								
			bisher	1.260.000	400.000	0	0	430.000	430.000	0	Verschieben der Finanzraten für die Sanierung des Wegesystems im Bürger- und Prinzenpark um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. abgelehnt 4/7/0 abgelehnt **)
			neu	1.260.000	400.000	0	0	0	0	860.000	
			Veränderung	0		0	0	-430.000	-430.000	860.000	
			GA								
			FPA								
<p>Teilhaushalt 68 - Umwelt</p> <p>Geschützte Inseln in Braunschweiger Wäldern</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als auch die BIBS-Fraktion beantragen die Schaffung von Altholzinseln in Braunschweiger Wäldern.</p> <p>Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN"</p>											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		75.000		75.000	0	0	0	0	
199a	4S.68 NEU	Braunschweiger Wälder (SBK)/ Zuschüsse für Altholzinseln	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 100.000 EUR zur Herausnahme von Waldflächen aus der Nutzung, die sich im Besitz der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) befinden, die jährliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln soll bis zur vollständigen Ablösung der vertraglich vereinbarten Flächen erfolgen Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion (Nr. 200) vor. Planungs- und Umweltausschuss: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde geändert.
			neu	400.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	400.000		100.000	100.000	100.000	100.000	0	
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	angenommen 9/4/0 angenommen **)
			neu	25.000	0	25.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			PIUA	<u>25.000</u>		<u>25.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
			FPA	<u>25.000</u>	<u>0</u>	<u>25.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
199b	4S.68 NEU	Private Braunschweiger Wälder /Zuschüsse f. Altholzinseln	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN								
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 und Erhöhung dieser Summe um weitere 50.000 EUR/Jahr bis zu einer Gesamtsumme von 300.000 EUR für die Schaffung von Altholzinseln in Wäldern, die sich in Privatbesitz befinden
				neu 500.000	0	50.000	100.000	150.000	200.000	0	
				Veränderung 500.000		50.000	100.000	150.000	200.000	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion (Nr. 201) vor.
											Planungs- und Umweltausschuss: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde geändert.
NEU				bisher 0	0	0	0	0	0	0	
				neu 50.000	0	50.000	0	0	0	0	
				Veränderung 50.000		50.000	0	0	0	0	
				PIUA 50.000		50.000	0	0	0	0	angenommen 9/4/0
				FPA 50.000	0	50.000	0	0	0	0	angenommen **)
Anträge der BIBS-Fraktion											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	
200	4S.68 NEU	Querumer Forst (SBK)/ Zuschüsse für Altholzinseln	BIBS								
				bisher 0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 und 30.000 EUR jährlich ab 2022 für die Herausnahme von Teilflächen des Querumer Forstes aus der forstlichen Nutzung (ab 2022: Herauslösung von 1 ha Fläche aus der forstlichen Nutzung pro Jahr) - "geschützte Inseln"
				neu 190.000	0	100.000	30.000	30.000	30.000	0	
				Veränderung 190.000		100.000	30.000	30.000	30.000	0	
				PIUA							abgelehnt 2/11/0
				FPA							abgelehnt **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
201	4S.68 NEU	Private Braunschweiger Wälder /Zuschüsse f. Altholzinseln	BIBS								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 EUR jährlich für die Schaffung von mindestens einer Altholzinsel in jedem der zehn Privatwaldstücke Braunschweigs in den kommenden zehn Jahren (Herauslösung von 3 ha Fläche aus der forstlichen Nutzung in Privat- und Genossenschaftswäldern pro Jahr) - "geschützte Inseln"
			neu	360.000	0	90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			Veränderung	360.000		90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			PIUA								abgelehnt 2/11/0
			FPA								
sonstige Umweltmaßnahmen											
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		400.000		100.000	100.000	100.000	100.000	0	
203	4S.680032	Förderprogramm f.regener.Energien	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN								
			bisher	1.200.000	0	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR jährlich für das Förderprogramm regenerative Energien
			neu	1.800.000	0	450.000	450.000	450.000	450.000	0	
			Veränderung	600.000		150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			PIUA	<u>600.000</u>	<u>0</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>150.000</u>	<u>0</u>	passieren lassen
			bisher	1.200.000	0	300.000	300.000	300.000	300.000	0	Der Antrag wird von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geändert, in dem dauerhaft 100.000 EUR jährlich zusätzlich für das Förderprogramm zur Verfügung gestellt werden sollen.
			neu	1.600.000	0	400.000	400.000	400.000	400.000	0	
			Veränderung	400.000		100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			FPA	<u>400.000</u>	<u>0</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	angenommen 9/4/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen	
Maßnahmen teilhaushaltübergreifend												
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	
202	3E.68 NEU	städtische Anleihen für Klimaschutzprojekte / Vorplanung	FDP									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes für städtische Anleihen für Klimaschutzprojekte
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
												Anmerkung der Verwaltung Ein Anleihebetrag (Einzahlung) und Aufwendungen oder Auszahlungen sollten erst nach Vorliegen des Konzeptes veranschlagt werden. Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	passieren lassen
			FPA									Der Antrag wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/1